



Hohe Börde | April 2018



SOZIALRAUMORIENTIERTE MACHBARKEITSSTUDIE ZUR DIGITALISIERUNG

DER GEMEINDE HOHE BÖRDE UNTER DEMOGRAFISCHEN ASPEKTEN



SACHSEN-ANHALT

Die Erstellung der Studie wurde gefördert durch das
Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	7	4 Analyse	64
1 Herausforderungen des ländlichen Raumes und digitale Lösungsstrategien	14	4.1 Übersicht Projektvorschläge	64
1.1 Ältere Menschen und Digitalisierung	15	4.1.1 Arbeit	65
1.2 Jugend im ländlichen Raum	16	4.1.2 Gemeinwesen	66
1.3 Entwicklungsstrategie der Gemeinde Hohe Börde anhand des Integrierten Gemeindlichen Entwicklungskonzepts (IGEK)	20	4.1.3 Gesundheit	69
1.4 Situation des Netzausbaus in Sachsen-Anhalt	21	4.1.4 Handel	74
1.5 Digitale Strategien für die Entwicklung des ländlichen Raumes	23	4.1.5 Mobilität	76
1.6 Zwischenfazit	26	4.1.6 Verwaltung	80
2 Leitfadeninterviews	29	4.2 Entwicklung eines Bewertungsschema	82
2.1 Methodik	29	4.3 Bewertung und Priorisierung der Projektvorschläge	83
2.2 Durchführung	30	5 Handlungsempfehlungen und Konzeptionen für Projektumsetzungen	86
2.3 Auswertung: Erkenntnisse aus den Interviews	32	5.1 Kurzkonzepte für ermittelte Projektumsetzungen	86
2.3.1 Der private Nutzen und Bedarf der interviewten Personen	32	5.1.1 Digitale Checklisten Gesundheit	87
2.3.2 Die Bedarfe im sozialen dörflichen Nahraum	36	5.1.2 Mobiler Gesundheitsdienst/Prozessketten Gesundheit	89
2.3.2.1 Handel und Gewerbe	36	5.1.3 Terminvereinbarung Arztsprechstunden	91
2.3.2.2 Gesundheitsversorgung	37	5.1.4 Digitaler Flohmarkt	93
2.3.2.3 E-Government	37	5.1.5 Regionales Online-Shopping	96
2.3.2.4 Schule und Bildung	38	5.1.6 Freies WLAN	99
2.3.2.5 Mobilität	38	5.1.7 Lieferdienst / Packstationen	101
2.3.2.6 Wirtschaft	39	5.1.8 ÖPNV online / Multi-Ride-App	104
2.3.2.7 Das dörfliche Gemeinwesen	39	5.1.9 Kommunikationsplattform	107
2.3.2.8 Digitale Welt und ältere Menschen	40	5.1.10 Social Media Kommunikation	110
2.3.3 Zusammenfassung: Generierung von Themen für eine öffentliche Diskussion und zum Finden von guten Lösungen	41	5.1.11 Weiterbildungs- und Beratungsstruktur	112
3 Gruppendiskussion	43	5.2 Weiterführende Projektvorschläge	114
3.1 Bürger*innenbeteiligungsverfahren	43	5.2.1 Co-Working und kommunale Lernorte	114
3.2 Initiation des bürger*innenorientierten Beteiligungsprozesses	45	5.2.2 Rahmenbedingungen für eGovernment	116
3.2.1 Ausgestaltung und Ablauf der Methode	46	5.2.3 Open Data	117
3.2.2 Aufgaben der Moderation	47	6 Fazit	120
3.3 Untersuchungsdesign	48	7 Literaturverzeichnis	123
3.4 Auswertung: Erkenntnisse aus dem World Café	49	8 Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	128
3.4.1 Thementisch Gemeinwesen	50	Tabellenverzeichnis	128
3.4.2 Thementisch Mobilität	53	Abbildungsverzeichnis	128
3.4.3 Thementisch Arbeit	55	9 Über das Projektteam	129
3.4.4 Thementisch Handel	57		
3.4.5 Thementisch Gesundheit	58		
3.4.6 Thementisch Verwaltung	61		



EINLEITUNG

Die digitale Transformation lässt kein Gemeinwesen der in den Dörfern und Städten lebenden Menschen, kein Unternehmen – gleich welcher Branche – unberührt. Es muss eine Auseinandersetzung mit den jetzt schon und zukünftig noch stärker uns umgebenden Technologien geführt werden. Es spielt keine Rolle, ob wir diese Entwicklungen befürworten oder sie eher ablehnen. Eine digitale Zukunft steht allen Menschen bevor.

Über die Digitalisierung wird den Bürger*innen ein Mehr an Möglichkeiten der Teilhabe geboten. Digitale Anwendungen unterstützen die Lebensqualität in den Dörfern. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass die Digitalisierung die Wirtschaft stärkt hinsichtlich des Generierens von Innovationen, der Steigerung der Produktivität und damit auch Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Regionen sowie Konkurrenzunternehmen erzeugen kann. Sie verändert aber auch die Arbeitswelt, da ein mobiles, ortsunabhängiges Arbeiten für verschiedene Branchen möglich wird. Über die Digitalisierung wird die Beziehung zwischen der Verwaltung und den Menschen grundlegend verändert. Und sie hat das Potenzial, das Gesundheitswesen, die Justiz sowie die Energieversorgung zu modernisieren.¹

Es bedarf eines gemeinsamen Verständnisses über die Möglichkeiten und Spielräume, die die Digitalisierung erzeugen kann. Der Begriff **digital** wird von vielen Menschen sehr unterschiedlich interpretiert, was darauf zurückzuführen ist, dass Digitalisierung mehrere Bedeutungen hat. Das Gabler Wirtschaftslexikon führt hierzu aus: "... [Die Digitalisierung] kann die digitale Umwandlung und Darstellung bzw. Durchführung von Informationen und Kommunikation oder die digitale Modifikation von Instrumenten, Geräten und Fahrzeugen ebenso meinen wie die digitale Revolution, die auch als dritte Revolution bekannt ist [...]. Im letzteren Kontext werden "Informationszeitalter" und "Computerisierung" genannt."² Die vorliegende Studie stellt den ersten aufgeführten Aspekt, eine digitale Umwandlung und Darstellung von Informationen und Kommunikationsprozessen, in den Vordergrund der Betrachtung. Die digitale Umwandlung von Informations- und Kommunikationsprozessen im ländlichen Raum betreffen zukünftig alle hier lebenden Menschen in allen Lebenswirklichkeiten, sie wird maßgeblich die Lebensqualität in den kommenden Jahren im ländlichen Raum prägen. In diesen Bereichen möchte die Studie einen Beitrag leisten.

¹ Vgl. Oldenstein, C. (2017)

² Vgl. Bendel, O. (2018)

Ziele der Studie

Die vorliegende Studie wurde von der Gemeinde Hohe Börde in Auftrag gegeben und sie erhebt das Meinungsbild der in der Gemeinde lebenden Menschen zum Thema **Digitalisierung**. Die Gemeinde Hohe Börde beabsichtigt mit dieser Studie, Erkenntnisse für eine bürgernahe Digitalisierung zu gewinnen. Unter bürgernah wird hier verstanden: an den Bedürfnissen, den bisherigen Fähigkeiten und der Wissensbereitschaft der Bürger*innen orientiert. Leitend für die Studie ist folgende Frage: Wie kann zukünftig mit Hilfe digitaler Unterstützungsangebote im ländlichen Raum ein (Zusammen-)Leben und Arbeiten in einer digitalisierten Gesellschaft verbessert werden? Die Gemeinde möchte zukünftig gemeinsam mit der Bevölkerung die richtigen Entscheidungen hinsichtlich Digitalisierungsangebote treffen, um den ländlichen Raum weiter zu beleben und die Landflucht einzudämmen; dafür wünschte sie sich konkrete Handlungsempfehlungen.

Ein entscheidendes Kriterium für dieses Ziel ist die Lebensqualität. Einige Indikatoren für diese sind durch Reflexion der örtlichen Lebensbedingungen und durch Vergleich mit denen in der Stadt identifizierbar: Infrastruktur, medizinische Versorgung, etc. Andere sind sehr viel besser durch die Erfahrung ihres Mangels im Alltag von den Betroffenen selbst festzustellen. Hierfür müssen die Menschen vor Ort einbezogen werden, indem sie zu Wort kommen, Bedarfe, Ansprüche und Handlungsoptionen bzw. -hürden artikulieren.

Die Studie will Interessenschwerpunkte der Bewohner*innen zum digitalen zukünftigen Leben als ein Aspekt der Lebensqualität im ländlichen Raum herausarbeiten. Zu diesem Zweck werden Handlungsprioritäten erfasst, die in eine Prioritätenliste mit einer Spiegelung aktueller Entwicklungen und Voraussetzungen im Rahmen der Gesamtstudie überführt werden.

Die Studie will weiterhin ein Interesse in der hiesigen Bevölkerung für zukünftige Digitalisierungsprojekte der Gemeinde generieren. Sie will den politischen Verantwortlichen außerdem aufzeigen, welche Ansatzpunkte und damit gegebenenfalls verbundenen Bildungs- und Unterstützungsmaßnahmen einzelne Bevölkerungsgruppen für eine Annahme und ein Nutzen digitaler Angebote benötigen. Zeitgleich wird ein Generieren sowie Aktivieren von vorhandenen und zukünftigen Akteursnetzwerken möglich. Es entsteht mit dieser Machbarkeitsstudie ein Leitfaden für eine digitale Transformation in der Hohen Börde – eine digitale Agenda für die nächsten Jahre.

Den Studien geht es weniger darum, den privaten Nutzen von Digitalisierungsangeboten zu erhöhen. Sie zielt auf die Verbesserung des öffentlichen Raumes, in dem sich die Menschen als Bürger*innen begegnen und miteinander kommunizieren.

Methodisches Vorgehen

Die grundlegende Frage bei der Wahl der Methode lautete: Wie kann der komplexe Umfang der zu untersuchenden Realität – die Digitalisierung im ländlichen Raum – in einer bewusst auf den Kontext der Erhebung „konzeptionell dichten“ Diagnose und ableitbaren theoretischen Deutung eingefangen werden?³

Die vorliegende Studie greift bezüglich der Datenerhebung wie auch der Analyse auf die **Grounded Theory** zurück. Sie eignet sich dann, wenn für die Erkenntnisgewinnung die Durchführung mehrerer qualitativer, ineinandergreifender Verfahren notwendig ist. Mit der Grounded Theory können diese unterschiedlich gewonnenen Daten in Beziehung gesetzt werden, um induktiv eine Theorie zu generieren. Sie bietet den Vorteil, dass diese Theorie aufgrund der Datenlage realitätsnah ist.

Im Sinne der Grounded Theory nach Glaser und Strauß⁴ wurde das „Prinzip des permanenten Vergleichs“ durchgeführt: Die Analyse der Daten wird unmittelbar mit einer Rückkopplung der Analyse zur vorangegangenen Datensammlung vorgenommen. So konnte gezielt frühzeitig aus den Analyseresultaten weiterführender Informationsbedarf gefunden werden. Dieser Informationsbedarf erweiterte die Fragestellungen bei den nächsten Untersuchungsfällen.

Da die vorliegende Studie darauf abzielt, Handlungsempfehlungen bzw. -leitfäden zu entwickeln, ist die Grounded Theory mit ihrem Vorteil, die Theorie-Praxis-Schere zu mindern, zielführend. Die Studie kombiniert die Methoden Dokumentenanalyse und Expert*inneninterviews mit Bürgerbeteiligungsverfahren.

Die Wahl fiel aus mehreren Gründen auf qualitative Methoden. Die Dokumentenanalyse diente dazu, dass die Forscher*innen sich zunächst über Rahmenbedingungen in der Gemeinde Hohe Börde informieren konnten. Mit diesem Wissen war es möglich, weitere Forschungsmethoden anzuwenden.

Es musste von einem inhaltlichen Wissensgefälle bezüglich der Begrifflichkeit und damit der Hürden und Chancen von Digitalisierung zwischen Forscher*innen und Proband*innen ausgegangen werden. Dieses Wissensgefälle sollte nicht die Antwortbereitschaft oder -qualität der Proband*innen mindern. Die Methode musste also dazu geeignet sein, Nachfragen seitens der Proband*innen zum Thema Digitalisierung zuzulassen. Die gemeinsame Verständigung über den Themenkomplex ermöglichte es den Proband*innen, ihre Bedarfe klarer zu äußern. Um diese in ihrer Bedeutung zu verstehen, mussten ebenso Rückfragen an die Interviewten seitens der Forscher*innen möglich sein; daher fiel die Entscheidung gegen andere Erhebungsformen, wie beispielsweise einem Fragebogen.

3 Vgl. Kromrey, H. (2009)

4 Vgl. Glaser, B. & Strauss, A. (1967)

Die Expert*inneninterviews wurden gewählt, da Menschen die Bedarfe in ihren jeweiligen Handlungssituationen (beispielsweise Arbeitssituation) am besten identifizieren können. Sie werden als Expert*innen ihrer Situationen gehandelt. Aus den Antworten konnten Kategorien für Bedarfe generiert werden. Sie bildeten die Grundlage für das folgende Erhebungsverfahren, das die Bedarfe konkretisieren und Lösungsansätze von den Beteiligten ermitteln sollte. Hierfür wurde ein Beteiligungsverfahren gewählt. Grundlage war erneut die Annahme des Expertenstatus der Beteiligten. Für die Wahl des konkreten Verfahrens – das World Café – sprach die Möglichkeit des Austauschs der Beteiligten. In einer gemeinsamen Diskussion über Sachverhalte, so die Annahme, kommen wesentlich produktivere und kreativere Ideen zustande, als eine Befragung von Einzelnen hervorbringen kann. Die Beteiligten nahmen sich als Gleichberechtigte war und konnten sich auf Grundlage der vorherigen Diskussionen weiter austauschen.

Für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen wurde die gesamte Analyse schließlich mit einer erneuten Dokumentenanalyse aus ähnlichen Handlungsempfehlungen und Best Practice zusammengebracht. Die Dokumentenanalyse wurde ausgewählt, da sie mit vergleichsweise geringem Aufwand einen hohen Erkenntnisgewinn generiert. Die erneute Durchführung von Interviews wäre beispielsweise wesentlich zeitintensiver gewesen.

Abbildung 1 verdeutlicht die Prozesskette der Erkenntnisgenerierung.



Abb. 1: Prozesskette der Erkenntnisgenerierung

Aufbau der Machbarkeitsstudie

In **Kapitel 1 Herausforderungen des ländlichen Raumes und digitale Lösungsstrategien** wird auf aktuelle Forschungen und die Rahmenbedingungen in der Gemeinde Hohe Börde mittels einer Dokumentenanalyse eingegangen. Dieser Schritt ermöglicht die erhobenen Daten und die Ergebnisse für die Gemeinde speziell und den ländlichen Raum im Allgemeinen abzubilden. Damit

wird eine Erkenntnisgrundlage für die Anwendung weiterer Methoden geschaffen. Die Untersuchungsergebnisse können im Nachgang in die Analyse der Rahmenbedingungen eingebettet werden.

Als relevante Dokumente wurden hierbei untersucht: das Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzept (IGEK) der Gemeinde Hohe Börde (2014), die Digitale Agenda des Landes Sachsen-Anhalt (2017), die Studie "Digitalisierung in Sachsen-Anhalt erfolgreich gestalten" des Zentrums für Sozialforschung Halle (Saale) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt (2017) sowie im weiteren die Studie "Digitale Zukunft auf dem Land" von Michael Lobeck, Berater für Smart Cities, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung (2017); diese werden themenabhängig mit weiteren Quellen ergänzt.

Mit dem **Kapitel 2 Leitfadeninterviews** beginnt die Erhebung des Bedarfs an digitalen Angeboten in der Gemeinde Hohe Börde. Die aus der Dokumentenanalyse gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Erstellung des Leitfadens für die Expert*inneninterviews. Diese Erhebungsmethode ist am besten geeignet, den subjektiv wahrgenommenen Bedarf an Digitalisierungsangeboten darzulegen. Die Methode geht davon aus, dass Menschen Expert*innen ihrer selbst, d.h. ihres jeweiligen Handlungskontextes in den jeweiligen Rollen sind. Als solche sollen sie verstanden und eingebunden werden. Die Methode lässt einerseits die Beteiligten selbst zu Wort kommen, deckt also den subjektiven Bedarf an digitalen Angeboten auf. Andererseits wird sie dem vermuteten Wissensgefälle zwischen Interviewer*innen und Interviewten gerecht: Es ist davon auszugehen, dass die Interviewer*innen auf Grund der theoretischen Vorarbeit für die vorliegende Studie einen deutlich höheren Erkenntnisstand zum Thema Digitalisierung aufweisen, als die Interviewten. Das Leitfadeninterview eignet sich in diesem Kontext, um einen "Wissensübergriff" auf die Interviewten zu vermeiden. Das Kapitel umfasst die Methodik (2.1), Durchführung (2.2) und Auswertung (2.3) der Interviews.

Die Auswertung des Interviews hat Kategorien hervorgebracht, die für die Anwendung weiterer Forschungsmethoden, im vorliegenden Fall eine Gruppendiskussion in Form eines Bürgerbeteiligungsverfahrens, verwendet werden können. In **Kapitel 3 Gruppendiskussion** wird die Methode "World Café" vorgestellt, die für das Beteiligungsverfahren durchgeführt wurde. Die Fragen nach Bedarf und Realisierungsmöglichkeiten digitaler Angebote wurden mit diesem Arbeitsschritt in einen größeren Kreis von Probanden getragen, um die Daten valider zu machen. Nach Darstellung und Begründung der Methode (3.1) werden Planung und Initiation (3.2) sowie das zugrundeliegende Untersuchungsdesign (3.3) wiedergegeben. Hinsichtlich der Auswertung (3.4) hat sich das Forschungsteam an dieser Stelle bewusst gegen eine Codierung entschieden und zunächst alle Aussagen der Teilnehmenden dargestellt. Dabei wurde lediglich eine grobe sprachliche Glättung vorgenommen, da vorhandene Signalwörter

auf die mit dem Thema verbundene Gedanken und Emotionen wie Dringlichkeiten, Skepsis usw. hinweisen. Dieser Schritt erschien wichtig, um der Gemeinde Hohe Börde als Auftraggeber der Studie diese Gedanken und Emotionen transparent zu machen, ohne den Blick in das Datenmaterial erforderlich zu machen.

Die Codierung des Datenmaterials wird schließlich in **Kapitel 4 Analyse** vorgenommen. Hieraus lässt sich ablesen, welche und wie häufig Themen der erstellten Unterkategorien im World Café diskutiert wurden. Aus den Ergebnissen wird eine Themenübersicht zusammengestellt, die die genannte Projektideen der Teilnehmenden wiedergibt (4.1). Um eine Priorisierung unter den Vorschlägen vornehmen zu können, wird ein Bewertungsschema entwickelt (4.2). Jeder Vorschlag wird anhand der aufgestellten Kriterien bewertet (4.3).

In **Kapitel 5 Handlungsempfehlungen und Konzeptionen für Projektumsetzungen** werden Vorschläge für Projekte im Bereich der Digitalisierung in der Gemeinde Hohe Börde unterbreitet (5.1). Für jedes Projekt wird eine Konzeption zur Umsetzung geliefert. Für die Erarbeitung dieser Handlungsempfehlungen floss erneut eine Dokumentenanalyse ein, die die Ideen und Maßnahmen der vor Ort erhobenen Daten mit relevanten bundes- und weltweiten Ansätzen in Beziehung setzt. Hier wurden alle subjektiven Bedarfe und Realisierungschancen mit bestehenden Handlungsempfehlungen und Best Practice Beispielen zusammengebracht. Darüber hinaus werden in 5.2 weitere Ideen und aktuelle Diskurse genannt, die nicht durch Teilnehmende benannt wurden, aber für die Entwicklung von Digitalisierungsprojekten hilfreiche Orientierung bieten können.

Basierend auf den erstellten Handlungsempfehlungen können Politik, Verwaltung und ggf. durchführende Projektbeteiligte Schritte der Implementierung geeigneter Digitalisierungsinstrumente in der Gemeinde Hohe Börde umsetzen.



1 HERAUSFORDERUNGEN DES LÄNDLICHEN RAUMES UND DIGITALE LÖSUNGSSTRATEGIEN

Zu Beginn bedarf es einer Hinführung zur Thematik sowie einer Einbettung des Phänomens Digitalisierung in den ländlichen Raum. Wie gestaltet sich aktuell die Ausgangslage? Anhand von Studien- und Dokumentenanalyse wird die Situation relevanter Fokusgruppen untersucht. Im ersten Abschnitt, **1.1 Ältere Menschen und Digitalisierung**, steht der demografische Wandel im Mittelpunkt und die Frage, welche Funktion die Digitalisierung für dessen Auswirkungen haben kann.

Im folgenden Kapitel **1.2 Jugend im ländlichen Raum** werden die Lebensbedingungen von jungen Menschen im ländlichen Raum untersucht. Besonders aufgrund des steigenden Altersdurchschnitts kommt dieser Gruppe eine besondere Bedeutung zu. Gleichzeitig stellen sie besonders hohe Anforderungen an die vorhandenen Strukturen in ihrem Lebensraum. Den gesellschaftlichen Transformationen, die eine zunehmende Digitalisierung mit sich bringt, sind sie am stärksten ausgesetzt.

Die Gemeinde Hohe Börde stellt sich den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen proaktiv; dafür wurden Leitgedanken formuliert, die im Kapitel **1.3 Entwicklungsstrategie der Gemeinde Hohe Börde anhand des Integrierten Gemeindlichen Entwicklungskonzepts (IGEK)** genauer betrachtet werden. Insbesondere der Ausbau notwendiger Infrastruktur ist hier von Bedeutung, der anschließend in **1.4 Situation des Netzausbaus in Sachsen-Anhalt** auf höherer Ebene kontextualisiert wird. Doch welche neuen Gestaltungsräume kann die Digitalisierung dem ländlichen Raum letztendlich darüber hinaus anbieten? Anhand von verschiedenen Untersuchungen und Studien werden in **1.5 Digitale Strategien für die Entwicklung des ländlichen Raumes** aktuelle Erkenntnisse reflektiert. Eine zentrale Rolle spielt hierbei die Digitale Agenda des Landes Sachsen-Anhalt, die in den nächsten Jahren wichtige Rahmenbedingungen setzen wird.

1.1 Ältere Menschen und Digitalisierung

Der demografische Wandel gehört zu den großen Herausforderungen in Deutschland. Aufgrund der steigenden Lebenserwartung erhöht sich auch die Anzahl an älteren Menschen. Dagegen steht ein Bevölkerungsrückgang, der in der verringerten Zahl an jüngeren Menschen sichtbar wird. Dieses Ungleichgewicht hat beispielsweise Folgen für das Sozial- und Gesundheitssystem, da immer mehr Menschen einen Hilfe- und Unterstützungsbedarf aufweisen. In der Gemeinde Hohe Börde leben derzeit 18.747 Menschen.⁵ Prozentual sind hiervon 27,1 % über 60 Jahre alt, 18,9 % über 65 Jahre. Der Anteil der 18 – 30jährigen liegt im Gegensatz hierzu bei 10,2%.⁶ In der Gemeinde Hohe Börde ist ein Ungleichgewicht zwischen älterer und jüngerer Bevölkerung schon jetzt zu verzeichnen. Schwerwiegende Einschränkungen des Alltags sind bei älteren Menschen rückläufig, bei leichten Einschränkungen ist eine Zunahme zu verzeichnen. „Gut“ bis „sehr gut“ schätzt über die Hälfte der über 60jährigen ihre Gesundheit ein. Die hohe Lebenserwartung kann die Lebensphase stark gesundheitlicher Beeinträchtigungen verkürzen oder verlängern. Abhängig vom Sozialstatus, regionaler Benachteiligung (Deprivation) oder Migrationshintergrund ist das Eintreten des einen oder des anderen Falls möglich.⁷

Des Weiteren „erleben viele Menschen die Lebensphase Alter in guter Gesundheit. Sie wollen diese Zeit produktiv nutzen und verbinden damit auch die Möglichkeit der persönlichen Weiterentwicklung“ unter Fortführung eines Lebens in hoher Eigenständigkeit und Selbstbestimmtheit.⁸ Dennoch droht bei einem Bevölkerungsungleichgewicht im ländlichen Raum eine Vereinsamung im Alter, bedingt durch die geringere Bevölkerungsdichte und den erschwerten Zugang zu Freizeit-, Einkaufs- und Kultureinrichtungen. In der Gemeinde Hohe Börde stellt sich die Situation folgendermaßen dar: Von den 18 Ortsteilen haben die Orte, die geographisch in der Nähe der Landeshauptstadt Magdeburg liegen, die höchste Anzahl an Einkaufsmöglichkeiten und gastronomischen Einrichtungen. Je weiter man sich in Richtung Börde bewegt, umso geringer ist das Angebot vor Ort. Sieben Ortsteile haben gar keine Grundversorgung. Das gleiche Bild zeigt sich im Feld Apotheken. Da es nur ein Altersheim in der Gemeinde gibt, ist davon auszugehen, dass ein Großteil der älteren Bevölkerung zu Hause lebt und im Bedarfsfall von Familienmitgliedern oder ambulant versorgt wird. Es gibt einen Seniorenbeirat in der Gemeinde und ein aktives und vielfältiges Vereinsleben.

5 Stichtag: 10.04.2017 aus: Statistik Geburtsjahrgänge Gemeinde Hohe Börde

6 Vgl. ebd.

7 Vgl. Robert Koch-Institut (2016)

8 Vgl. Mahne, K.; Wolff, J.K.; Simonson, J.; Tesch-Römer, C. (2017), S.7

Es gilt, dieser Altersgruppe die Potenziale und Vorteile der digitalen Medien aufzuzeigen und sie mit geeigneten Lern- und Unterstützungsangeboten in die „digitale Welt“ mitzunehmen. Damit stellt sich bezogen auf das proaktive und souveräne Nutzen neuer Medien der Erwerb einer Medienkompetenz als eine zu vermittelnde Lernaufgabe als große Herausforderung dar: Medienkompetenz und Lebenssituation älterer Menschen. Ehrenamtliche Strukturen können als Grundlage und als „Türöffner“ für die Vermittlung der Thematik „Digitalisierung“ genutzt werden.

1.2 Jugend im ländlichen Raum

Der ländliche Raum in Deutschland entwickelt sich regional höchst unterschiedlich. Wachstums- und Schrumpfungsräume können dabei eng beieinander liegen.⁹ Über die zunehmende räumliche Spaltung der Gesamtgesellschaft hinausgehend können aber kaum verallgemeinernde Annahmen über den ländlichen Raum getroffen werden.

Aufgrund des sich auch in der Hohen Börde abzeichnenden Bevölkerungsgleichgewichts spielen Jugendliche bei der Zukunftsperspektive einer Region eine entscheidende Rolle. Deren Abwanderung verringert nicht nur die Vitalität im ländlichen Raum, sondern kann langfristig auch die Existenzgrundlage einer ganzen Region gefährden. Oft sind lokale Anpassungsmaßnahmen im Aktionsfeld des demografischen Wandels auf die älteren Generationen ausgerichtet, da diese, im Gegensatz zur Jugend, eine demografisch größere Gruppe darstellen. Junge Menschen spüren hingegen eine „zunehmende Vereinzelung“ und sehen sich zunehmend mit Schulschließungen und der Reduktion von Freizeitangeboten konfrontiert.¹⁰ Eine durch die ‚Abstimmung mit den Füßen‘ folgende Zuspitzung dieser Situation lässt die Frage offen, welche Prioritäten Kommunen und Landkreise Jugendlichen in der politischen und infrastrukturellen Gestaltung einräumen (können).¹¹ „[Dies zeigt] sich insbesondere in den Teillebensbereichen der Mobilität sowie in der Nutzung und Erreichbarkeit von kommerziellen, insbesondere aber auch nichtkommerziellen Angeboten“.¹²

Gerade offene Räume für die freie Gestaltung des eigenen Alltags sind für Jugendliche dabei von enormer Bedeutung; diese auch nicht-physischen Orte und „Gelegenheitsstrukturen, an denen sich junge Menschen mit Gleichaltrigen treffen können, stellen wichtige Lern-, Erfahrungs- und Experimentierräume bereit.“¹³ Jugendliche wachsen heutzutage in einer globalisierten und digitali-

9 Vgl. Beierle, S. et al. (2016)

10 Beierle, S. et al. (2016), S. 1

11 Vgl. Beierle, S. et al. (2016) und Hoppe, R. (2015)

12 Tully/Schippa (2014), 207f. nach Beierle, S. et al. (2016), S. 3

13 Beierle, S. et al. (2016), S. 3

sierten Welt auf. Durch das Internet stehen rund um die Uhr neue Erfahrungen global zur Verfügung, mit deren Auseinandersetzung individuelle Identitätsprozesse angestoßen werden. Ihr Alltag zeichnet sich durch „ein Nebeneinander verschiedener Lebenswelten aus“¹⁴: auf der einen Seite die Vermischung verschiedener Kulturen, globale Mobilität und urbaner Lifestyle, auf der anderen Seite die Verortung im dörflichen oder ländlichen Milieu, Entschleunigung aber auch Konstanz im gewohnten Umfeld.

In der Kreation der eigenen Identität und der Schaffung der eigenen Lebensgestaltung haben junge Menschen heute bei weitem deutlich mehr Möglichkeiten als die Generationen vor ihnen. Auch wenn diese höhere Entscheidungsvielfalt auch Ängste und Risiken mit sich bringt, bedeutet dies vor allem, dass die angestammte, ländliche Heimat aktiv Angebote schaffen muss, um attraktive Optionen zur eigenen Lebensgestaltung bereit zu stellen. In der Auswahl der ‚Identitätsbausteine‘ für Jugendliche müssen ländliche Räume in Konkurrenz mit globalen Narrativen treten, um den Wegzug zu verhindern, oder sogar Rückzug zu ermöglichen.

Dabei ist die Reduktion der Bindungsmotivation auf rein ökonomische Hintergründe fehlleitend. Studien mit Dagebliebenen und Rückgekehrten zeigen, dass die Motivationslagen durchaus heterogen sind und die Entscheidungen für die jeweilige Region ganz unterschiedlichen Motiven folgt.¹⁵

Neben physischen Freiräumen sind es vor allem die soziale und kulturelle Infrastruktur, und die damit verbundene hohe Lebensqualität, die entsprechende Haltefaktoren bereitstellt. Die Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt darf aber natürlich nicht vernachlässigt werden. Die Situation und Entwicklung dieser und weiterer Faktoren beeinflusst direkt die Ausprägung der Identifikation Jugendlicher mit der Region und inwieweit sie sich an ihre Heimat nach dem Erreichen einer mobilen und sozialen Freizügigkeit und nach der Beendigung der Schulzeit gebunden fühlen.¹⁶

Um diese Bindung möglichst früh zu stärken, braucht es neben ökonomischen und strukturellen Haltefaktoren auch Integrationsleistungen, in denen die Jugendlichen als aktive Individuen integriert sind – also selbst gewählten Zugang frei gestalten können. Vorhandene gesellschaftliche Systeme und Räume, oft als ‚soziale Arenen‘ bezeichnet, müssen so gestaltet werden, dass für Jugendliche eine Zugangsteilhabe ermöglicht wird. Junge Menschen müssen das Gefühl haben, dass sie aktiven Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebensraums haben; dafür müssen Zugangsbarrieren zu diesen gesellschaftlichen Arenen reduziert werden. „Andererseits ist eine durchaus voraussetzungsvollere Mitwirkungsteil-

14 ebd., S. 2

15 Beetz (2009), Speck/Schubarth/Pilarczyk (2009) nach Beierle, S. et al. (2016), S. 3

16 Vgl. Beierle, S. et al. (2016)

habe für Jugendliche einzuräumen, was die gleichberechtigte Mitwirkung im Rahmen gesellschaftlicher Arenen beinhaltet, nachdem eine Zugangsteilnahme besteht. Dazu sind Prozessregeln zu verändern und die Mitwirkungsfähigkeiten der jugendlichen Zielgruppen zu erhöhen.“¹⁷ Jugendlichen muss also eingeräumt werden, dass sie durchaus in der Lage sind, ihr soziales Umfeld in einem gewissen Rahmen selbst zu gestalten. Die Schaffung von Möglichkeitsräumen für die Ausübung dieser Gestaltung muss durch die Zurverfügungstellung von entsprechenden Ressourcen und Kompetenzen ermöglicht werden.

Einen nachhaltig relevanten Bereich stellt dabei die Bildung in ihrer Gänze von schulischer hin zu beruflicher Bildung dar. Durch globalisierte Wirtschaftsprozesse wachsen Jugendliche heute mit deutlich größerem Bildungsdruck auf als vorangegangene Generationen. Die Entwicklung von notwendigen Kompetenzen zur Gestaltung eigener Lebensentwürfe nimmt einen immer größeren Teil des eigenen Lebens ein – ein lebenslanger Prozess. Zwar sind lokale wirtschaftliche Strukturen vor Ort ein großer Vorteil bei der eigenen Orientierung und Entwicklung. Doch erlaubt und zwingt eine globalisierte, liberale Wirtschaftsstruktur zur wirtschaftlichen Selbstverantwortung. Eine gute Ausbildung garantiert keine feste Anstellung mehr, der Erfolg von Wirtschaftsstandorten ist zunehmend weniger von lokalen Entwicklungen abhängig. Gleichzeitig erlaubt ein immer größerer diagonalen Arbeitsmarkt die eigene Profilbildung abseits von schulischer oder wissenschaftlicher Ausbildung. Ergänzt durch digitale Strukturen zum individuellen Wissenserwerb können junge Menschen heute sehr früh und sehr eigenständig darauf Einfluss nehmen, was sie lernen wollen und was sie wissen müssen.

Das Vorhandensein von formalen und non-formalen Bildungsangeboten, die über die schulische Bildung hinausgehen, ist daher ein relevanter Standortvorteil. Dies beinhaltet zum einen natürlich die Verfügbarkeit von digitalen Bildungsräumen im Internet, zum anderen aber auch durchaus erlebnisorientierte, praxisnahe Lernerlebnisse vor Ort, die auf Augenhöhe mit Gleichaltrigen gemeinsam geteilt werden.

Auch der Aspekt der sozio-kulturellen Integration ist bei der Gestaltung der ländlichen Gesellschaft nicht zu vernachlässigen. Räume und Orte des Miteinanders, des Austausches und der Gemeinschaft bieten verschiedene Perspektiven und Alternativen zur Entwicklung der eigenen Identität und gesellschaftlichen Rolle – nicht nur für Jugendliche, sondern auch für neu ankommende Bevölkerungsgruppen. Hierbei ist allerdings auch darauf zu achten, dass ein entsprechend breites Angebot zur Verfügung gestellt wird, und nicht aufgrund von demografischen oder ökonomischen Zwängen eine reine Spezialisierung auf Benachteiligungsgruppen stattfindet.¹⁸

17 ebd., S. 10

18 Vgl. ebd.

Ein zentraler Aspekt der jugendlichen Lebensrealität ist die Mobilität, bzw. oft die Reduktion eben jener. Aufgrund der großen Distanzen sind Jugendliche vor allem auf Auto und ÖPNV angewiesen, ohne die sie bestimmte Bildungs- und Freizeitangebote nicht wahrnehmen können. Eisenbürger und Vogelsang formulieren, dass Landjugendliche durch die erhöhte Mobilität gleichsam in mehreren Welten leben, jedoch nur in einer Welt wohnen würden.¹⁹ Die strukturellen Besonderheiten des ländlichen Raums machen es Kommunen unmöglich, für alle Jugendliche ein gleichwertiges Angebot an Zugang zum ÖPNV zu ermöglichen. Gleichzeitig führen wirtschaftliche und demografische Entwicklungen zu einem weiteren Ausdünnen dieser Mobilitätsangebote. Wenn neben der Schule dadurch auch der Zugang zu Angeboten der Jugendhilfe oder beruflichen Orientierung gefährdet sind, kann dies zu einer verringerten sozialen Integration führen. Gerade im Vergleich zu urbanen Jugendlichen sehen sich junge Menschen in ländlichen Gebieten heute schon mit negativen Konsequenzen in ihrem Möglichkeitsraum und Zeitbudgets konfrontiert, die langfristig Einfluss auf ihren beruflichen oder sozialen Werdegang haben können.

Die sich veränderten Ausgangssituationen im gesellschaftlichen Zusammenleben des ländlichen Raumes lassen die Schlussfolgerung zu, dass die bisherigen Konzepte des öffentlichen Personennahverkehrs die vorhandenen Mobilitätsprobleme nicht lösen können.²⁰ Für alle Lebensbereiche der jungen Menschen bedarf es neuer Konzepte. Neben infrastrukturellen Maßnahmen, wie dem Ausbau von sicheren Radwegen und einer besseren Verknüpfung von ÖPNV-Angeboten, müssen auch gesellschaftliche Akteur*innen mit einbezogen werden. Digitale Werkzeuge könnten es Jugendlichen erlauben, nicht mehr täglich in die Schule zu fahren, sondern stattdessen per Video von einer pädagogischen Fachkraft betreut zu werden. Neue pädagogische Konzepte und technisch gut ausgestattete Dorfgemeinschaftsräume könnten eine dezentrale Bildungslandschaft in der Region ermöglichen. In der späteren beruflichen Ausbildung müssen lokale Unternehmen mit in die Verantwortung genommen werden, die Erreichbarkeit für Auszubildende zu gewährleisten. Aber auch mit Hochschulen können Modelle entwickelt werden, die weniger Präsenzzeiten erfordern und somit einen längeren Verbleib der jungen Menschen in der Region fördern.

19 Eisenbürger/Vogelsang (2002), S. 36 nach Beierle, S. et al. (2016), S. 3

20 Vgl. Hoppe, R. (2015)

1.3 Entwicklungsstrategie der Gemeinde Hohe Börde anhand des Integrierten Gemeindlichen Entwicklungskonzepts (IGEK)

Im Rahmen von Transformationsberatungen hat die Gemeinde Hohe Börde in mehreren Prozessen breite Konzepte entwickelt, die als Grundlagen für die zukünftige Gestaltung der Verwaltungsarbeit und Ratgeber für das gesellschaftliche Miteinander fungieren. Neben der Entwicklung einer **Anpassungskonzeption** zur Gestaltung des demografischen Wandels in der Gemeinde Hohe Börde aus dem Jahr 2011 ist dabei vor allem das **Integrierte Gemeindliche Entwicklungskonzept (IGEK)** aus dem Jahr 2014 von Bedeutung.

Im IG EK werden erste Maßnahmenumsetzungen aus der vorangegangenen Anpassungskonzeption bewertet. So sind die Entwicklung von partizipationsorientierten Strukturen und die Fokussierung auf Imagebildung als positive Entwicklungen verzeichnet. Das IG EK knüpft an diese Entwicklungsziele an und untersucht eine Vielzahl von infrastrukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Teilbereichen der Gemeinde und der einzelnen Kommunen. Für die jeweiligen Sektoren und Untersuchungsgebiete werden dezidierte Handlungsempfehlungen ausgesprochen, die anhand von Entwicklungszonen kategorisiert werden.

„Die Gemeinde Hohe Börde wird durch fast alle Merkmale der Transformation einer Gemeinde am Übergang zwischen einem städtisch geprägten Raum und dem ursprünglichen ländlichen Raum geprägt“²¹. Dabei spielt die Nähe zur Landeshauptstadt Magdeburg genauso wie die Lage an internationalen Fernverkehrsstrecken eine übergeordnete Rolle. Die Lebenskultur wird als die einer ‚Zwischenstadt‘ beschrieben, welche sich beispielsweise durch das regelmäßige Pendeln in die Großstädte der näheren Umgebung auszeichnet. Die wirtschaftliche Struktur ist zu einem Großteil von der traditionellen Landwirtschaft geprägt, die sich in den letzten Jahren hin zu einer strukturierten Industrie entwickelt hat. Darüber hinaus finden sich vor allem dezentrale und kleinteilige Wirtschaftsstrukturen sowie einige wenige Gewerbegebiete.

Ziel ist die Entwicklung der Gemeinde Hohe Börde zu einem langfristig attraktiven Lebens- und Arbeitsraum, in Einklang mit einer intakten Umwelt und Landschaft. Die bereits vorhandenen Bereiche der Landwirtschaft und Erzeugung von regenerativen Energien werden als wichtige Pfeiler des lokalen Wirtschaftsraums anerkannt. Im Hinblick auf die skizzierten demografischen Herausforderungen der Gemeinde wird dabei jedem Ortsteil eine bestimmte Funktion zugeschrieben, um die Entwicklung der Gemeinde als Ganzes sicherzustellen.

21 Gemeinde Hohe Börde (2014), S. 6

Neben konkreten Entwicklungszielen für die einzelnen Dörfern werden der Gemeinde übergreifende Handlungsempfehlungen an die Hand geben. Dies umfasst beispielsweise die schrittweise Ausdehnung des kommunalen Investitionsprogramms, infrastrukturelle Maßnahmen, Investitionen in die vorhandenen kommunalen Bildungseinrichtungen und eine Bündelung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten.

Bereits heute steht die Gemeinde Hohe Börde modellhaft für gutes, zukunftsorientiertes kommunales Handeln. „Die Förderung von kooperativen Ansätzen, die Anpassung kommunaler Standards nach den örtlichen Voraussetzungen, die weitere Einbeziehung und Etablierung von ‚Kümmerern‘ und die Schaffung und Kommunikation von Wissen“²² werden dabei als wichtige Transformations-erfolge hervorgehoben.

Ein wichtiger Leitgedanke des IG EK ist die Unterstützung der Gemeinde bei der Entwicklung von Resilienz. Dabei steht die Zukunfts- und Krisenfestigkeit der Gemeinde im Fokus. Neben den bereits akuten demografischen Entwicklungen werden auch die Folgen des Klimawandels und anderer Transformationen betrachtet. Digitalisierung, als einer der aktuellen Megatrends wird hingegen nur am Rand untersucht. Der Fokus des IG EK liegt hier auf der Breitbandversorgung, konkret der Verbreitung von 2 MBit/s-Anschlüssen, die nach heutigem Standard überholt sind. Bereits 2014 wird der flächendeckende Ausbau, gefördert durch das Land Sachsen-Anhalt, als wegweisend und wichtig bewertet. „Dies stellt einen Vorteil bei der Ansiedlung/Anwerbung von Menschen dar, die dezentral arbeiten (wohnen) möchten und im internetbasierten IT/Medien-Bereich tätig sind.“²³

Im IG EK wird deutlich herausgestellt, dass über den technischen Lückenschluss hinaus Qualifikation und Weiterbildung vor allem älterer Menschen gefördert werden sollen. Ländliche Erwachsenenbildung soll eine bessere Heranführung der Bevölkerung an die Vorteile der Internetnutzung ermöglichen und notwendige Kompetenzen vermitteln.

1.4 Situation des Netzausbaus in Sachsen-Anhalt

Folgt man einer Studie der Bertelsmann Stiftung mit Datenbasis des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung aus dem Jahr 2014, so kann der Landkreis Börde als „dünn besiedelter ländlicher Kreis“²⁴ kategorisiert werden. Dies gilt für Gebiete mit weniger als 100 Einwohner*innen/qm². Auf europäischer Ebene werden diese Gebiete zumindest als **ländlicher Raum** (rural area) kategorisiert.²⁵

22 ebd., S. 7

23 ebd., S. 80

24 Vgl. Beckert, B. (2017)

25 Vgl. Europäische Kommission (Hg.) (2016)

Die besonderen Herausforderungen dieser Gebiete für den Netzausbau sind die großen Abstände innerhalb der Gemeinde und die Abstände der Gemeinde selbst zu leistungsfähigen Knotenpunkten. Meist rechnet sich der flächendeckende Breitbandausbau für die einzelnen Netzbetreiber nicht, weshalb zusätzliche oder alternative Beteiligungsmodelle unter Einbeziehungen von Kommunen entwickelt werden müssen. Dies hat zur Folge, dass notwendige Infrastruktur nicht zeitnah bedarfsorientiert zur Verfügung gestellt werden kann, wie im IGEK festgestellt wurde.

Mit Initiierung diverser Investitionsprogramme²⁶ hat das Land Sachsen-Anhalt Mittel zur Verfügung gestellt, um Kommunen beim Ausbau von Breitbandnetzen zu unterstützen. "Das Land wird seine Breitbandstrategie hin zu einer Gigabit-Strategie fortschreiben. Auch für den weiteren Breitbandausbau nach 2020 sollen dann Fördermittel der EU und des Bundes bereitgestellt werden."²⁷

Auch durch die Bundesebene wurden mittlerweile Förderprogramme zur Verfügung gestellt. Seit einigen Jahren werden daher Installations- und Betriebsmodelle gesucht und entwickelt, um die Lücke beim Netzausbau schnell und zukunftsicher zu schließen. Erhebliche Unterschiede in den konkurrierenden technologischen Lösungen führen zu unterschiedlichen Umsetzungen. Beispielsweise hat sich der Landkreis Börde für die Ausschreibung eines Glasfaser-basierten Netzes entschieden, die Gemeinde Hohe Börde vorerst für eine bereits in Teilen installierte Kupferkabel-Technik.

Es ist davon auszugehen, dass in naher Zukunft für die gesamte Fläche der Einheitsgemeinde Hohe Börde im Rahmen des Breitbandausbaus über die MDDSL GmbH ein "Fiber to the Home-Anschluss" mit 50 Mbit/s bzw. soweit von den Nutzer*innen gewünscht bis zu 1 Gigabit/s (auch symmetrisch) möglich sind. Im Rathaus liegen zwei verschiedene Internetanschlüsse an: einerseits von der MDDSL GmbH (Richtfunk) mit 18 Mbit/s Upload und andererseits von der Telekom mittels eines DSL Anschlusses. Letzter ist nur für die Nutzung der Alarmanlage ausgelegt. Die Testmessung ergab eine Geschwindigkeit von 17,99 Mbit/s (Download) bzw. 7,98 Mbit/s im Upload.

In der 2017 formulierten Digitalen Agenda des Landes Sachsen-Anhalt²⁸ wurde das Ziel gesetzt, bis 2030 landesweit die notwendige Infrastruktur zu schaffen, um "Daten in Gigabit-Geschwindigkeit über Glasfasernetze auszutauschen"²⁹. Gleichzeitig wird in der Konkretisierung dieses übergeordneten Zieles als Zielvorgabe eine Downloadrate von 50 MBit/s für Privathaushalte definiert. Für

26 z.B.: Am 27.10.2015 erfolgte der Beschluss der Landesregierung über eine neue Landesrichtlinie zur Förderung des Breitbandausbaus (Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Next Generation Access-Breitbandausbaus in Sachsen-Anhalt (NGA-RL LSA))

27 siehe: Land Sachsen-Anhalt (o.A.): Breitband-Fördermöglichkeiten in Sachsen-Anhalt

28 Vgl.: Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2017)

29 siehe ebd., S. 2

gewerbliche Kund*innen sollen 100 MBit/s in der symmetrischen Übertragung erreicht werden. Die Gemeinde der Hohen Börde ist damit in ihrer Zielstellung deckungsgleich mit dem Land Sachsen-Anhalt.

Schon heute hat der fehlende Infrastrukturausbau erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung. Der Bedarf an leistungsstarken Internetanschlüssen ist dabei in jedem Wirtschaftsbereich unterschiedlich.³⁰ Unternehmen aus dem IKT-Bereich, der chemischen Industrie und dem Maschinenbau sind auf ausreichende Bandbreite angewiesen; Betriebe in der Landwirtschaft, Ernährung, Mobilität und Logistik nach eigenen Aussagen noch nicht so stark. Letzte sind jene Wirtschaftszweige, die in der Gemeinde Hohen Börde vorherrschen. Folgt man der Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung³¹ gibt es zwar keinen klaren Hinweis über einen kausalen Zusammenhang – Betriebe mit weniger Digitalisierung legen bei der Ansiedlung weniger Wert auf Internet-Infrastruktur, hoch-digitalisierte Betriebe jedoch mehr –, allerdings zeigt beispielsweise die zunehmende Digitalisierung der Landwirtschaft mit dem Einsatz von Drohnen und sensorischer Überwachung, dass sich kein Wirtschaftsbereich der zunehmenden Digitalisierung verschließen kann.³²

1.5 Digitale Strategien für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Die zunehmende Bedeutung der Digitalisierung für die einzelnen Wirtschaftsbereiche ist nicht zu unterschätzen. Der Begriff der **digitalen Revolution** stellt den revolutionären Moment der aktuellen Entwicklung heraus.³³ Digitalisierung beschränkt sich dabei nicht auf die Umstellung althergebrachter Prozesse auf technikgestützte Updates. Vielmehr fordert die Verbreitung von digitalen Technologien das Neudenken von Prozessen und Verhaltensmustern.

Gerade im Feld der Verdienstarbeit und der Wirtschaft zeigt sich, dass Digitalisierung nicht mit dem Einsatz von Computern und automatisierter Technik verwechselt werden darf. Dies wurde bereits in den letzten Jahrzehnten durch Konzepte der Automatisierung, Computerisierung und Informatisierung entwickelt und realisiert. Vielmehr ermöglichen neue digitale Systeme mit Informations- und Kommunikationstechnologien eine technologieübergreifende Vernetzung. Nicht die Arbeit mit einem Tablet anstelle von Papier ist das Ziel, sondern der Einsatz von autonomen Systemen und künstlicher Intelligenz.³⁴

30 Vgl. Heyme, R.; Menge, A. M. (2017)

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. ebd.

33 ebd., S. 7 und vgl. Bendel, O. (2018)

34 Vgl. Heyme, R.; Menge, A. M. (2017)

Die demografische Entwicklung und die geringe Bevölkerungsdichte auf dem Land ist dabei "Segen und Fluch zugleich"³⁵. Durch eine älter werdende Gesellschaft und durch Wegzug steigt der Arbeitskräftemangel. Gleichzeitig bieten Substituierbarkeitspotenziale die Möglichkeit, der Verknappung entgegenzuwirken.³⁶ Der hohen Lebensqualität durch Naturnähe und Beschaulichkeit im ländlichen Raum steht heutzutage meist immer noch die Notwendigkeit von Pendelwegen entgegen. Das Potential der Digitalisierung, Distanzen zu überwinden, kann dabei für eine stärkere Integration des Alltags in das lokale System sorgen.

Der technische Wandel führt zu einer Fokussierung auf Kompetenzen auf individueller Ebene. Die Schaffung, Steuerung und das Verständnis neuer technischer Systeme benötigt entsprechende Qualifikationen. Dafür müssen entsprechende Zugänge zu technologischen Entwicklungen und Unterstützungsprozesse zur Aneignung des notwendigen Wissens geschaffen werden. Gleichzeitig zeigen Studien, dass über diese entsprechend hochqualifizierten Tätigkeiten hinaus auch einfache, nicht systematisierbare Tätigkeiten notwendig sind. Unter Druck gerät dabei der Hauptteil der mittleren Qualifikationen, welche ein hohes Substitutionspotenzial aufweisen.³⁷ Besonders Berufe aus den Fertigungsbereichen, der IT und Naturwissenschaft weisen ein hohes Risiko auf, durch technische Systeme ersetzt zu werden. Hingegen weisen soziale und kulturelle Dienstleistungen sowie Berufe im Reinigungs- und Sicherheitsbereich ein geringes Substitutionsrisiko auf.

Der in der Gemeinde Hohe Börde stark vertretene Bereich der Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie sieht sich durch die Digitalisierung mittleren Risiken ausgesetzt. "Die Digitalisierung wird demgegenüber wesentlich geringer wahrgenommen, was damit zusammenhängt, dass die Betriebe des Bereiches Landwirtschaft und Ernährung sich selbst häufig noch nicht davon betroffen sehen."³⁸ Der demografische Wandel führt derzeit zu einer älter werdenden Belegschaft. Die verhältnismäßig kleinen Strukturen der Betriebe lassen Transformationen und Komplexität nahbar erscheinen. Doch auch hier wird die Arbeit mit computergestützten Systemen immer wichtiger. Gerade der Entlastungseffekt durch Digitalisierung wird hier positiv wahrgenommen. Gleichzeitig erzeugen Dünge-Algorithmen und Drohnensteuerung eine Angst vor Kontroll- und Entscheidungsverlust.

Folgt man der Untersuchung verschiedener Wirtschaftsbereiche in Sachsen-Anhalt durch Heyme und Menge im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt, dominieren bei der Wahrnehmung der Digitalisierung bisher der Anstieg der Komplexität und der Anforderungen an die Qualifikation von Be-

schäftigten.³⁹ Oft sind Unternehmen noch nicht ausreichend sensibilisiert und qualifiziert, um die gestiegenen Anforderungen durch entsprechende (Weiter-) Bildung zu erfüllen. Entsprechend kommt den Einzelnen eine immer größere Verantwortung im Bereich des lebenslangen Lernens zu. Genauso bedarf es in der schulischen Bildung einer "Anpassung der Curricula, der notwendigen technischen Ausstattung und eines entsprechend geschulten Personals, [damit] ein stärkerer Fokus auf die Vermittlung digitaler Kompetenzen gesetzt [wird]."⁴⁰

Neben der notwendigen Infrastruktur wünschen sich die Unternehmen in Sachsen-Anhalt vor allem Weiterbildungsmöglichkeiten sowie Informationen zu Fördermöglichkeiten. Gleichzeitig ist es notwendig, die Entscheider*innen dabei zu unterstützen, überkommene Standortmuster loszulassen.⁴¹ Die Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten zur Vernetzung, Verfügbarkeit und Effizienzsteigerung. Dafür muss Wirtschaften, Arbeiten und Handeln neu gedacht werden.

Anhand von konkreten Praxisbeispielen hat Michael Lobeck, Berater für Smart Cities, im Auftrag der Bertelsmann Stiftung drei große Transformationstrends identifiziert, die als Grundlage für neues Handeln in einer digitalen Gesellschaft dienen können.⁴²

Durch **Innovation** können vorhandene Prozesse und Strukturen neu gedacht werden. Der Anpassungsdruck wird dabei als Möglichkeit gesehen, beispielsweise durch Kombination mit Entwicklungen aus anderen Bereichen das eigene Handeln und Wirtschaften weiterzudenken und neue Geschäftsbereiche zu generieren.

Die gemeinsamen Herausforderungen im selben sozialen Raum können Akteur*innen dazu anregen, bisher ungeahnte Allianzen und Verbindungen einzugehen. Sektor- und branchenübergreifend können neue Verknüpfungen geschaffen werden, um durch **Kollaboration** gemeinsam neue Wege zu gehen oder beispielsweise durch Coworking- und Sharing-Konzepte vorhandene Ressourcen effektiver zu verteilen.

Auch kann Vorhandenes neu verbunden werden. Durch **Kooperation** können beispielsweise traditionelle lokale Organisationen wie Sparkassen mit neuen Partner*innen auf die veränderten Rahmenbedingungen reagieren. Das Zusammenlegen von Einrichtungen an einem Ort, das gemeinsame Nutzen derselben Infrastruktur kann neue Möglichkeiten bieten.

Der wahrgenommene Transformationsdruck durch die Digitalisierung wird immer präsenter. Vielerorts werden Versuche unternommen, die Veränderungen positiv zu beeinflussen. Gleichzeitig kritisiert Lobeck, dass es zwar viele Pilotprojekte gibt, aber wenig tatsächliche Praxiserfahrung, von der man profitieren kann.⁴³

35 Lobeck, M. (2017), S.1

36 Heyme, R.; Menge, A. M. (2017), S. 8

37 ebd., S. 7ff.

38 ebd., S. 10

39 ebd., S. 10

40 ebd., S. 13

41 Lobeck, M. (2017), S. 8

42 ebd., S. 1

43 ebd., S. 9

Viele Bereiche, in die die Gemeinde Hohe Börde vorstoßen kann und möchte, sind daher immer noch als Pioniergebiet zu verstehen. Vielerorts gibt es Ideen und Vorsätze, aber wenig Erfahrung und Belastbarkeit. Auch das Land Sachsen-Anhalt hat mit der Digitalen Agenda Richtungen für einen positiven Umgang mit digitalen Entwicklungen vorgelegt. Gleichzeitig wird eingeräumt, dass diese eben nicht "der Weisheit letzter Schluss" sind, sondern Digitalisierung und die vor- und nachgeschalteten Transformationen als dynamischer Prozess gestaltet werden müssen.⁴⁴

Die Regierung hat daher einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, der als Orientierung verstanden werden soll. Neben der Errichtung und Entwicklung der notwendigen **Internet-Infrastruktur** (vgl. Kapitel 1.4 Situation des Netzausbaus in Sachsen-Anhalt) sollen **Unternehmen dabei unterstützt werden**, den digitalen Wandel voranzutreiben. Hier setzt man vor allem auf wissenschaftliche Beratung. Der Entwicklung von Qualifikation und Kompetenzen soll mit **guten Arbeitsbedingungen** auf Unternehmensseite, beispielsweise durch Förderangebote und Aus- und Weiterbildungsprogramme für Beschäftigte, unterstützt werden. Schon frühzeitig sollen **Schüler*innen** besser auf die neuen Herausforderungen vorbereitet werden, u. a. durch ein neues Landeskonzzept für alle Schulen.

Um den notwendigen **Wissenstransfer** zu gewährleisten, sollen Wirtschaft und Wissenschaft stärker zusammenarbeiten, u. a. durch die Förderung von Transfereinrichtungen und -netzwerken. Auch das **kulturelle Erbe** soll digital zugänglich gemacht werden. Verkehrssysteme sollen intelligenter werden und die öffentliche Verwaltung digitaler.

1.6 Zwischenfazit

Die Digitalisierung verheißt einen revolutionären Moment, der unser Handeln und Denken nachhaltig verändern wird. Dabei sind die Auswirkungen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sehr unterschiedlich. Junge Menschen, die mit dem Internet und seinen Vorteilen aufgewachsen sind, sehen Technologieintegration als eine zu erfüllende Voraussetzung für die Entwicklung ihrer eigenen Lebensentwürfe an. Darin wird die Chance gesehen, die Herausforderungen des Alltags stetig zu verbessern. Auch für ältere Menschen verheißt die Implementierung digitaler Technologie eine Erhöhung der Lebensqualität. Nur müssen diese anders an die Nutzung der Technologie herangeführt werden.

Eingebunden zwischen diesen beiden Bedürfniswelten müssen Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft die notwendigen Grundlagen für eine Zukunftsfä-

higkeit der Gesellschaft schaffen. Die Gemeinde der Hohen Börde arbeitet konstant daran, aktuelle Transformationen proaktiv zu gestalten. Auch das Land Sachsen-Anhalt hat im Bereich der Digitalisierung Handlungsnotwendigkeit erkannt und entsprechende Handlungsziele formuliert.

Es bedarf gemeinsamer Kraftanstrengungen, die lokalen Lebenswelten und Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass eine ausreichende Integrationsleistung für Jung und Alt vorhanden ist und gleichzeitig die wirtschaftliche Lebensgrundlage der Regionen und der Menschen gesichert wird. Der Zugang zu Technologie sowie begleitende Bildungsangebote sind für alle beteiligten Gruppen essentielle Grundbedingungen, um die Zukunftssicherheit zu gewährleisten. Darüber hinaus ist es notwendig, über das Wie und Was des Wirtschaftens, Arbeitens und Lebens in der Gemeinde nachzudenken. Digitalisierung darf nicht als reine Computerunterstützung verstanden werden.

Die Gestaltung eines digitalen Lebensraumes muss Stück für Stück gemeinsam mit den Menschen erfolgen. Dafür bedarf es einer genauen Untersuchung der Bedürfnisse vor Ort. Nicht die Implementation eines Masterplans wird gesucht, sondern eine lebensnahe Entwicklung einzelner Bausteine.

⁴⁴ Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2017), S. 1



2 LEITFADENINTERVIEWS

Zwei Prinzipien der qualitativen Sozialforschung dienen als Grundlage der Datenerhebung mittels des Führens von Leitfadeninterviews: das Prinzip "Offenheit" und "Kommunikation".⁴⁵ Offenheit besagt, dass eine Theoriebildung erst erfolgt, wenn der zu erforschende Gegenstand oder das Phänomen durch die befragten Subjekte (Personen) erhoben und analysiert worden ist. Das Prinzip "Kommunikation" besagt, dass eine Datenerhebung nur möglich ist mittels Aufbau einer Kommunikationsbeziehung mit dem Forschungssubjekt, die den Kommunikationsregeln des Beforschten und nicht der wissenschaftlichen Forschung folgt.⁴⁶

2.1 Methodik

Als qualitatives Verfahren wurde die teil-strukturierte Leitfadentechnik gewählt. Das so geführte Interview basiert auf einem Leitfaden, den der Forscher im Vorfeld erstellt hat. Er umfasst mehrere Fragen, die auf eine offene Beantwortung zielen. Die befragte Person kann so frei berichten und steckt selbst den inhaltlichen Rahmen seiner Antworten ab. Nachfragen und Fragen, die der interviewenden Person erst im Gespräch einfallen, sind jederzeit möglich. Der/die Interviewer*in kann eigene Standpunkte oder Erfahrungen einbringen, wenn dies als erkenntnisbringend für das weitere Interview betrachtet wird.⁴⁷

Im Mittelpunkt steht eine detaillierte Betrachtung der "individuell-subjektiven" Perspektive auf ein Problem oder eine Situation im Leben der Befragten.⁴⁸ Mit diesem Ansatz können fremde Perspektiven und komplexe Zusammenhänge zur Ausgangsthematik nachvollzogen werden. Es wird möglich, die Dimensionen des Lebens der interviewten Person zu beleuchten, die von Außenstehenden oft nur sehr schwer und unzureichend erfasst werden können, dabei wird eine möglichst gegenstandsnahe und ein ganzheitliches Erfassen der Sachverhalte angestrebt. Die befragende Person sollte einen unvoreingenommenen und einen unmittelbaren Zugang zur Lebenswelt der Proband*innen haben.⁴⁹ Qualitative Daten werden durch Texte erzeugt. Bei der Gestaltung der Inter-

⁴⁵ Vgl. Heisting, A. (2006), S. 2

⁴⁶ Vgl. ebd.

⁴⁷ Vgl. ebd., S. 5

⁴⁸ Vgl. Kiessling, M. (2011)

⁴⁹ Vgl. ebd.

views sind bestimmte Kriterien, ähnlich wie bei der Entwicklung eines Fragebogens in der Forschung, einzuhalten, um die Güte zu gewährleisten.⁵⁰

Im Gegensatz dazu werden im quantitativen Forschungsansatz Häufigkeiten, Mengenangaben sowie statistische Berechnungen zur Interpretation im Sinne der Fragestellungen herangezogen.⁵¹ Diese methodische Herangehensweise wurde in dem Fall als nicht förderlich angesehen, denn die aktivierende Einbindung und Erkenntnisgewinnung stand im Mittelpunkt zur Ermittlung der Daten.

2.2 Durchführung

Nach der Analyse des aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstandes wurden im ersten Schritt theoretische Kategorien zum Untersuchungsgegenstand erarbeitet und ein Kriterienkatalog für das Untersuchungsfeld "Digitalisierung im ländlichen Raum" abgeleitet. Diese Kategorien dienten als Hintergrundmatrix für die Leitfadeninterviews. Hieraus wurde ein Leitfaden für die Expert*innen entwickelt, dem die eingangs dargelegte Definition von Digitalisierung zu Grunde liegt.

Die Interviews wurden mit 17 Personen, die als Expert*innen ihrer Lebenswelt und der Hohen Börde sind, durchgeführt. Die Auswahl wurde in Rücksprache und Abstimmung mit dem Forschungsteam von den verantwortlichen Mitarbeitenden der Gemeinde Hohe Börde vorgenommen. Hierzu wurden die wichtigsten Merkmale der zu interviewenden Expert*innen herausgearbeitet und den Verantwortungsträger*innen in der Gemeinde zugeleitet. Zur Auswahl an Proband*innen stand ein Expert*innenpool von 30 Personen.

Der Erstkontakt erfolgte zum größten Teil über die Gemeinde zu den geplanten Interviewpartner*innen. Zu einem Interview erklärten sich 17 Personen bereit. Es umfasste in der Regel eine Zeitspanne von 45 Minuten und wurde fast immer in den privaten Räumen der Probanden durchgeführt.

Die Interviews wurden verschriftlicht und transkribiert.

Da die interviewten Personen Expert*innen ihrer Lebenswelt sind, wurden sie nicht als individuelle Person im qualitativen Forschungsinteresse gesehen. Vielmehr sind sie Repräsentanten*innen für die Handlungs- und Sichtweisen unterschiedlicher hier lebender Menschen nach Alter, Gruppenzugehörigkeit und vermuteter Nähe bzw. Ferne zur Ausgangsfragestellung.

Die Stichprobe repräsentiert die Altersstruktur der Bevölkerung. In der nachfolgenden Tabelle 1 ist die Altersstruktur sichtbar:

Altersstruktur	Anzahl der Interviewpartner
Bis 25 Jahren	3
26 – 45 Jahren	6
46 – 65 Jahren	5
Über 66 Jahren	3
Gesamt:	17 Interviews
Angefragt:	30 Personen

Tabelle 1: Altersstruktur

Die Interviewpartner*innen lassen sich nach unterschiedlichen gesellschaftlichen Wirk- und Arbeitsbereichen kategorisieren (Tab. 2).

Gesell. Wirk- und Arbeitsbereiche	Anzahl der Interviewpartner
Verwaltung und Politik	6
Unternehmen	6
Sozial- und Gesundheitsbereich	1
Bildung	1
Senior*innen	3
Gesamt:	17 Interviews

Tabelle 2: Gesellschaftliche Wirk- und Arbeitsbereiche

Zu Beginn des Interviews wurden die Expert*innen gefragt, wie sie den Begriff Digitalisierung definieren würden. Mit dieser Eingangsfrage wurde einerseits das Ziel verfolgt, einen Zugang zur Zielgruppe zu erhalten und andererseits sollte das Verständnis zur Digitalisierung aufgedeckt werden. Im weiteren Verlauf wurde das Interview in zwei Richtungen aufgefächert.

Im ersten Teil wurde nach den persönlichen Bedürfnissen, Vorlieben und Nutzungsansätzen von digitalen Diensten, Netzwerken und Programmen in aktueller Art und Weise und in einer künftigen Nutzungsmöglichkeit gefragt. Im zweiten Teil wurde der Fokus auf den sozialen Nahraum, die Gemeinde Hohe Börde, gelegt. Wo sehen die Befragten weitere Möglichkeiten der Nutzung bei ihren Mitmenschen, welche Voraussetzungen müssten dafür von Seiten der Verantwortlichen der Gemeinde geschaffen werden (unabhängig von einer kompletten Netzabdeckung und einer schnellen Datenrate)? Ziel war erstens eine Bedarfserhebung auf der persönlichen Ebene und im Sozialraum und zweitens erfolgte so eine Kompetenz- und Bedürfnisanalyse.

50 Vgl. Flick in Baur, B. (2014)

51 Vgl. Kiessling, M. (2011)

Die anschließende Frage nach einer lokalen Einbindung der befragten Person in soziale gemeinschaftsstiftende Engagement-Strukturen erkundet die Verortung der Bewohnerschaft in die dörfliche Sozialraumstruktur. Eine Sozialraumstruktur, die von Vereinen und anderweitigen Initiativen und Gruppen innerhalb der Einheitsgemeinde geprägt ist, die gegebenenfalls auch für Bindungsstrukturen von digitalen Angeboten eine relevante Größe darstellen bzw. darstellen könnten.

Die abschließende Frage fokussierte direkt auf das öffentliche sozialräumliche Beteiligungsverfahren, das im Anschluss an die Interviews geplant war. Die Proband*innen wurden danach gefragt, welche Themen und Sachstände aus ihrer Sicht für eine digitale Wende im ländlichen Raum öffentlich diskutiert und eine gemeinsame Ideen- und Lösungsgenerierung vorgenommen werden soll(t)en.

Die Ergebnisse der Interviews generieren die Kategorien und Fragestellungen für das im nächsten Schritt vollzogene sozialräumliche Beteiligungsverfahren.

2.3 Auswertung: Erkenntnisse aus den Interviews

Die Auswertung des Interviews ermöglicht die Bildung von Kategorien. Alle Interviews wurden zunächst transkribiert, auf unterschiedliche Themenfelder geprüft und diese notiert. Anschließend erfolgte das Paraphrasieren der Interviews und diese Paraphrasen wurden wiederum durch Generalisierung reduziert. Gleichbedeutende Paraphrasen wurden gestrichen und die verbliebenen als Kategorien gebündelt. Da diese sich wiederum zu Kategorien bündeln ließen, wurden Ober- und Unterkategorien gebildet.

Die Oberkategorien sind: (1) der individuelle Bedarf und der Nutzen eines schnellen Internets; (2) die gesehenen Bedarfe im sozialen dörflichen Nahraum sowie (3) die öffentlich zu diskutierenden Themen. Die Unterkategorien von (1) und (2) werden im jeweiligen eigenen Kapitel vorgestellt.

2.3.1 Der private Nutzen und Bedarf der interviewten Personen

Die Befragung zeigt, dass die Interviewten das Internet in erster Linie für alltägliche private Zwecke nutzen. Die Befragten nutzen es für die Kommunikation über die Sozialen Netzwerke, vor allem über Facebook und WhatsApp oder ähnliche Messenger-Dienste. Im Mittelpunkt stehen **Nutzen von Kommunikations- und Unterhaltungsmedien** im privaten Raum, wie das Streamen von Filmen, das Lesen von Online-Zeitungen⁵² oder zum Videospielen.⁵³

52 Vgl. Interview 7_Hohe Börde_TR180547, Zeile 28f.

53 Vgl. Interview 2_Hohe Börde_TR190547, Zeile 21f. / Interview 4_Hohe Börde_TR180547, Zeile 34f.

Digitale Instrumente zum **Austausch von Informationen und Nachrichten mit Freunden** ist eines der wichtigsten Bedürfnisse; das spiegelt sich auch im allgemeinen, weltweiten Trend der privaten Nutzung, in den Marktanteilen von Social Media Seiten nach Seitenabrufen im Querschnitt der Bevölkerung wider.⁵⁴ Fast 70 Prozent der Marktanteile hält Facebook, gefolgt von Pinterest und Youtube (Vgl. Abb. 2). Der Aspekt, dass digitale Anwendungen zum Austausch von Informationen zur besseren Vernetzung der Dörfer dienen kann, wurde vor allem von jüngeren Befragten der hier vorgenommenen Untersuchung genannt.

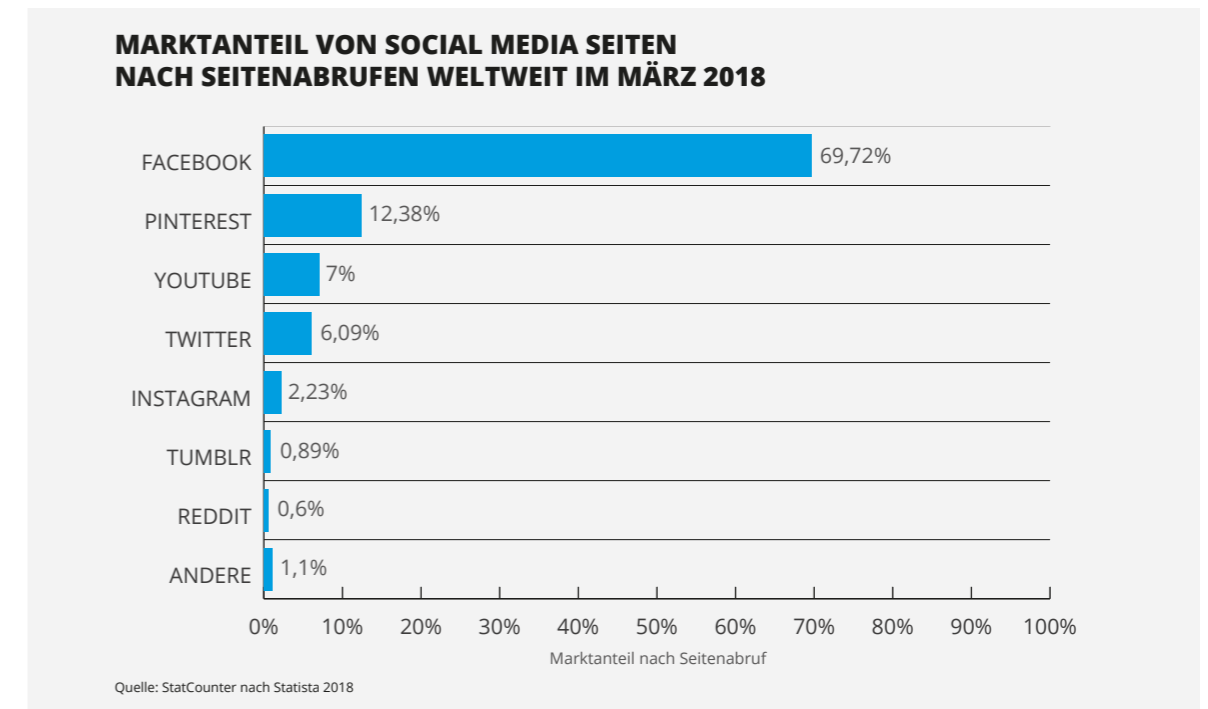


Abb. 2: Marktanteile von Social Media Seiten

Laut der ARD/ZDF Onlinestudie 2017 nutzen 21 Prozent der Deutschen täglich Facebook.⁵⁵ Es stagniert auf dem Niveau des Jahres 2016. Im Gegensatz hierzu wächst die Nutzung des Messenger Dienstes "WhatsApp". Er wird mittlerweile von 55 Prozent der Bevölkerung täglich genutzt.⁵⁶

	Gesamt	Frauen	Männer	14 - 19 J.	14 - 29 J.	30 - 49 J.	50 - 69 J.	ab 70 J.
WhatsApp	64	65	64	92	90	82	54	20
Facebook	33	32	34	50	59	42	22	4
Instagram	9	9	10	51	36	6	1	0
Snapchat	6	6	6	43	28	1	0	0

Tabelle 3: Gesamtbevölkerung in Prozent, Nutzung von WhatsApp und Onlinecommunities 2017⁵⁷, mindestens wöchentlich

54 Vgl. Brand, M. (2017a)

55 Vgl. ARD/ZDF-Onlinestudie 2016-2017 (2018)

56 Vgl. Brand, M. (2017b)

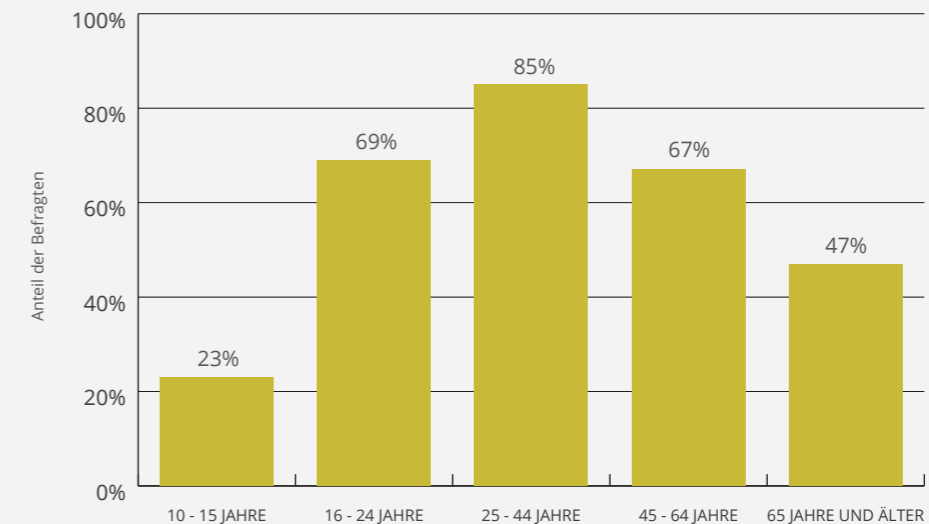
57 Vgl. Auszug aus der ARD-ZDF Onlinestudie 2016-2017, ebd.

Deutlich wird in Tabelle 3, dass Facebook und WhatsApp in der Mitte der Bevölkerung angekommen sind und von allen Altersgruppen genutzt werden. Diese Tendenz zeigte sich auch in den geführten Interviews mit jüngeren Menschen: "WhatsApp [...] halt zum Austauschen."⁵⁸ Facebook "[...] vielleicht einmal die Woche [...] und schaut mal, wer wann Geburtstag hat, aber das wars."⁵⁹ Als Konkurrenz werden sich wahrscheinlich Instagram und Snapchat in der Altersgruppe der 14- bis 29-Jährigen etablieren.

Die Befragten im schul- und arbeitsfähigen Alter setzen den Zugang zu digitalen Medien voraus. Die interviewten Auszubildenden zeigen beispielsweise auf, dass von Seiten der Schule das Nutzen diverser Programme bei der Erledigung der Hausaufgaben als Standard angesehen wird.⁶⁰ "[...] viele Lehrer arbeiten ja auch mit Programmen wie OneNote, da ist es halt schwer, alles herunterzuladen, weil du sitzt manchmal zwei Stunden vorm Computer und es hat sich noch nichts bewegt."⁶¹ Das zeigt sich auch bei der Gruppe der berufstätigen Befragten, die einerseits ein **mobiles Arbeiten** von Zuhause für sich sehen⁶² und andererseits diesen Anspruch auch von Besuchenden erfahren. Zugereiste, die gern ihre Arbeit in die Hohe Börde temporär verlegen oder auf Dienstreisen sind, bedürfen eines schnellen Internetzugangs.⁶³

Ein weiterer großer Mehrwert wird für sich selbst und oder für die Familie in den Möglichkeiten des **Online-Einkaufs und Lieferdiensten** gesehen. Die Ergebnisse der Befragung in der Hohen Börde decken sich mit deutschlandweit durchgeführten Befragungen. In der nachfolgenden Abbildung wird der Anteil der Internetnutzer*innen nach Altersgruppen im Jahr 2017 abgebildet, die in den letzten drei Monaten Waren oder Dienstleistungen über das Internet bestellt oder gekauft haben.⁶⁴

ANTEIL DER INTERNETNUTZER*INNEN, DIE IN DEN LETZTEN DREI MONATEN EINKÄUFE UND BESTELLUNGEN ÜBER DAS INTERNET GETÄTIGT HABEN NACH ALTERSGRUPPEN IM JAHR 2017



Quelle: Statistisches Bundesamt nach Statista 2018

Abb. 3: Anteil der Internetnutzer*innen von Online-Einkäufen und Dienstleistungen nach Altersgruppen

Die Altersgruppe von 25 bis 44 Jahre stellt zum Zeitpunkt der Erhebung die größte Gruppe jener dar, die online einkaufen, doch auch die älteren Altersgruppen sind mit dem Online-Einkauf vertraut.

Für ältere Menschen ist das Nutzen der digitalen Medien vor allem zum **Halten der persönlichen Beziehungen zur Verwandtschaft** von großer Bedeutung. Genannt wurden hier das Fotografieren und Versenden sowie das Erhalten von Fotos⁶⁵, das Erstellen von Fotobüchern zur Erinnerung⁶⁶ sowie das Nutzen von Videotelefonie, auch für Menschen in Altenheimen und betreuten Wohnformen. Ein großer Mehrwert wird in der Verstärkung der Kommunikation über weite Entfernungen gesehen.

Seltener genannt, aber dennoch als relevant angesehen, werden im privaten Gebrauch die Aspekte: (a) **Das Nutzen des Online Bankings**; (b) **das Nutzen von digitalen Medien zum Wissenserwerb** im Ehrenamt (Feuerwehr), in der Schule (Hausaufgabenerledigung) sowie der Weiterbildung; (c) der Einsatz von geeigneten Informations-Medien im Themenfeld **Telemedizin** sowie (d) die Vereinfachung und **Beschleunigung der Kommunikation zwischen den Bürger*innen und der Verwaltung** und (e) die **Erhöhung der Mobilität**. Der letzte Aspekt wurde vor allem von den Jugendlichen und älteren Befragten genannt, also jenen Gruppe, die erschwerten Zugang zu eigenen Verkehrsmitteln haben. Als Lösungsansatz wurde der Einsatz von Applikationen genannt, in Form von "dörflichen lokalen Mitfahrgelegenheiten".

⁶⁵ Vgl. Interview 5_Hohe Börde_TR180547, Zeile 151ff.

⁶⁶ Vgl. Interview 6_Hohe Börde_TR180547, Zeile 65ff.

⁵⁸ Interview 1_Hohe Börde_TR180547, Zeile 67

⁵⁹ ebd., Zeile 70f.

⁶⁰ Vgl. Interview 4_Hohe Börde_TR180547, Zeile 46f.

⁶¹ Interview 1, a.a.O., Zeile 44ff.

⁶² Vgl. Interview 2_Hohe Börde_TR190547, Zeile 22f. /Interview 4_Hohe Börde_TR180547, Zeile 36

⁶³ Vgl. Interview 3_Hohe Börde_TR180547, Zeile 219ff.

⁶⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, In: Statista GmbH (2018)

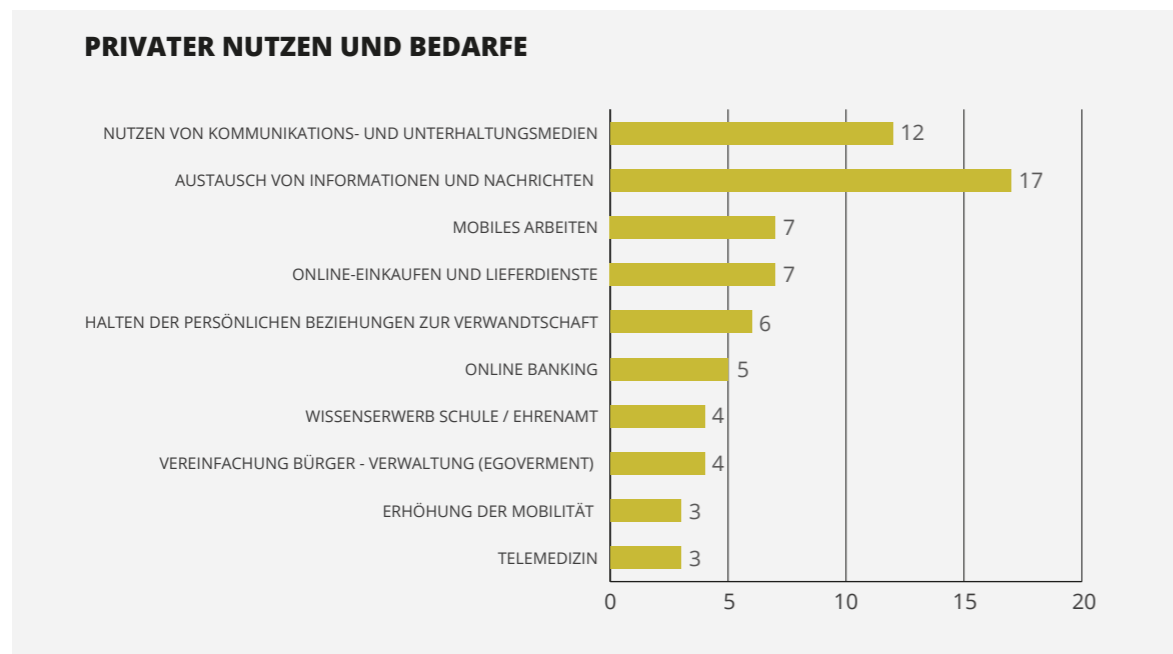


Abb. 4: Hauptkategorien des persönlichen Bedarfs und Nutzens

2.3.2 Die Bedarfe im sozialen dörflichen Nahraum

Der Wunsch der Befragten nach Einsatz von digitalen – smarten – Technologien, die intelligent mit der Umwelt kommunizieren, konnte in sieben Kategorien überführt werden: 1) Handel und Gewerbe, 2) Gesundheitsversorgung, 3) E-Government, 4) Schule und Bildung, 5) Mobilität, 6) Wirtschaft, 7) örtliches Gemeinwesen 8) digitale Welt und ältere Menschen. Die Reihenfolge bildet keine Hierarchie bezüglich der Relevanz für die Interviewten ab.

Als Grundvoraussetzung sollten die Befragten annehmen, dass eine konstant hohe Internetgeschwindigkeit sowie eine umfassende Mobilfunknetzabdeckung vorliegt.

Den meisten Befragten fiel es schwer genau zu benennen, wie die Digitalisierung den dörflichen Alltag verändern könnte. Welchen Service können sie einerseits von der Kommune erwarten und andererseits wie könnten bisherige Angebote verbessert werden? Damit erscheinen die Erwartungen unausgereift und vage. Sie sind dennoch ernst zu nehmen und zeigen Perspektiven auf, in der sich die hiesige Bevölkerung ein digitales Dorfleben vorstellt.

2.3.2.1 Handel und Gewerbe

Unter dem Gesichtspunkt "Handel und Gewerbe" wurden von den Befragten **Online-Einkäufe** und **Lieferservice-Systeme** für verschiedene Branchen zu-

sammengedacht: der **Aufbau sowie ein vernetztes E-Commerce Angebot der lokalen Wirtschaft** sowie des **Marketings**. Das Ziel wäre laut einiger Interviewten, dem Handel und dem Gewerbe vor Ort eine **Absatzsicherheit zusätzlich zum analogen Verkauf** zu gewährleisten und damit den Absatz zu verstärken. Als Beispiel wurde der Bauer Hansen aus Wellen oder die Biokiste aus Hohendodeleben genannt.⁶⁷ Andererseits können auch **Lieferservice-Systeme für ältere Menschen**, die nicht mehr mobil sind, angedacht werden.⁶⁸ Der Servicegedanke aus anderen Städten wurde hier als Ansatz eingebracht: "Ich gehe in den Laden, sage, was ich haben will und dann bringen die es zu mir nach Hause."⁶⁹

Für **die vor Ort tätigen Unternehmen** verbinden Befragte mit den Instrumenten der Digitalisierung eine **Effizienzsteigerung durch Automatisierung** sowie eine **Verbesserung der Kommunikation- und Informationsweitergabe**.⁷⁰ Mit der Gewährleistung einer konstant hohen Internetgeschwindigkeit sowie umfassender Netzabdeckung für den Mobilfunk sehen sie einen strategischen **Wettbewerbsvorteil** und letztendlich eine Gewährleistung der **Standortsicherheit**.

2.3.2.2 Gesundheitsversorgung

Die medizinische Versorgung im ländlichen Raum wird in Zukunft mit darüber entscheiden, wie lang ältere Menschen selbstbestimmt in den Dörfern leben werden können, das wurde auch von den Befragten so gesehen. Unter Einsatz digitaler Systeme im Themenfeld **Telemedizin** wurden in vier größeren Themenkomplexen Lösungsansätze von den Befragten generiert: **(a) Sicherheitskontroll-Systeme für pflegende Angehörige oder ambulante Pflegedienste; (b) Sprachsteuerungssysteme für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen; (c) Fahr- und Lieferservice-Dienste zu Arztterminen oder von Medikamenten und (d) ärztliche Terminkoordination zur Beschleunigung von Wartezeiten**. In allen angedachten Themenfeldern wurde angemerkt, dass es Lösungen bedarf, die das **Persönlichkeitsrecht** nicht einschränken und den **Datenschutzbestimmungen** entsprechen.

2.3.2.3 E-Government

Von digitalen bzw. elektronischen Verwaltungsprozessen profitieren die einzelnen Bürger*innen wie auch die Wirtschaft. In erster Linie wurde dieser Aspekt

67 Vgl. Interview 4_Hohe Börde_TR180547, Zeile 81ff.

68 Vgl. Interview 5_Hohe Börde_TR180547, Zeile 325f. / Interview 3_Hohe Börde_TR180547, Zeile 94ff.

69 Vgl. Interview 3_Hohe Börde_TR180547, Zeile 291f.

70 Vgl. Interview 6_Hohe Börde_TR180547, Zeile 33ff.

im Sinne eines **Smart Village** im Kontext der generellen Digitalisierung von Vorgängen mit einer **papierlosen Kommunikation** genannt. Weitere wichtige Aspekte sehen die Befragten in der **Beschleunigung von Verfahren** sowie der **Transparenz von Bearbeitungsständen**. Als Beispiel wurde die Bearbeitung von Bauanträgen angeführt. Die Befragten wünschen sich das Vermeiden von umständlichen Amtswegen⁷¹. Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen wurde auch mit dem Ermöglichen von **Telearbeit** verbunden, was als sehr lukrativ - gerade von Verwaltungsmitarbeitenden mit kleineren Kindern - angesehen wurde.

2.3.2.4 Schule und Bildung

Für Schulen fordern Befragte, dass **digitale Lehrangebote** ermöglicht werden und die Lehrenden eine **umfassende Medienkompetenz** aufweisen. Der Vorteil für die Pädagog*innen wäre ein unkompliziertes Einbinden von Sachinhalten in den Unterricht. Neben einem Einsatz von moderner Technik sei es genauso wichtig, den richtigen Umgang mit einer Unterstützung **individueller selbstbestimmter Lernwege** pädagogisch zu ermöglichen. Es bedürfe einer guten Mischung zwischen **digitalem und herkömmlichem analogen** Unterricht. Digitale Sachinhalte bedürfen einer pädagogischen Aufarbeitung und Einbettung. Schulen dürften sich nicht der digitalen Welt verschließen, um weiterhin an der Lebenswelt der Schüler*innen anknüpfen zu können.

2.3.2.5 Mobilität

Im Themenfeld "Mobilität" äußerten sich in erster Linie ältere und jüngere Befragte – die Gruppen im ländlichen Raum, die keinen Zugang zu privaten Verkehrsmitteln haben. Wenn die Mobilität bei älteren Menschen eingeschränkt sei, dann sei trotz vorhandenen ÖPNV-Strukturen das Nutzen von erheblichen Hindernissen geprägt. Die **Haltepunkte** seien in vielen Fällen **zu weit entfernt**, dazu komme, dass die **abnehmende oder gar nicht mehr vorhandene Versorgungsinfrastruktur in einigen Ortschaften**⁷² ein unabhängiges Leben - fern von privater Mobilität - sehr erschwere. Die Befragten könnten sich Systeme vorstellen, die ein **"Mitnehmen"** über ein Carpooling-System oder "gemeinschaftliches Mieten eines Kleinbusses" für einen Besuch in der Stadt sowie über ein "schwarzes digitales Brett der Gemeinde" ermöglichen. Für den ÖPNV wird sich ein **Live-Tracking** gewünscht.

71 Vgl. Interview 3_Hohe Börde_TR180547, Zeile 41f.

72 z.B. die Ortschaft Wellen

2.3.2.6 Wirtschaft

Die Befragten bilden nur einen kleinen Ausschnitt der Branchenvielfalt der Wirtschaft in der Hohen Börde ab. Die Datenlage zeigt eine Tendenz der Grundlagen auf, die es zu beachten gilt, damit der Standort an Attraktivität nicht verliert und ggf. dazu gewinnt. Die befragten Wirtschafts- und Sozialunternehmen kommen aus der Landwirtschaft, dem Baugewerbe/Architektur, Logistik, Gewerbe, Tourismus, Handel und Pflege. Deutlich wurde in den Interviews: **ohne** eine zukünftige **flächendeckende Netzabdeckung** sowie ein **schnelles Internet** kann die hiesige **Wirtschaft nicht weiter wachsen**.

Gerade die **Landwirtschaft** ist eine der Vorreiterbranchen in der Nutzung von digitalen Anwendungen, genannt auch **Digital Farming**. Mithilfe der Anwendungen können einerseits verschiedenste Prozesse, Informationen und am Prozess Beteiligte miteinander verknüpft werden, andererseits werden Arbeitsprozesse automatisiert.⁷³

Ob das **Bewerben auf Ausschreibungen**, die **Einführung von digitalen Dokumentensystemen**, das **Herunterladen von großen Datenmengen**, der **Aufbau und das Betreiben von E-Commerce Unternehmen** oder die **Werbung und das Gästemanagement im Tourismus** – die Grundvoraussetzung sehen alle Befragten in einer flächendeckenden Verfügbarkeit einer leistungsstarken digitalen Infrastruktur.

2.3.2.7 Das dörfliche Gemeinwesen

Unter der Begrifflichkeit "Gemeinwesen" werden Ansätze und Bedarfe subsumiert, die über das Zusammenleben im Familien- und Freundschaftsverband oder der Wirtschaft hinausgehen. Es werden **soziale Gefüge** betrachtet, in denen **Bedürfnisse, Fähigkeiten, Arbeitsbereiche und Öffentlichkeit** zusammengedacht und verbunden werden.

Als Bedarf zur Verbesserung des Gemeinwesens werden von den Befragten genannt: (a) die **Installation von öffentlichen WLAN-Hotspots** an öffentlichen Sammlungs- und Versammlungspunkten; darunter fällt die zentrale Bushaltestelle, der Sportplatz oder das Dorfgemeinschaftshaus. Nicht jeder Ort erhielt die gleiche Priorität; (b) Das **Einführen eines ÖPNV-Pooling** zur besseren Mobilitätsversorgung; (c) die Einrichtung eines **Facebook-Journals**, als Seite oder Gruppe, um die in der Hohen Börde lebenden Menschen mit Terminen, Vor-

73 Vgl. Interview 3_Hohe Börde_TR180547, Zeile 167ff.

stellungen, Initiativen und anderen wichtigen Informationen zu versorgen und (d) die Einführung eines **“Leih-Oma“-Systems** für ein privates Babysitting für junge Familien.⁷⁴

2.3.2.8 Digitale Welt und ältere Menschen

Die befragten Bürger*innen in der Hohen Börde sahen zwei Ansätze für eine Heranführung älterer Menschen an digitale Angebote, die man ggf. kombinieren könnte und sollte. Einerseits wird ein **Schulungs- und Beratungsprogramm zur Nutzung von digitalen Endgeräten von Älteren für Ältere** vorgeschlagen.⁷⁵ Andererseits wird ein solches Programm unter **Leitung von geschulten jungen engagierten Menschen ins Spiel gebracht**⁷⁶. Wichtig sei der Aspekt der **Freiwilligkeit auf allen Seiten**, ein **Interesse** sowie das **Ernstnehmen von Ängsten der ungeschulten Älteren**. Die Thematik Datensicherheit müsse eine besondere Stellung und Wertigkeit erhalten.⁷⁷ Für geschulte Ältere könne man sich eine **telefonische Hotline** von Seiten der Verwaltung vorstellen **so wie Fernwartungssoftware**, um Videokonferenzen, einen Dateitransfer und Screen-Sharing zu ermöglichen.

Nach einer aktuellen Studie der Stiftung Digitale Chancen hat sich hinsichtlich der Nutzung digitaler Angebote der Abstand zwischen den Nutzungsquoten der Jungen und Alten seit 2001 nicht verringert. Noch immer hat ein **Großteil der älteren Bevölkerung** (im Alter von über 70 Jahren) **keinen Zugang zur digitalen Welt**.⁷⁸ Der Informatik-Professor Herbert Kubicek vom Institut für Informationsmanagement Bremen und Barbara Lippa von der Stiftung Digitale Chancen stellten fest, dass ein **doppeltes Vertrauensproblem** das Haupthindernis für ein Nutzen des Internets von älteren Menschen vorliege. Junge Menschen würden unbekümmert neue Techniken ausprobieren. Ältere Menschen zweifeln, auftretende **Probleme selbst lösen** zu können. Des Weiteren hätten sie in vielen Fällen **Berührungängste und Sicherheitsbedenken**, was sie abhält – selbst bei Begleitangeboten – online zu gehen; das **widerspräche** allerdings den **Erwartungen** von Senior*innen, dass ihnen **mit mobilen digitalen Endgeräten Wege erspart blieben** und sie auch **länger selbständig** bleiben könnten.⁷⁹

2.3.3 Zusammenfassung: Generierung von Themen für eine öffentliche Diskussion und zum Finden von guten Lösungen

Die Ergebnisse der Leitfadenterviews generierten eine Verortung der Digitalisierung in der Hohen Börde. Die zu beleuchtenden Themen für eine Verbesserung der Lebensqualität führten zur Kategorienbildung. Als Oberkategorien wurden festgestellt: 1) der individuelle Bedarf und der Nutzen eines schnellen Internets, (2) die gesehenen Bedarfe im sozialen dörflichen Nahraum, sowie (3) die öffentlich zu diskutierenden Themen. Die individuellen, privaten Bedarfe und Nutzen wurden in der Auswertung vernachlässigt, da diese Studie auf Verbesserungen für die Gemeinde, also für den öffentlichen Raum, zielt. Als Unterkategorien des Bedarfs im sozialen öffentlichen Nahraum wurden identifiziert: Handel und Gewerbe in der Gemeinde, Gesundheitsversorgung, die Verbesserung des Austauschs mit den Verwaltungsstrukturen (hier gefasst unter die Kategorie “E-Government”), Schule und Bildung, Mobilität, Wirtschaft, das dörfliche Gemeinwesen sowie die digitale Welt und ältere Menschen. Da sich die zu diskutierenden Themen aus den Bedarfen ergeben, die Kategorien also identisch sind, wurde hier auf eine dezidierte Darstellung verzichtet.

74 Vgl. Interview 5_Hohe Börde_TR180547, Zeile 392ff.

75 Vgl. z.B. Interview 3_Hohe Börde_TR180547, Zeile 416ff. / Interview 5_Hohe Börde_TR180547, Zeile 110ff.

76 Vgl. Interview 9_Hohe Börde_TR180547, Zeile 297ff.

77 Vgl. z.B. Interview 5_Hohe Börde_TR180547, Zeile 238ff. / Interview 4_Hohe Börde_TR180547, Zeile 349 ff.

78 Vgl. Wilkens, A. (2018)

79 Vgl. ebd.

3 GRUPPENDISKUSSION



Die aus den Leitfadeninterviews gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für die Themencluster der zweiten angewandten Methode: das World Café als Bürgerbeteiligungsverfahren. Zunächst wird der Begriff des Beteiligungsverfahrens verdeutlicht und die Wahl der Methode World Café begründet. Anschließend wird der Vorbereitungsprozess dargestellt und schließlich die Durchführung des World Cafés formuliert. In einzelnen Unterkapiteln werden die jeweiligen Diskussionen der Teilnehmenden transparent gemacht.

3.1 Bürger*innenbeteiligungsverfahren

Bürgerbeteiligungsverfahren ermöglichen das Mitwirken der von politischen Entscheidungen Betroffenen. Mittels verschiedener Werkzeuge geben die Verfahren den Betroffenen die Möglichkeit, ihre Einstellung zu einer anstehenden politischen Entscheidung kundzutun. Die unterschiedlichen Verfahren lassen sich anhand des Grads der Einwirkung sowie der Eigenermächtigung der Betroffenen unterscheiden.⁸⁰

Einen geringen Grad an Eigenermächtigung weisen formalrechtliche Beteiligungen auf. Hierunter werden alle gesetzlich garantierten (Wahlen) sowie von den Entscheider*innen freiwillig zugestandenen Mitwirkungsangebote zusammengefasst. Der Grad der Einwirkung variiert je nach Verfahren.

Einen hohen Grad an Eigenermächtigung weisen direktdemokratische bzw. plebiszitäre Beteiligungsverfahren auf. Bürgerbegehren und Volksentscheide sind zwar formalrechtlich garantiert, trotzdem müssen Bürger*innen zur Initiierung und Umsetzung des formalen Verfahrens aktiv beitragen. Der Grad der Einwirkung variiert auch hier je nach Verfahren.

Einen per Definition hohen Grad an Einwirkung lässt sich den dialogorientierten, partizipativen Beteiligungsverfahren zuschreiben; diese sind in ihrer Intention darauf ausgerichtet, Meinungen der Beteiligten aufzunehmen, zusammen weiterzuentwickeln und die Beteiligten in den Entscheidungsprozess einzubeziehen: "Im Mittelpunkt steht der Austausch von Argumenten mit dem Ziel einer gemeinschaftlichen Willensbildung und idealerweise einer anschließenden

⁸⁰ Vgl. Nanz, P.; Fritsche, M. (2012), S. 7f.

konsensualen Entscheidungsfindung.⁸¹ Je nachdem, von wem die Initiative für das Verfahren ausgeht, variiert der Grad der Eigermächtigung.

Die vorliegende Studie will vorrangig Lösungsansätze für den Bedarf der Ortsansässigen an Digitalisierungsmaßnahmen aufsuchen. Für die Aufdeckung des Bedarfs wurden Leitfadeninterviews unter den Betroffenen geführt. Für die Entwicklung von Lösungsansätzen müssen nun erneut die Betroffenen einbezogen werden, da sie es sein werden, die künftige Maßnahmen täglich anwenden werden.

Die Entscheidung fiel daher auf die Methode des "World Cafés" als dialogorientiertes, partizipatives Beteiligungsverfahren. Dieses Instrument ermöglicht es, eine große Zahl an Teilnehmenden zu erreichen und einzubinden.

Die Idee zum World Café entstand 1995 in Kalifornien. In den USA ist diese Methode inzwischen weit verbreitet und auch in Deutschland erlangt sie zunehmend an Bedeutung. Unternehmen, Verbände, Gemeinden, politische Parteien und sonstige Organisationen sowie Systeme greifen auf diese Methode zurück, wenn es darum geht, ein bestimmtes Thema zu fokussieren. Die Anwendung der Methode World Café ist sinnvoll:

- wenn viele Menschen gemeinsam über ein komplexes Thema nachdenken
- wenn die Sicht aller zu einer Frage oder einem Thema sichtbar werden soll
- wenn Menschen unkompliziert miteinander in Kontakt treten und networken wollen
- als Auftaktveranstaltung für einen Veränderungsprozess
- als Element sowohl in klassischen Konferenzen als auch in Großgruppen-Prozessen.⁸²

Basierend auf der Annahme, dass es kollektives Wissen gibt, werden Menschen miteinander in ein konstruktives Gespräch gebracht. Gegenstand der Gespräche sind Themen, die für die Teilnehmenden relevant sind. Ziel ist es, in Veränderungsprozessen möglichst viele Beteiligte zu Wort kommen zu lassen und ihnen so eine Mitwirkung und ggf. ein späteres Engagement zu ermöglichen. Die World Café Methode unterstützt somit Selbstentwicklung sowie Selbststeuerung und fördert die Selbstorganisation.

Die Gespräche finden in einer entspannten Atmosphäre statt. Sie zielen darauf, gemeinsames Wissen und den Leistungsvorteil der Gruppe sichtbar zu machen, um so neue Perspektiven, Denkweisen und Handlungsoptionen zu entwickeln.

81 ebd., S. 11.

82 Vgl. Brown, J. (2000); Brown, J.; Isaacs, D. (2005); Gloger, S. (2004)

Ein World Café dauert etwa 45 Minuten bis drei Stunden. Die Teilnehmenden sitzen im Raum verteilt an vorbereiteten Tischen, diese sind mit weißen, beschreibbaren Papiertischdecken und Stiften bzw. Markern belegt. Moderator*innen an den Tischen führen als Gastgeber*in zu Beginn in die Arbeitsweise ein, erläutern den Ablauf und weisen auf die Verhaltensregeln, die „Café-Etikette“, hin. Im Verlauf werden Fragen in aufeinander folgenden Gesprächsrunden von jeweils 20 Minuten an allen Tischen bearbeitet. Zwischen den Gesprächsrunden mischen sich die Gruppen neu.

Die Gastgeber*in bleiben die ganze Zeit über am selben Tisch sitzen. Sie begrüßen neue Gäste, resümieren und bringen den Diskurs erneut in Gang. Das World Café schließt mit einer Reflexionsphase und einem Ausblick in die Zukunft ab.

Die Qualität der Fragen zu den herausgearbeiteten Themen ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für ein World Café. Sie sind ausschlaggebend dafür, ob die Teilnehmenden miteinander in ein konstruktives Gespräch gebracht werden können, deshalb wird der Entwicklung dieser Fragen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Im vorliegenden Fall war die Grundlage der Bildung der Themen die zuvor stattgefundenen Durchführungen der Leitfadeninterviews. Die Fragen dienen immer als Attraktor. Sie sind einfach formuliert und sollen die Teilnehmenden neugierig auf den anstehenden Dialog machen.

In der Durchführung ist es wichtig, dass alle Beteiligten zu Wort kommen und sie zu einer gemeinsamen Ziel- und Strategiefindung geführt werden, dies steigert die Bereitschaft der Beteiligten, an den anschließenden Veränderungsprozessen mitzuwirken. Hierfür ist der Moderator zuständig.

3.2 Initiation des bürger*innenorientierten Beteiligungsprozesses

Die Ausgangsbasis für den Beteiligungsprozess bildete die Datenerhebung mittels der geführten Interviews. Nach der Herausarbeitung der Themen und Fragestellungen für die einzelnen Gesprächsrunden erfolgte die Einladung unter Einbindung der Gemeindeverwaltung und der Bürgermeisterin unter dem Motto "Hohe Börde: Noch lebenswerter dank Digitalisierung!". In der Einladung wurde explizit darauf hingewiesen, dass die Ideen, Wünsche und Bedürfnisse eingebracht und eine Diskussion über die Vorteile und Hürden digitaler Dienste diskutiert werden soll und kann. Es wurde darauf verwiesen, dass die Gemeinde aktiv mit den Bürger*innen zusammenarbeiten und auf diesem Weg eine Digitalisierungsstrategie erarbeiten möchte.

Die Einladung über die Gemeinde und die Anwesenheit mehrerer Ortschaftsräte und der Bürgermeisterin der Gemeinde erzeugte eine hohe Wertigkeit und Ernsthaftigkeit der Veranstaltung für die teilnehmenden Bürger*innen.

Am 15. Februar 2018 fand im Dorfgemeinschaftshaus in Bornstedt das World Café statt. Die Einladung erfolgte über die Gemeindeverwaltung, die lokale Presse sowie den Ortschaftsräten der 18 Orte der Hohen Börde.

Der Einladung folgten ca. 50 Bürger*innen aus der Hohen Börde. Sie erfuhren von der Aktion entweder aus der lokalen Presse oder wurden direkt von den Ortschaftsräten der einzelnen Dörfer angesprochen. Die Teilnahme war freiwillig und setzte ein intrinsisches Interesse an der Thematik voraus.

Das gesamte Verfahren dauerte ca. 2,5 Stunden und endete mit einer Zusammenfassung der jeweiligen Gesprächsrunden zu den Fragen an den Thementischen.

3.2.1 Ausgestaltung und Ablauf der Methode

Sechs Thementische wurden zu den Bereichen Mobilität, Arbeit, Gesundheit, Gemeinwesen, Handel und Verwaltung erzeugt. Für die Durchführung wurden jeweils drei Runden geplant. Jeder Thementisch erhielt eine externe neutrale Moderation.

Bereits zu Beginn wurden die Teilnehmenden per zufälliger Vorauswahl an einem der Thementische platziert. Nach jeder Runde wechselten die Teilnehmenden zu einem beliebigen anderen Tisch. So wurden vorhandene bzw. entstandene Kleingruppen geöffnet und es kamen in jeder Runde andere Menschen miteinander ins Gespräch.

Die Zeitmessung und Koordination der Übergangsphasen wurde durch die Gesamtmoderation betreut. Die Aufgabe der Moderator*innen an den einzelnen Thementischen war, die Teilnehmenden ‚abzuholen‘, ins Gespräch miteinander zu bringen, die Diskussion anzuleiten und zu strukturieren.

Die drei Runden bauten aufeinander auf, so dass der Themenkomplex immer detaillierter diskutiert werden konnte.

Die Runden gestalteten sich wie folgt:

1. **IST** – Analyse: Welche Herausforderungen zeigen sich im Alltag? Wo gibt es Probleme? Was sind schon hilfreiche Ansätze?
2. **SOLL** – Vision: Wie sollte der Bereich in Zukunft (im Jahr 2050) funktionieren? Welche Bedürfnisse sollten erfüllt sein? Wie und wo können digitale Lösungen das Leben in der Hohen Börde attraktiver machen?
3. **TUN** – Festlegung: Wer soll was als nächstes tun? Welche Lösungsansätze versprechen die größte Hebelwirkung? Was sollte langfristig angegangen werden?

Zu Beginn jeder Runde hatte die Moderation die Aufgabe, die Teilnehmenden zu begrüßen, das Thema abzustecken und verständlich zu erklären, was als nächstes geschehen soll. Im Idealfall lief die Diskussion von allein. Im Notfall unterstützte die Moderation den Gesprächsverlauf.

Alle Thementische waren mit beschreibbaren Tischdecken versehen, so dass Teilnehmende jederzeit ihre Ideen festhalten konnten – für sich selbst oder für die Teilnehmenden nachfolgender Runden.

Innerhalb der vorgegebenen 30 Minuten gab es keine qualitativen oder quantitativen Vorgaben. Allerdings sollte am Ende jeder Runde eine kleine Dokumentation der Ergebnisse stattfinden. Hierfür lagen noch zusätzliche, speziell vorbereitete Papierbögen bereit. Auf diesen Papierbögen wurden von den Moderator*innen am Ende jeder Runde die essentiellen Ergebnisse zusammengefasst festgehalten.

Sobald die Runden wechselten, blieb die Moderation an ihrem Tisch und bereitete die zweite Runde vor. Dafür wurden Aufsteller mit der Leitfrage der entsprechenden Runde gewechselt und zur besseren Orientierung Schilder mit dem Thema des Tisches hochgehalten.

3.2.2 Aufgaben der Moderation

Die Aufgaben der Moderation lassen sich in sechs Schritte ordnen:

- (1) **Begrüßung und Hinleitung zur Diskussion:** Ab der zweiten Runde soll die Diskussion der vorangegangenen Runde zusammengefasst werden, damit die Teilnehmenden auf den bereits vorhandenen Ergebnissen aufbauen können.
- (2) **Zeitmanagement:** Die Hauptmoderation wird auf die Zeit achten und entsprechende Ansagen machen; die Tischmoderation muss darauf achten, dass die Zeit entsprechend effektiv genutzt wird.
- (3) **Steuerung:** Die Tischmoderation soll der Gruppe dabei helfen, die entsprechende Fragestellung zum jeweiligen Thema zu diskutieren. Kommt die Diskussion nicht in Fahrt, sind nicht alle Teilnehmende daran beteiligt oder führt die Diskussion zu weit vom Thema weg, sollte die Moderation vorsichtig zum Thema hin- bzw. wieder zurückleiten.
- (4) **Stimulus:** Die Diskussionen sollen nah an der Zielgruppe orientiert sein, d.h. die Teilnehmenden bestimmen die Themen. Sollte es allerdings an Diskussionsgrundlagen oder Ideen fehlen, kann es hilfreich sein, eigene Ideen der Moderatoren mit anzubringen; dabei muss darauf geachtet werden, dass die eingebrachten Ideen nicht die Diskussion dominieren. Ideal sind

hier also eher Suggestivfragen, die zum Thema hinleiten. Spezielles Fachwissen sollte nicht unbedingt notwendig sein. Auch sollen die Teilnehmenden dazu angehalten werden, die beschreibbaren Tischdecken und Stifte zu nutzen, um ihre Ideen und den Stand der Diskussion zu visualisieren und zu notieren.

(5) Zielfragen stellen: Gegen Ende werden die Teilnehmenden dezidiert auf das Ziel der Runde ausgerichtet. Ohne eine angespannte Atmosphäre zu generieren, sollten alle Teilnehmenden nochmal abgefragt werden, ob sie etwas zu den Ergebnissen beitragen wollen, und was nun die genauen Ergebnisse der Diskussion sind.

(6) Dokumentation der Ergebnisse: Neben der gastgebenden Rolle ist es die Aufgabe der Moderation, am Ende die Ergebnisse zu sichern, dafür bieten sich sowohl die normale beschreibbare Tischdecke als auch die zusätzlichen World-Café-Auflagen an. Notizen können natürlich nebenbei auch gemacht werden.

Nach jeder Runde fasst die Tischmoderation das Gespräch nochmal zusammen und die wichtigsten Ergebnisse werden dokumentiert. Am Ende des gesteuerten Beteiligungsprozesses fassen die Moderator*innen zusätzlich noch einmal die Ergebnisse vor allen Anwesenden zusammen und zeigen das nun folgende angedachte Prozedere auf.

3.3 Untersuchungsdesign

Das Untersuchungsdesign stellt den konzeptionellen Bezugsrahmen dar. Die Entwicklung von der Problemstellung hin zu den erkenntnis- und handlungsorientierten Etappen- und Gesamtzielen, die methodisch-inhaltlichen Abgrenzungen und die empirischen Arbeitsschritte sind in Abbildung 5 ablesbar. Für die Erhebung und Erarbeitung einer belastbaren Daten- und Informationsbasis wurden drei Monate veranschlagt. Neben der Literaturrecherche zum Thema sowie angrenzenden Fachgebieten und dem Auswerten der ermittelten Quellen, wurden Konzepte, Statistiken u. a. der Gemeinde Hohe Börde herangezogen. Auch das Durchführen von Leitfadeninterviews und das Bürgerbeteiligungsverfahren (World Café) gehörten zum Untersuchungsdesign. Die Summe dessen führte zur Entwicklung des theoretischen und praktischen Erkenntnisgewinns sowie der daraus resultierenden Formulierung von Handlungsstrategien.

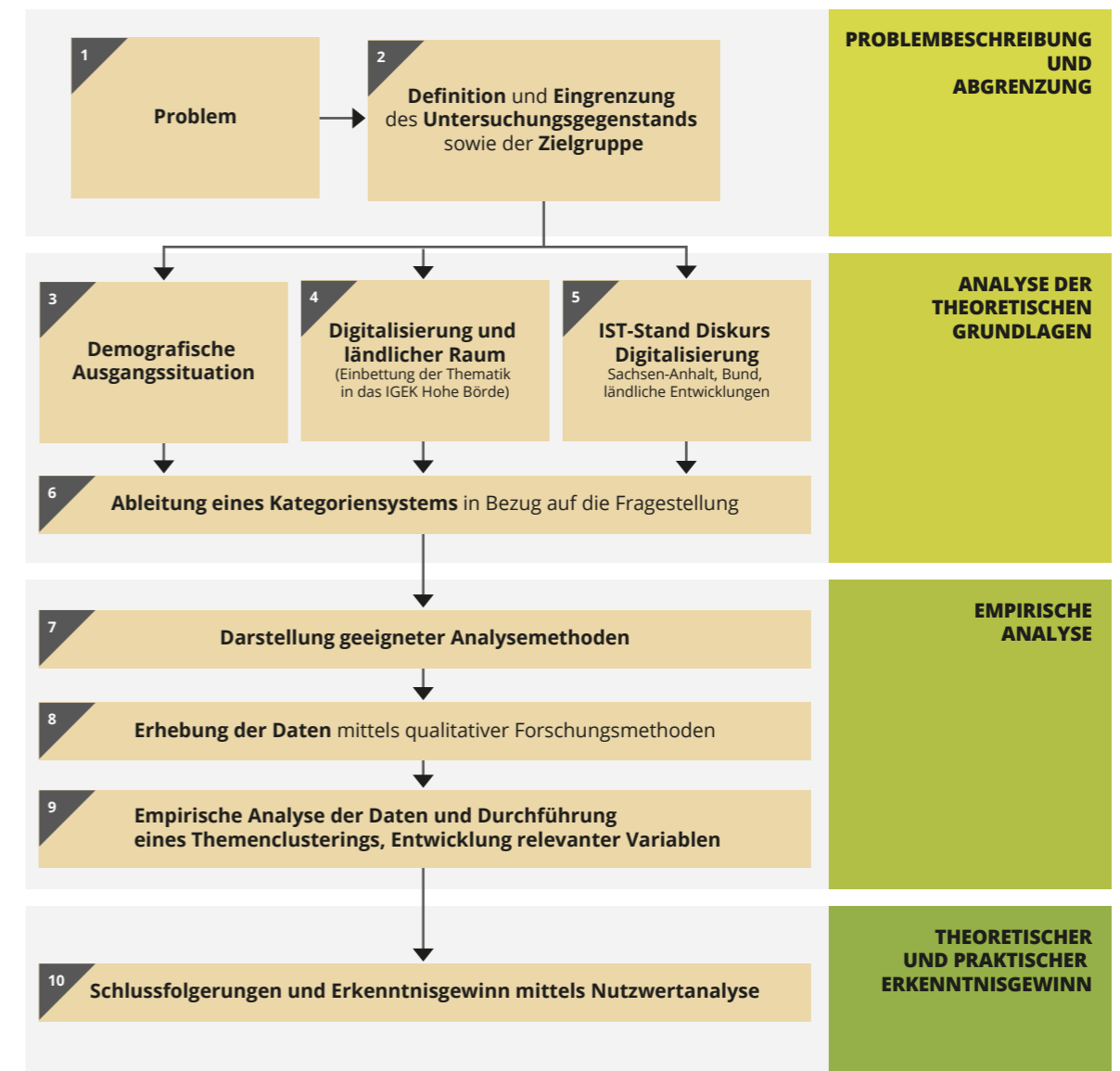


Abb. 5: Untersuchungsdesign

3.4 Auswertung: Erkenntnisse aus dem World Café

Im Folgenden werden die Gespräche an den Thementischen ausgewertet unter der weiteren Nutzung der Kategorien IST, SOLL und TUN. Nicht immer sind die Gespräche an den Tischen stringent verlaufen. Manchmal wurden die Kategorien IST, SOLL und TUN vermischt. Ursächlich hierfür war, dass im Anführen von Problemen und Hemmnissen in der Regel auch Lösungsansätze gesehen wurden. Die vorliegende Auswertung entwirrt diese Vermischungen dann, wenn der Kontext der Äußerungen dies ohne Verzerrungen zulässt. Ist der Kontext wichtig für das Verständnis der Aussage, so behält die Auswertung diesen bei, auch wenn dadurch die Kategorien nicht vollständig sauber voneinander getrennt dargestellt werden.

In einigen Fällen haben die Diskussionen den vorgegebenen Gesprächsgegenstand zum Teil verlassen. Dieses Abschweifen ist unumgänglich, da die vorgegebenen Themen zwar für die vorliegende Studie, nicht aber im Alltag der Menschen voneinander getrennt sind. Zudem ergibt sich das themenübergreifende Denken der Teilnehmenden aus dem Tischwechsel. Die Teilnehmenden verknüpfen also die schon geführten Diskussionen mit der anstehenden Diskussion.

Die Moderation hat dieses Abschweifen soweit zugelassen, wie abschätzbar war, dass die Teilnehmenden wieder zum Ausgangsthema zurückfinden. Andernfalls hat die Moderation zum Thema zurückgeführt. In der Auswertung ist die Überschneidung der Themen aus Sicht der Beteiligten als erkenntnisbringend einzuschätzen.

Um möglichst nah an den Meinungen der Teilnehmer*innen zu bleiben, werden die Aussagen bzw. Niederschriften nur bedingt sprachlich geglättet. Nicht gestrichen wurden Wörter und Wortgruppen, die unterschwellig zusätzliche Informationen liefern. Beispielfür hier ist unter 3.4.1.3 die Formulierung, die Menschen seien bei der Realisierung von Projekten "sanft mitzunehmen". Hier drückt sich ein gewisser Vorbehalt gegenüber der Implementierung von Digitalisierungsmassnahmen aus.

3.4.1 Thementisch Gemeinwesen

Der Tisch "Gemeinwesen" beschäftigte sich mit dem Fragen der **Digitalisierung innerhalb der Ortschaften sowie der Ortschaften untereinander**.

Analyse – IST-Zustand

In der Analyse des Ist-Zustandes kam zutage, dass nahezu im gesamten Gebiet der Hohen Börde die umfassenden **technischen Voraussetzungen fehlen**.

In vielen Ortschaften der Hohen Börde bestehen Diskrepanzen innerhalb der Bevölkerung zwischen den „schon immer hier Wohnenden“, die auch als **Altes Dorf** bezeichnet werden, und Menschen, die in den letzten 30 Jahren zugezogen sind. Sie werden als **Neues Dorf** bezeichnet, da diese Dorfbewohner*innen oft in neu gebauten Siedlungen der Ortschaften wohnen und zum größten Teil in naheliegenden mittelgroßen städtischen Zentren arbeiten und „nur zum Schlafen“ ins Dorf heimkehren. Diese beiden Gruppen kommen nur sehr **sporadisch in Kontakt**. **Zwischen den Ortschaften** bestehen oftmals **große Unterschiede**. Einige haben eine gut funktionierende soziale Infrastruktur bestehend aus Einkaufsmöglichkeiten, einer ärztlichen Versorgung, Gaststätten, Schulen, Bankautomaten, des Vorhandenseins einer Post und Kita. In anderen Ortschaften ist davon nichts (mehr) vorhanden.

Es ist gerade bei jüngeren Menschen zu sehen, dass die Attraktivität eines Lebens auf dem Dorf zunimmt.

Die vorhandenen **Vereine** in den Dörfern **kommunizieren** zum Großteil im analogen Verfahren: **per Briefpost**, einer Veröffentlichung von Informationen über die Tageszeitung oder Werbeblätter: (a) zu den Mitgliedern, (b) zur hier lebenden Bevölkerung und (c) zu anderen Vereinen.

Ein Teil der älteren Menschen hat Angst vor der Digitalisierung; das betrifft jedoch nicht alle, d.h. ein Teil kann hier sehr wohl erreicht und mitgenommen werden. Der **Druck für ein eigenständiges Leben für die sehr alten Menschen** nimmt zu: Sie werden immer immobiler, möchten aber so lang wie möglich in ihrem Heimatdorf wohnen bleiben.

Nicht in jedem Haus ist ein PC, Notebook oder Tablet vorhanden.

Fazit: Gefühlt nimmt die **Lebensqualität** auf dem Dorf **zunehmend ab**.

Vision – SOLL-Zustand

Die Digitalisierung soll bzw. muss sich rund um das dörfliche Leben aufbauen. Ein Dorf funktioniert nur, wenn es eine Kirche, eine Schule, den Sportplatz, einen Einkaufsladen und eine Kneipe gibt. Die Frage ist: Wie könnte hierfür unterstützend die Digitalisierung wirken?

Als Ideen und Ansätze wurden gesehen:

Kontaktmöglichkeiten unterstützen, z.B. in Verbindung von Gaststätten (als Geselligkeitsort) mit einer neuen Form von Internetcafé, das attraktiv für junge und ältere Menschen ist.

Visualisierungen vornehmen und Kommunikation aufnehmen: Die Bürger*innen wünschen sich ein Sichtbarmachen von dem, "was sich im Dorf abspielt", z.B. in Form eines verknüpften Veranstaltungskalenders aller Ortschaften, aller Vereine, aller Aktionen. Dieser Veranstaltungskalender kann über ein Bürgerportal abgerufen werden.

Einführung einer **Engagement-App**, um sich auch kurzfristig für ein Engagement entscheiden zu können.

Errichten eines **historischen digitalen Dorfarchives** mit Bildern aus vergangenen Zeiten, Fotos, Kirchenbüchern, historischen Ereignissen mit dem Ziel, das Interesse für die Dörfer bei Jüngeren zu wecken. Das soll zu einer Identitätsstärkung führen und für die Älteren ein Weitergeben von historischem Wissen ermöglichen.

Für die Bevölkerung wird ein **digitales Ernstfall-Alarmsystem** installiert (als Ersatz für die Sirenen).

Der öffentliche Personennahverkehr wird nach Bedarf geschaltet: So werden aktuelle Leerfahrten-Schwankungen aufgehoben und es kommt zu Kostensparnissen sowie einem Beitrag zum Umweltschutz; gegebenenfalls kann dies in die Bürgerplattform integriert werden.

Die Bevölkerung muss bei allen Umsetzungen gut informiert und einbezogen werden. Hierzu bedarf es einer geplanten Vorgehensweise und eines Aufzeigens des jeweiligen Nutzens für den Einzelnen und für die Gemeinschaft.

Fazit:

1. Durch die Digitalisierung soll die Kommunikation zwischen den einzelnen Gruppen in den Ortschaften verbessert werden. Als beste Maßnahme wird eine gemeinsam genutzte **Plattform bzw. ein Portal** gesehen, das die einzelnen Lebensbereiche integriert.
2. Die Menschen sind **„sanft mitzunehmen“** und in allen Planungen und Veränderungsprozessen einzubeziehen.
3. Es bedarf **digitaler Standards und Schnittstellen**, die vereinheitlicht sind. Das ist eine Grundvoraussetzung⁸³ für ein Vernetzen und Zusammenführen vs. Insellösungen für einen lokalen Raum.

Realität – TUN-Zustand

Die Realisierung der gewünschten Plattform muss zwei Aspekte berücksichtigen:

1. Die Konzeptionierung und technische Umsetzung eines Kommunikations-, Informations- und Unterstützungssystems in Form einer interaktiven Informations-Kommunikationsplattform bzw. eines Bürger*innenportals für alle Lebensbereiche des Gemeinwesens als eines **„digitalen schwarzen Bretts“**. Die Plattform, bzw. das Portal beinhaltet folgende Aspekte (keine abschließende Aufzählung):
 - a. Erhalten von **Informationen über das Dorfleben**;
 - b. Die **Bürger*innen** können **selbst Informationen einpflegen** und Hinweise geben;
 - c. Die Bürger*innen können **eigene automatische Einstellungen** vornehmen **für wiederkehrende Informationen**, die für sie wichtig sind (z.B. Meldungen, zu Busverspätungen, etc.);
 - d. **Verknüpfung mit weiteren Informationen**, die über andere digitale Wege kommuniziert werden, wie der Abfallkalender des Landkreises (Einbindung von vorhandenen Applikationen durch offene Schnittstellen);

⁸³ Wie bei der Einführung einheitlicher Maße und Gewichte im Zuge der industriellen Revolution.

e. **Integriert werden wichtige Gesundheitsinformationen:** Wann hat ein Arzt Urlaub? Wer ist die Vertretung? Über die App können freie Termine gebucht werden;

f. **Online Beantragung** eines Platzes in der Kindertagesstätte oder Bauplatz in der Gemeinde;

g. **Information über Aktionen und Veranstaltungen** der Vereine und Kirchengemeinden.

2. Die Plattform muss seriös, sehr sicher unter **Datenschutzkriterien** sowie **ohne kommerzielle Werbung** auskommen, um die hier lebende Bevölkerung in das Zeitalter der Digitalisierung mitzunehmen. Hierzu kann für spezielle Bereiche und Bevölkerungsgruppen auch ein Anreizsystem hilfreich sein. Durch eine sanfte Überzeugungsarbeit könnten so z.B. Vereine gefördert werden, wenn sie sich gegenüber der Digitalisierung öffnen.

3.4.2 Thementisch Mobilität

Der Tisch sollte sich mit Herausforderungen, Visionen und Realisierbarem im Bereich der Mobilität innerhalb der Ortsteile sowie ortsteilübergreifend auseinandersetzen.

Analyse – IST-Zustand

Allgemein wurde der fehlende flächendeckende mobile und digitale Internet-/Netzausbau in der gesamten Gemeinde Hohe Börde kritisiert. Langsame oder fehlende Verbindungen hinderten sowohl im privaten als auch im gewerblichen Raum ein effektives Arbeit sowie eine umfassende Partizipation am digitalen Gemeindeleben.

Es fehle an Mobilität beim öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum: Momentan liegen **keine aktuellen Fahrpläne** und **zu wenig Live-Updates zu Fahrzeiten oder Fahrtausfällen** vor.⁸⁴

Ebenso **fehle** es an **ausreichenden Angeboten zur Anbindung an Einkaufsmöglichkeiten** und **medizinischen Versorgungseinrichtungen**.

Kritisiert wurde, dass es an **Ansprechpartner*innen bei digitalen Fragen und Problemen fehle**. Eine verständliche Aufklärung und Information sei eine wichtige Voraussetzung, um Ängste und Unsicherheiten im Umgang mit digitalen

⁸⁴ Andererseits bildet die INSA-App auch die Hohe Börde ab. (INSA ist eine APP der NASA GmbH und informiert über Fahrplan, Preise im sachsen-anhaltischen Nahverkehr. Sie zeigt auch Verspätungen.). Es ist zu vermuten, dass nicht allen Bürger*innen von dieser App wissen und es „nur“ einer Wissensvermittlung hierzu bedarf.

Medien zu nehmen und Vertrauen zu schaffen.

Die **Möglichkeiten** der **mobilen Bezahlung müsse verbessert werden**, gerade in kleineren Läden. Hier wird allerdings ein „Generationen-Schnitt“ erkennbar: Während die jüngeren Diskussionsteilnehmer*innen mehr Offenheit und digitale Anwendungen im Alltag wünschen, sehen die älteren Bürger*innen diesbezüglich keinen zwingenden Handlungsbedarf.

Vision – SOLL-Zustand

Bei den Visionen haben die Teilnehmer*innen sich vorrangig für Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr ausgesprochen. **Nahverkehrsverbindungen** sollten **online einsehbar** sein, **digitale Anzeigetafeln an den Haltestellen** wurden erwähnt, Ideen wie **Carsharing**, die digital und „seriös“ (durch offizielle Stellen, keine Privatanbieter) vermittelte **Mitfahrgelegenheiten** im ländlichen Raum anbieten, wurden eingebracht. Des Weiteren war die Rede von **selbstfahrenden Autos und Bussen**.

Unter der Idee: „**Wenn ich nicht mehr zu den Dingen/Angeboten komme, müssen die Dinge/Angebote zu mir kommen**“ wurde eine Form des digitalen Einkaufens und Liefer-Lassens diskutiert. Eine Lieferung in den hauseigenen Kühlschrank oder Abhol- und Lagerstationen im Ort wurde als möglich angesehen sowie die Idee einer **digitalen Poliklinik** mit einer digitalen Krankenakte und digitalen Sprechstunden.

Eine Vision beschäftigte sich mit der einfacheren Handhabung von digitalen Endgeräten und Angeboten, z.B. über geeignete Sprachsteuerungsprogramme.

Zu guter Letzt kam der Wunsch auf, dass die deutsche **Politik** ihre Digitalisierungspolitik dahingehend ändern muss, dass das **Internet für die Bürger*innen da sein** muss und sich die Politik nicht an Vorlagen und Wünschen großer (amerikanischer) Konzerne orientieren darf. Wichtige Themen wie Datenschutz und Sicherheit seien vor finanzielle und kommerzielle Aspekte zu stellen und soziale Werte sowie Normen seien bei der digitalen Entwicklung stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

Realität – TUN-Zustand

Für konkrete Handlungsempfehlungen wurden folgende Punkte vorgeschlagen:

1. Eine **App „für alles“ („Bürger-App“, „Hohe Börde App“)**, die es den Bürger*innen ermöglicht, alles digital über die App zu erledigen: Verwaltungsaufgaben (Dokumente online hochladen und versenden), Einkäufe bestellen, Ärzte konsultieren, Termine vereinbaren, planen und teilen können sowie Fahrpläne einsehen. Da eine solche umfangreiche App als kaum realisierbar erschien, wurde vorgeschlagen, eine App zu entwickeln, die bei allen genannten Punkten entsprechende

Verlinkungen anbietet und Erweiterungen zu einem späteren Zeitpunkt zulässt.

2. Explizit wurde der **Wunsch von digitalen Anzeigetafeln an Haltestellen** geäußert. Auch die Idee einer **App mit Live-Abfahrzeiten** oder der **Standort-Verfolgung von Bussen** wurde diskutiert. Alternativ wäre ein **freies WLAN an Haltestellen** gerade für Schüler*innen eine Idee, um lange Wartezeiten besser überbrücken zu können.
3. Die Idee eines **Anruf-Taxis/Bus**, der zwar eine feste Route fährt, aber flexible sowie individuelle Haltepunkte anbietet, wurde angesprochen.
4. Zum Thema **Carsharing** wurde überlegt, ob dieses System vor allem mit einem größeren Auto oder Kleinbus im ländlichen Raum sinnvoll wäre. So könnten Vereinsgruppen oder größere Fahrgemeinschaften flexibel und kostengünstig von Dorf A nach Dorf B transportiert werden. Hier wären private Anbieter, die Unterstützung durch die Gemeinde bekommen, eine mögliche Lösung.
5. Eine **App für Mitfahrgelegenheiten** könnte von der Gemeinde mit festgelegten Fahrpreisen initiiert werden, um die gewünschte Seriosität zu gewährleisten und einen kommerziellen Nutzen auszuschließen.
6. Zum Thema **digitale Schulungen und Aufklärungskampagnen** sowie das zur Verfügung stellen von Ansprechpartnern wurden zwei Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert: (a) eine Art **Generationen-Austausch**, bei dem jüngere Nutzer*innen/User*innen älteren Bürger*innen die „digitale Welt“ erklären, (b) die **Initiierung von Kooperationen mit Hochschulen für Workshops** zum Umgang mit digitalen Medien/Geräten.
7. Zum Thema **digitales Einkaufen** wurden die lokalen Einkaufszentren in der Verantwortung gesehen, digitale Angebote zu schaffen, um eine flächendeckende Versorgung im ländlichen Raum zu gewährleisten.

3.4.3 Thementisch Arbeit

Analyse – IST-Zustand

An diesem Gesprächstisch wurde die Aussage getätigt, dass eine digitale Grundversorgung mit ausreichender Geschwindigkeit ein Grundrecht sei ebenso wie ein funktionierender Wasser- oder Stromanschluss. Es gehe um eine **Daseinsvorsorge im ländlichen Raum**.

Es **fehle** an einer **guten digitalen Verwaltung im Sinne eines Bürgerservices**. Die Straßen würden zu oft noch geöffnet, ohne Leerrohre (für die Zu-

kunft) gleich mit zu verlegen. Das zeige kein nachhaltiges Planen und Handeln. Ein **mobiles Arbeiten in Form von Home-Office** sei **nicht möglich**, weil die örtliche Internetgeschwindigkeit in vielen Fällen viel zu langsam sei. Ein **Remote-Arbeiten** sei **nicht möglich**. So zögen jüngere Menschen gar nicht erst in die Region. In den Ortschaften gäbe es **kein freies WLAN**. Die **Abwanderung von jungen Menschen** und **fehlende Neuansiedlungen von Unternehmen** seien die Folge. Wer Fördergelder als Netzbetreiber bekomme, solle ganze Regionen anschließen und nicht nur die profitablen Dörfer in der Region.

Vision – SOLL-Zustand

“Eine Datenrate von 100 MBit wäre ein Traum!“, war eine der Antworten der Teilnehmenden auf die Frage, wie die Digitalisierung in diesem Lebensbereich aussehen sollte. Eine **dauerhaft stabile und bezahlbare Versorgung (Volumen und Geschwindigkeit)** sei die Grundvoraussetzung für das **Generieren von Innovationen** und das **Erhalten einer guten Wettbewerbsfähigkeit**. Das würde Jobs in Form einer **Erweiterung beruflicher Möglichkeiten** generieren. Jüngere Menschen blieben dann im lokalen Raum. Und selbst für Senioren würden sich weitere **ehrenamtliche Themenfelder öffnen** wie bspw. das Sammeln von Wetterdaten oder die Teilnahme an Vogelzählungen.

Es wäre möglich, für **berufliche und private Zwecke Informationen** mit **großen Datenmengen digital zu versenden**.

Mittels **Online-Banking** wäre es möglich alle Bankgeschäfte vom Computer oder von mobilen Endgeräten aus zu steuern, wo und wann die/der Nutzer*in, ob Unternehmen oder Endverbraucher*in, es möchte, damit würde die Abhängigkeit von Bankgeschäften via Filiale überwunden werden.

Es wäre möglich, Lebensmittel online einzukaufen sowie Medikamente von Apotheken zugestellt zu bekommen. Ein **Verbinden der lokalen kleinen Geschäfte mit einem lokalen Versandhandel** würde Handel und Gewerbe vor Ort stärken.

Realität – TUN-Zustand

Die Gemeinde müsse den Druck auf die **Netzbetreiber** erhöhen, denn eine **lückenlose Versorgung** sei die Grundlage und Ausgangslage für alle Überlegungen. Es gelte, den Druck über die Politik zu erhöhen, beispielsweise mittels **offener Briefe der Bürgerschaft und der lokalen Unternehmen**. Vielleicht helfe auch eine **Visualisierung der aktuellen Missstände** im Netzausbau und der aktuellen Netzabdeckung. Andererseits könnte eine **Orientierung an europäischen guten Beispielen** (genannt wurde der skandinavische Raum und Osteuropa wie Estland) Antworten und Lösungen generieren.

3.4.4 Thementisch Handel

Analyse – IST-Zustand

Die Teilnehmenden kritisieren das **instabile Netz im ländlichen Raum**, dass zeitweise auch ausfällt. Überwiegend stimmen alle am Thementisch diskutierenden Bürger*innen einer **ungenügenden Leistung** zu. In Bornstedt beispielsweise beträgt die Downloadrate 500Kb/s.

Als zweiter gravierender Negativpunkt nennen die Teilnehmenden den **Wegfall von Fachgeschäften, Bäckereien und weiteren kleinen Einzelhandelsunternehmen** in der direkten Umgebung. Dies könnte ihrer Ansicht nach auf eine zu starke Konkurrenz im Internet und einer einhergehenden monetären Bedeutung der Konsumenten zurückzuführen sein.

Drittens beklagen sie die **Lieferschwierigkeiten und oftmals ungünstigen Lieferzeiten**. Bei online bestellten Waren ist den Personen unklar, über welchen Zulieferer zugestellt wird. Außerdem werden die meisten Pakete nur bis 12 Uhr ausgeliefert.

Abschließend sollte es **mehr plausible Transparenz von Anschluss-Angeboten** geben, die unternehmensübergreifend und unabhängig sind. Es sollte schlüssig dargestellt werden, welcher Anbieter am günstigsten für welche Leistung in der jeweiligen Region Anschlüsse bereitstellt.

Vision – SOLL-Zustand

Der lokale Handel könnte in einer **„Börde App“** unterstützt werden. Sie präsentiert zum Einen **umliegende Angebote** und zum Anderen ermöglicht sie auch **selbst erstellte Nachfragen**. Sie soll auch über **regionale Einkaufsmöglichkeiten informieren, Rezepte für Medikamente an Apotheken senden**. Die Medikamente werden im Nachgang auch über einen **Lieferservice** ausgeliefert.

Weiter soll die “Börde App” eine **Suchfunktion mit Fotos von lokalen Firmen** bereitstellen. Die lokalen Angebote könnten über ein Tablet oder einen Bildschirm an Häuser („Wie im Wartezimmer beim Arzt“) abrufbar sein. Dies soll die **Nachfrage steigern**, wodurch der Einzelhandel vor Ort auch günstiger werden könnte. Ein durch Nutzer*innen und durch Anbieter*innen bzw. Dienstleister*innen personalisierter Kalender wäre denkbar. So könnten Termine besser koordiniert werden.

Ein **Second-Hand-Markt/Flohmarkt** wird ebenfalls implementiert, um der Wegwerf-Kultur entgegenzuwirken. Benötigte **Tablets** könnten nach Möglichkeit

kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Ebenso sollte ein **persönliches Schulungsangebot** erfolgen, um die Nutzer*innen über die Handhabung zu schulen.

Nach Vorstellungen der Teilnehmenden sollten verstärkt **Unternehmer*innen in der Region die bargeldlose bzw. online Bezahlung anbieten**, damit adhoc-Käufe getätigt werden können, ohne den Umweg zur Bank nehmen zu müssen.

Als letzter Punkt wurde der Vorschlag diskutiert, dass **Kooperationsverträge mit größeren Firmen** (z.B. Supermärkte, Elektronikmärkte) und Zulieferern geschlossen werden könnten, um auf kurzfristige Lieferungen und Angebote zu reagieren.

Realität – TUN-Zustand

Konkret könnten Firmen **Schulungen im Online-Marketing** helfen, ihre Waren besser und weitreichender anzubieten. Zudem sollen sie mit **Infoveranstaltungen** zur Teilnahme am **bargeldlosen Zahlungsverkehr** ermutigt werden.

Um die Zustellschwierigkeiten im Versandhandel zu minimieren und einen Treffpunkt für soziale, intergenerative Gelegenheiten zu schaffen, wird **in jedem Ort** eine Zentrale eingerichtet, an dem **Post-Lieferungen gelagert werden können** und ein „**Hotspot**“ mit **leistungsfähigem Internet** eingerichtet wird. Hier sollen auch Bedienungshilfen für kleine Probleme vom Personal und jüngeren Anwohner*innen ermittelt und behoben werden. Die Zentrale könnte auch Lieferungen am Abend übernehmen, so dass die Bewohner*innen ihre Lieferung nach Hause bekommen.

Die Anschubfinanzierung des Vorhabens würde über Fördermittel oder durch die Mitfinanzierung teilnehmender Firmen erfolgen. Der Anreiz **für private Unternehmen** könnte sein, dass sie ein **neues Invest** erhalten.

3.4.5 Thementisch Gesundheit

Analyse – IST-Zustand

Die Hohe Börde ist mit einer **guten Abdeckung von Apotheken** ausgestattet. Es besteht eine **unzureichende medizinische Versorgung durch Allgemeinmediziner*innen** sowie durch **Fachärzt*innen**. Des Weiteren besteht ein **Informationsdefizit über die Öffnungszeiten medizinischer Einrichtungen**. Oft wissen die Patient*innen nicht, wer bei Urlaub oder Krankheit den Vertretungsdienst übernimmt. Manchmal befindet sich die Vertretung sogar in Magdeburg – lange Fahrtwege sind die Konsequenz.

Die **Wartezeiten bei Hausärzt*innen sind oft sehr lang**, auch bei leichten Erkrankungen. Es ist sehr schwierig, Termine in Physiotherapien zu erhalten. Sportvereine bieten **kaum Präventionsangebote** zur Gesundheitsvorsorge an und können diese nicht digital bewerben (keine Finanzierungsquellen vorhanden).

Insgesamt wird der **Organisationsaufwand für Patient*innen** als **hoch** (Einholen von Informationen über Öffnungszeiten und Abläufe, Mitnahme von medizinischen Dokumenten, welche bereits vorliegen) eingestuft.

Noch gibt es in der Hohen Börde keine Anwendungen im Themenfeld **Telemedizin**.

Fazit: Erst wenn die **Voraussetzungen für digitale Anwendungen** bestehen, kann auch über telemedizinische Unterstützungsangebote nachgedacht werden.

Vision – SOLL-Zustand

Die Teilnehmenden dieser Diskussionsrunde wünschen sich ein **Konzept für eine Gemeinschaftspraxis bzw. ein Ärztehaus**, das innerhalb und untereinander digital vernetzt arbeitet. Für die Anreise zu diesen medizinischen Einrichtungen wird ein kostenfreier ÖPNV vorgeschlagen oder/und es müsse ausreichende, gut ausgebaute Parkplätze in der Nähe geben. Auch kontinuierliche Hausbesuche durch Hausärzt*innen stehen auf der Liste der Wünsche.

Digitale Checklisten sollen helfen, mit **Pflegefällen in der Familie** umzugehen. In diesen Checklisten wird dem Familienangehörigen in verständlicher Sprache erklärt, welche Schritte beim Eintritt eines Pflegefalles zu gehen sind (z.B. als erstes Hausarzt*in, als nächstes das Kontaktieren der Krankenkasse, um die Unterstützung für den Pflegefall zu beantragen usw). Die Nutzung von digitalen Checklisten ist vorstellbar und für viele Bereiche einsetzbar, zum Beispiel **bei akuten oder chronischen Erkrankungen** (Wann ist wer zu kontaktieren? Welche Dokumente sind notwendig?) oder im **Bereich der Physiotherapie** (u.a. Behandlungsplan).

Präventionsangebote werden über das Internet kommuniziert. Sie könnten mit anderen Anwendungen verbunden werden bzw. auch in vorhandene Strukturen (z.B. der Börde App) integriert werden. Integriert werden sollte hier auch ein **digitales Ärzteverzeichnis inklusive einer tagesaktuellen Vertretungsregelung**.

Bei einfachen Rückfragen und Erkrankungen könnte eine **telemedizinische Rückfrage per Videotelefonie** erfolgen. Auch ein **Werben für die Ansiedlung weiterer Hausärzt*innen** könnte über digitale Medien erfolgen.

Die Bürger*innen wünschen sich eine **Gesundheitskarte mit integriertem Leitsystem**. Mit einer sicheren Ende-zu-Ende-Entschlüsselung würden die Daten auch nur dem nächsten behandelnden Arzt*in sichtbar werden. Das Leitsystem vermindert den Verwaltungsaufwand, gerade auch für die Hausärzt*innen vor Ort.

Es sollten digitale Möglichkeiten einer **individuellen Erinnerung für wichtige ärztliche Termine (z.B. bei anstehenden Impfungen oder zur Zuckerkontrolle)** in eigene bestehende Systeme erfolgen. Auch eine **Terminvergabe per Internet mit einer integrierten E-Mail- oder SMS-Erinnerung** wird gewünscht.

Des Weiteren wird sich eine Förderung des Einsatzes von Gemeindeschwestern gewünscht.

Fazit: Die Vorstellungen und Ideen der Bürger*innen bedürfen **integrierter Lösungen**.

Realität – TUN-Zustand

Die Diskutierenden unterschieden zwischen kurz-, mittel- und langfristigen Zielen und überlegten, welche Akteur*innen bei der Umsetzung anzusprechen seien.

Als **kurzfristige Ziele** werden angesehen:

1. Die Einführung von **digitalen Checklisten**, z.B. beim Eintritt eines Pflegefalles.
2. Die Verbreitung von **Präventionsangeboten** über das Internet. In dem Fall kann kurzfristig die bestehende Webseite der Hohen Börde genutzt werden.
3. Eine **digitale Terminerinnerung**, zum Beispiel bei anstehenden Impfungen, sowie eine digitale Terminvergabe. Mögliche Systeme bestehen, sie müssten nur bei den behandelnden Ärzt*innen zum Einsatz gebracht werden.
4. Auch ein **digitales Ärzt*innenverzeichnis mit tagesaktuellen Vertretungsregelungen** bedürfen nur weniger Abstimmungen und klarer Festlegungen der Informationsweitergabe der tätigen Ärzt*innen in der Hohen Börde.
5. Wenn diese Ziele erreicht sind, ist ein **Schulungsangebot über die digitalen Nutzungsmöglichkeiten im medizinischen Bereich** (Punkte 1-4) für den Patient*innenkreis hilfreich.

Als **mittelfristige Ziele** werden die **Implementierung von telemedizinischen Angeboten**, z.B. anhand der Erkenntnisse anderer modellhafter Projekte in Deutschland⁸⁵ genannt. Auch an dieser Stelle sind bei Umsetzung und Nutzung Schulungsangebote Voraussetzung.

Als **langfristige digitale Anwendungen** werden genannt:

1. die Umsetzung der **Idee der Gemeinschaftspraxen**, die innerhalb und untereinander digital arbeiten mit einer kostenfreien ÖPNV-Anbindung,
2. die gezielte **Anwerbung von Ärzt*innen** sowie,
3. die Implementierung einer **Gesundheitskarte mit einem integrierten Leitsystem**.

⁸⁵ Vgl. z.B. das Projekt docdirekt im Raum Stuttgart und Tuttingen von der Koordinierungsstelle für Telemedizin in Baden-Württemberg

Gerade im Themenfeld Telemedizin sind **länder- und bundesrechtliche Entwicklungen** und **gesetzliche Vorgaben** zu beachten und aufzugreifen.

3.4.6 Thementisch Verwaltung

Analyse – IST-Zustand

Generell wurde festgestellt, dass die Verwaltung mit der Umstellung auf mobile Lösungen (z.B. Tablets für Ortschaftsräte) **große Fortschritte im Bereich papierlose Arbeitsabläufe** und **direkte Verfügbarkeit von Informationen** vorgenommen hat.

Es wurde angemerkt, dass mobile Lösungen eine funktionierende digitale Infrastruktur benötigen.

Die **Webseite der Verwaltung** der Gemeinde Hohe Börde wurde ebenfalls als **modern und informativ** eingeschätzt. Ein 'Aber' wurde in der Verfügbarkeit der Webseite für die Bürger*innen formuliert: (a) der bestehende Netzausbau gewährt **nicht allen einen guten Zugriff** auf die Webseite und (b) es bestehen Ängste, Unsicherheiten und fehlende Kenntnisse bei einem Teil der hier lebenden Menschen; diese stellen eine Hürde in der Nutzung der bestehenden Angebote dar (bspw. nutzen ältere Menschen nur selten das Internet oder sind gehemmt durch fehlendes Wissen sowie Unsicherheiten über bestehende Gefahren).

Vision – SOLL-Zustand

Im "SOLL" wurden viele Wünsche angebracht, die an bereits bestehende Ansätze bzw. Angebote anknüpfen:

1. Das Design der **Webseite** sollte in verschiedenen Bereichen verbessert werden:
 - a. Die Struktur und das Design wurde als z.T. sehr komplex wahrgenommen: Ein besserer **vereinfachter Aufbau** könnte für ältere Menschen den Zugang erleichtern.
 - b. Für eine mobile Anwendung bedarf es ebenfalls eine **Verbesserung des Designs**.
 - c. Weiterhin wurden **aktuelle Formulare** (z.B. Anmeldung für Kindertagesstätte) als **nicht zeitgemäß empfunden**, da sie ausgedruckt, ausgefüllt und später per Post verschickt werden müssen. Formulare sollten online verfügbar und ausfüllbar sein, um einen direkten Weg zur Verwaltung zu schaffen.
 - d. **Features** (Webseiten bzw. bestehende Portale): Zwar wurde festgestellt, dass es z.B. Angebote wie einem Buchungskalender

und Print-Kalender für lokale Veranstaltungen gibt, dass diese aber in ihrer Funktionsausweitung noch große Potentiale beinhalten. Die Buchung eines freien Dorfgemeinschaftshauses sollte ähnlich komfortabel wie die Buchung eines Tisches im Restaurant erfolgen können. Terminkalender müssen stets aktuell sein und nicht – wie z.B. im Print – Veranstaltungen auflisten, die ggf. ausfallen, ohne dass hierzu eine Information an Interessierte erfolgt.

2. Ausbau

- a. **Bestehende Angebote** wie Terminkalender könnten **über ein Display an Dorfgemeinschaftshäusern** kommuniziert werden.
- b. Das Motto **“Die Verwaltung kommt zu mir!”** sollte ausschlaggebend für alle weiteren angedachten Maßnahmen gelten.
- c. Angesichts mobiler Lösungen entwickelte sich die Frage, wie Verwaltung näher an die Bürger*innen rücken kann. Eine Idee zielte darauf ab, die **mobilen Geräte auch für eine mobile Verwaltung zu nutzen**. Auf diesem Weg könnten zukünftig Menschen erreicht werden, die auf Grund von Beschränkungen durch Mobilität, Zugang und Unsicherheiten neue Lösungen nicht nutzen können, z.B. das Ausfüllen benötigter Formulare vor Ort.

Realität – TUN-Zustand

In der letzten Phase fiel insgesamt die Rückkehr auf konkrete Handlungsschritte schwer, da vor allem das “SOLL” im Vordergrund stand. Folgende Handlungswünsche ließen sich aber ableiten:

1. **Prüfung von vorhandenen digitalen Angeboten** mit Blickpunkt auf bestimmte Facetten, wie Design, Funktionalität, Barrierefreiheit, verständliche Sprache, Aktualität, mobile Anwendungen.
2. **Aufbau von Social Media Kanälen** zur Verbesserung der Kommunikation.
3. **Angebot von Workshops zur Wissensvermittlung**, aber auch um die eigenen Kenntnisse zu verbessern.



4 ANALYSE

Im Verlauf der Interviews und dem World Café als Bürgerinnen*beteiligungsverfahren wurden durch die Bürger*innen unterschiedliche Projektideen geäußert. Dabei bestand in verschiedenen Bereichen die Herausforderung einer gewissen Streuwirkung, wenn zwei Personen unterschiedliche Aussagen tätigen, aber letztendlich inhaltlich die gleiche Idee haben. Für das weitere Verfahren mussten diese Ideen zusammengefasst werden.

Im folgenden Abschnitt wurden diese Ideen identifiziert und anhand des Kontextes der Gespräche unter **4.1 Übersicht Projektvorschläge** genauer zu beschreiben. Ziel ist es, ein grundlegendes Verständnis dafür zu entwickeln, was sich hinter einem bestimmten Projekt verbirgt. Durch die Weiterentwicklung wird daher aus der Idee ein konkreter Vorschlag.

Da die Anzahl der Ideen für eine weiterführende, konkrete Projektarbeit zu groß ist, bedarf es eines Bewertungsmechanismus, um die Anzahl zu reduzieren. Hierfür werden in **4.2 Entwicklung eines Bewertungsschema** verschiedene Variablen entwickelt, die für das weitere Vorgehen relevant sind, um anschließend die **4.3 Bewertung und Priorisierung der Projektvorschläge** durchzuführen. Als relevante Faktoren wurden Dringlichkeit, Aufwand und Kosten herangezogen.

4.1 Übersicht Projektvorschläge

Neben der Thematisierung der eigenen Lebensumstände und Formulierung von Bedürfnissen wurden in den Interviews und im World Café konkrete Wünsche und Vorschläge geäußert, wie das Leben in der digitalen Kommune besser gestaltet werden kann.

Es ist nicht zielführend, lediglich bisherige Prozesse zu digitalisieren. Vielmehr muss das Zusammenleben im ländlichen Raum der Hohen Börde in einem digitalen Zeitalter neu gedacht werden. Digitalisierung ist einer der Megatrends neben bspw. der Globalisierung. Diese haben nicht nur Einfluß auf die Rahmenbedingungen von Wirtschaft, Verwaltung und Öffentlichkeit. Sie beeinflussen auch das gemeinsame Arbeiten, Konsumieren und Leben.

Maßnahmen im Rahmen einer Digitalisierungsstrategie des kommunalen Lebensraums sind daher als Unterstützungsprozess zu sehen, um angepasste

Selbstverantwortungsräume in einer stärker digitalisierten Welt zu schaffen. Somit kann zum einen die Eigendynamik und Selbstständigkeit der Bürger*innen gewährleistet werden, zum anderen die Resilienz der Kommune selbst beibehalten werden.⁸⁶

Folgende Projektvorschläge wurden im Rahmen der Interviews und des World Cafés mehrfach genannt. Dabei ist zu beachten, dass deren Nennung nicht immer deckungsgleich ist, weshalb die folgende Auflistung die wahrgenommenen Ideen abdeckt. Hier entsteht also ein gewisser Interpretationsraum, für den möglichst konkrete Projektvorschläge gewählt wurden, um die Vielfältigkeit der genannten Projektideen repräsentativ abzudecken.

4.1.1 Arbeit

Interaktive Karte Netzabdeckung und Netzausbau: Auch wenn das Ziel eine komplette Netzabdeckung und ein ausreichender Ausbau von Internetanschlüssen ist, darf die stetige Evaluierung der vorhandenen Leistung nicht aus dem Auge verloren werden. Dies ist aus zwei Gründen notwendig: Zum einen wird der aktuelle Technologieausbau aufgrund des Entwicklungsrückstandes derzeit bedarfsorientiert geplant. Das heißt, dass vor allem Gebiete mit entsprechend intensiver Nachfrage sukzessive leistungsfähige Anschlüsse erhalten. Zum anderen darf die Überwindung der aktuellen Ausbau-Lücke nicht als finales Ziel wahrgenommen werden. Das Land Sachsen-Anhalt strebt derzeit einen Breitbandausbau bis 2020 mit 50 MBit/s für Privathaushalte und 100 MBit/s für Gewerbegebiete an.⁸⁷ Im Vergleich zu städtischen Gebieten sind dies allerdings schon heute nur Mindeststandards. Für zukünftige Digitalisierungslösungen, die auch Smart Factories, vernetzte Haushalte und 5G-Standards ermöglichen sollen, bedarf es aus heutiger Sicht eine deutlich leistungsstärkere Infrastruktur. Daher kann es aus beiden genannten Gründen hilfreich sein, ein entsprechendes Werkzeug zur Leistungsmessung zu haben. Bei der Mobilnetzabdeckung können relativ einfach weiße Flecken identifiziert werden. Durch offene Schnittstellen und die Einbeziehung der Bürgerschaft ist es darüber hinaus möglich, die Leistung an privaten und gewerblichen Anschlüssen zu messen und in einer Karte entsprechend zu visualisieren. Eingebunden werden sollte hierbei auch der aktuelle Erkenntnisstände zur Breitbandversorgung, die über den Breitbandatlas Sachsen-Anhalt⁸⁸ sowie des Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden.⁸⁹ Mit einem Bedarfsmeldesystem kann von da aus ein entsprechender Grundstandard ermöglicht und steigenden Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

⁸⁶ Vgl. Aring, J. (2013)

⁸⁷ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2017)

⁸⁸ Vgl. Breitbandportal des Landes Sachsen-Anhalt unter: <https://breitband.sachsen-anhalt.de/>

⁸⁹ Vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2018)

Tablet-Unterricht: Die Digitalisierung von Bildung ist ein elementarer Baustein einer resilienten und zukunftsorientierten Gesellschaft. Die Entwicklung von Medienkompetenz muss heutzutage als lebenslanger Lernprozess begriffen werden, weshalb bereits in vorhandenen schulischen Bildungsketten entsprechende Kompetenzen entwickelt werden müssen. Von Seiten der befragten Bürger*innen wird 'Tablet-Unterricht' dabei als Schlagwort für digitalisierte, schulische Bildungsangebote genannt. Doch allein die Investition in neue Technologie entwickelt die Unterrichtsformate nicht weiter. Neben adäquaten Weiterbildungen für das pädagogische Personal braucht es darüber hinaus auch eine Weiterentwicklung von Unterrichtsformen, damit Tablets nicht einfach nur die Lehrbücher ersetzen. Neben gruppendynamischen Direkt-Formaten in der Schulpräsenzzeit erlauben digitale Bildungsketten auch, auf die Lerndynamiken des Individuums Rücksicht zu nehmen. Lernprozesse können räumlich und zeitlich flexibler gestaltet werden, was gerade im Hinblick auf die durchaus hohen Kosten für Bildungsinfrastruktur im ländlichen Raum neue Möglichkeitsräume eröffnet; bspw. können sich Lerngruppen selbstständig mit entsprechend vorhandener Technik in Dorfgemeinschaftshäusern zum Austausch treffen. Für die Entwicklung entsprechender Konzepte kann hier auf einen intensiven und weit entwickelten Fachdiskurs zurückgegriffen werden. Gleichzeitig darf das Spannungsfeld der Bildungspolitik zwischen Bund, Land und Kommunen nicht außer Acht gelassen werden.

4.1.2 Gemeinwesen

Digitales Alarmsystem: Ein weiterer genannter Projektvorschlag war die Digitalisierung von Alarmsystemen. Hierbei können verschiedene Perspektiven betrachtet werden. Zum einen geht es um die öffentliche Sicherheit. Öffentliche Sirenen werden zunehmend demontiert, vor allem um Kosten zu sparen. Einer Umfrage des MDR Sachsen-Anhalt zufolge gibt es im Landkreis Börde derzeit noch 260 Sirenen mit regelmäßigem Probealarm.⁹⁰ Andere Landkreise in Sachsen-Anhalt nutzen bereits App-basierte Alarmsysteme als Zusatzangebote, um Bürger*innen per Smartphone zu alarmieren. Derzeit gibt es mit NINA, KAT-WARN und BIWAPP drei verbreitete App-Systeme in Deutschland. Während es hilfreich wäre, sich auf den verschiedenen Entscheidungsebenen auf ein bestimmtes System festzulegen, ist die grundsätzliche Überlegung, ein System in der Hohen Börde oder gar im Landkreis zu implementieren, hilfreich. Eine gänzliche Ablösung vorhandener, analoger Infrastruktur ist nicht als sinnvoll zu erachten aufgrund der Ausfallmöglichkeit rein mobilfunkbasierter Systeme.

Desweiteren kann ein digitales Alarmsystem auch auf privater Ebene entwickelt werden. Gerade für ältere Bürger*innen ist die schnelle Information von Ret-

tungs- und Pflegediensten im Notfall lebensentscheidend. In diesem Bereich sind bereits Notfallsysteme verfügbar, bspw. das System einer Sicherheitsuhr vom Deutschen Roten Kreuz. Die Uhr ist mobilfunkbasiert und alarmiert per Knopfdruck Angehörige oder einen entsprechenden Notdienst. Mittlerweile sind auch Systeme in Kombination mit Smart Home Devices erhältlich, so dass bspw. Rauchmelder an das System angekoppelt werden können. Hier könnten Modellprojekte die Lebensqualität in den eigenen vier Wänden erhöhen.

Digitales Archiv: Für die lokale und regionale Bindung ist der Zugriff auf Texte, Bilder und Dokumente aus der Vergangenheit wichtig, um die Identifikation mit der Ortschaft und der Region zu stärken. Für Weggezogene ist es hilfreich, online die Geschehnisse in der Hohen Börde zu verfolgen; für Zugezogene erleichtert das Wissen über Traditionen, Geschichte etc. das Ankommen. Mit einem digitalen Archiv auf der Homepage kann eine solche Materialsammlung realisiert werden. Integriert in eine Engagement- und Kommunikationsplattform kann das Projekt partizipativ gestaltet werden, so dass engagierte Bürger*innen gemeinsam an der lokalen Geschichte mitschreiben können. Für die Recherche eignen sich partizipative Projekte, beispielsweise in Form von Schulprojekten oder außerschulischen Angeboten. Somit kann auch die Kommune entlastet werden. Online-Formate wie Wikis bieten mittlerweile erprobte technische Formate für die Umsetzung derartiger Projekte. Auch kann solch ein digitales Archiv um entsprechendes Bildmaterial erweitert werden. Bereits vorhandene Bilderarchive können digitalisiert und damit online zur Verfügung gestellt werden. Das Land Sachsen-Anhalt hat mit dem Förderprogramm **Digital Heritage** in der Vergangenheit bereits Mittel für vergleichbare Projekte zur Verfügung gestellt. Neu zu erstellende Materialien sollten, wenn aus öffentlichen Mitteln finanziert, idealerweise unter freien Lizenzen veröffentlicht werden, damit Interessierte und Bürger*innen das Material rechtssicher weiterverbreiten können. Die Creative Commons-Lizenzmodelle bieten dafür ein bereits weltweit erprobtes System.

Engagement-App: Bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger Bestandteil eines aktiven Gemeinwesens. Neben der Erfüllung von gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen, die über öffentliche Mittel nicht abgedeckt werden können, haben Vereine und Initiativen einen enorm integrativen Charakter, um Heranwachsende und Zugezogene in das lokale soziale System zu integrieren. Darüber hinaus fördern Engagementmöglichkeiten für Jung und Alt kulturelle und politische Bildungsprozesse.

Zur nachhaltigen Stärkung von Engagement und Einbindung von Freiwilligen bedarf es nicht nur digitaler Angebote, sondern auch der Expertise bei den jeweiligen Engagementstellen. Sachsen-Anhalt verfügt auf Landes- und kommunaler Ebene über diverse Expertenorganisationen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements. Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen

90 Vgl. MDR Sachsen-Anhalt (2017)

Sachsen-Anhalt e. V. (LAGFA) und die bundesweit relevante Freiwilligenagentur Magdeburg stehen für Weiterbildungen und Erfahrungsaustausch zur Verfügung.

Für das digitale Management von Engagement hat sich im bundesweiten Netzwerk der Freiwilligenagenturen die Softwarelösung von freinet-online etabliert. Diese bieten für geringe Lizenzkosten ein vollumfängliches Customer-Relationship-Management-System, das sich speziell an Freiwilligenagenturen richtet. Vorhandene Träger, Einrichtungen und Angebote können leicht verständlich eingepflegt werden. Interessierte, die sich engagieren wollen, können anschließend über eine Suchfunktion für sich passende Angebote entdecken und den Kontakt direkt aufnehmen. Die Suchmaske lässt sich ohne weiteres in bestehende Webseiten integrieren. Mit geringem Entwicklungsaufwand ist die Integration in eine mobile Anwendung realisierbar.

Gaststätte/Internet-Café: Digitalisierung kann Raum und Zeit verdichten. Gerade im kulturellen Bereich werden neue Möglichkeitsräume geschaffen, die weit über das bisher gewohnte soziale Umfeld hinausgehen. Gleichzeitig kann sich dadurch der Trend einer immer individualisierteren und fragmentierten Gesellschaft verstärken. Vor allem in kleineren Gemeinden ist es aber wichtig, über Partikularinteresse hinaus Räume und Möglichkeiten des Miteinanders zu erhalten. Um zu verhindern, dass durch digitale Angebote in den eigenen vier Wänden ein Rückzug ins Private zunimmt, muss es attraktive Gegenangebote geben. Gastronomie und Freizeiteinrichtungen können dafür ein wichtiger Bestandteil sein, um die Menschen in der Umgebung weiterhin zusammenzubringen.

Zentrale Arbeitsräume können ebenso zu einem Klima des Miteinanders beitragen. Verbunden mit der Hoffnung auf mehr Möglichkeiten für Home-Office-Beschäftigung würde sich die Gelegenheit bieten, die Arbeit gemeinsam mit anderen zu erledigen. Co-Working-Spaces mit gut ausgebauter, schneller Internetleitung und weiteren Annehmlichkeiten würden dazu einladen, ohne Pendeln der Arbeit nachzugehen und dennoch nicht allein zu sein. In räumlicher Nähe zu anderen sozialen Einrichtungen, wie bspw. Kindertagesstätten, Schulen oder Pflegeeinrichtungen, können sich Wege und Aufenthaltszeiten auch kombinieren lassen.

Kinderbetreuung („Leih-Oma“⁹¹): Gerade für junge Menschen im ländlichen Raum ist es oft schwierig, eine Freizeit-Betreuung für Kleinkinder zu finden, wenn man keine eigene Familie in der Nähe hat. Dadurch kann es schwierig werden, bestimmte Erledigungen zu tätigen oder kulturelle Angebote außerhalb des Wohnortes wahrzunehmen. Die Organisation von Kinderbetreuung deckt verschiedene Bedarfe ab: den Bedarf nach „Freizeit vom Kind“ seitens der

Eltern, dem Bedarf nach Engagement und Beschäftigung seitens der betreuten Person und den Bedarf nach Aufmerksamkeit und Zuwendung seitens des Kindes.

Über einen Online-Service kann eine Vermittlung zwischen den Zielgruppen stattfinden. Die Idee kann auf andere Bereiche übertragen werden, bspw. als Nachhilfeunterricht oder als Begleitangebot für Minderjährige. Das Projekt „Max geht in die Oper“ der Bürgerstiftung Halle (Saale) ist ein solches Projekt. Erwachsene übernehmen dabei Kulturpatenschaften für Grundschulkindern und begleiten diese beim Besuch von Kultureinrichtungen.

Veranstaltungskalender: Oft angesprochen wurde die Verbesserung der Kommunikation von Veranstaltungen innerhalb der Gemeinde. Dies bezog sich meist auf kulturelle Veranstaltungen, kann aber natürlich um andere Formate ergänzt werden. Bestehende digitale Kalendersysteme können genutzt werden, verwenden doch die meisten Nutzer*innen von Smartphones eine entsprechende Anwendung auf ihrem Telefon. Für die Synchronisation und Abonnements von Kalendern gibt es verbreitete Protokolle wie bspw. das iCalendar-Format. Dieses Format wird teilweise von großen sozialen Netzwerken unterstützt und kann auch im System der Gemeinde mit einem (oder mehreren themenspezifischen) Kalendern integriert werden. Nutzer*innen können diesen über einen zur Verfügung gestellten Link abonnieren. Mit geringem Aufwand lässt sich solch ein Kalender über gängige Office-Software pflegen.

An dieser Stelle ist es aber sicherlich sinnvoll, eine Kalender-Infrastruktur mit einem durchdachten Konzept zu entwickeln. Da die Redaktion und Pflege von Terminen einen durchaus hohen Aufwand darstellt, Veranstalter*innen aber schnell den Mehrwert davon erkennen sollten, bedarf es offener Schnittstellen, damit Termine von außen eingetragen oder zumindest zur Verfügung gestellt werden können. Dies kann bspw. über ein offenes iCalendar-Format geschehen, in dem jede*r alles eintragen, über begrenzte Berechtigungen für bestimmte Nutzer*innen, oder über eine automatisierte Formular-Lösung, bei der Termininformationen entsprechend korrekt zur Verfügung gestellt werden und eine Redaktion über die Veröffentlichung entscheidet. Das Einbinden eines entsprechend gepflegten iCal-Feeds in eine Homepage, andere Anwendungen oder eine eigene App ist ohne Probleme möglich. Aus datenschutzrechtlichen Gründen kann sich auf einer bestehenden Server-Landschaft auch ein entsprechender Terminserver installieren lassen, damit keine Drittsoftware notwendig ist.

4.1.3 Gesundheit

Digitale Checklisten Gesundheit: Aufgrund der demografischen Struktur der Gemeinde Hohe Börde sind Erleichterungen im Bereich der Pflege und Gesundheit ein wichtiges Thema. Ein möglichst schneller Weg, im Ernstfall die richtigen

91 Die Idee wurde mit dieser Bezeichnung von älteren Frauen im World Café eingebracht.

Informationen zur Verfügung zu stellen, sind digitale Checklisten. In der ambulanten Pflege durch Familienangehörige oder in bestimmten Krankheitssituationen können Ernstfälle eintreten, in denen schnelle, zuverlässige Hilfe benötigt wird. Zwar gibt das Internet ein breites Spektrum an medizinischen Hinweisen, doch gerade im Bereich der Gesundheit ist Verlässlichkeit und Vertrauen essentiell. Gleichzeitig ist es aus Mobilitäts- oder Termingründen nicht immer möglich, sofort fachkundiges Personal zu konsultieren. Auch sollen Rettungsdienste diese Lücken nicht füllen müssen, steht deren Arbeit im ländlichen Raum doch generell vor vielen Herausforderungen.

Gemeinsam mit Fachpersonal gepflegte Checklisten können dabei helfen, akute Informationslücken zu füllen; seien es präventive Informationen oder für spezielle Situationen, die durch eine bereits stattfindende Behandlung vorhersehbar sind. Gemeinsam mit behandelnden Hausärzt*innen können bspw. Merkzettel erstellt werden, sei es für Nachbehandlungen, Medikamentierung oder Nebenwirkungen. Für Pflegebedürftige können spezielle Hinweise zusammengefasst werden. Hilfreich sind sicherlich auch allgemeinere Informationsdokumente, bspw. bei beginnender Demenz. Diese Informationen stehen in Arztpraxen meist kostenlos werbefinanziert zur Verfügung.

Einen derartigen Dokumentenpool aufzubauen wäre ein kleiner Baustein, um die Pflege- und Gesundheitssituation der Bürger*innen zu verbessern. Auf der Homepage bzw. dem Portal der Gemeinde können, gemeinsam mit Ärzt*innen, Pflegediensten und sonstigen Spezialist*innen, allgemeine Hinweise veröffentlicht werden. Per E-Mail oder später gar per App mit personalisiertem Zugang werden auch individualisierte Angebote zur Verfügung gestellt. Dafür müssten Ärzt*innen bei der Digitalisierung unterstützt werden, aber auch rechtliche Aspekte genauer betrachtet werden.

Gemeinschaftspraxen/Ärzt*innenhaus: Manche Herausforderungen der Zukunft lassen sich nicht mit rein digitalen Lösungen bewältigen. Da die Gesundheitsversorgung in einer älter werdenden Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert einnimmt, bedarf es einer adäquaten Versorgung mit entsprechenden ärztlichen Dienstleistungen. Doch gerade diese Versorgung mit Ärzt*innen, insbesondere aus speziellen Fachrichtungen, wurde in den geführten Interviews bemängelt.

Die Aussichten für die Zukunft sind dabei wenig vielversprechend. Folgt man dem *Berufsmonitoring Medizinstudenten*, durchgeführt von der Universität Trier im Auftrag der Kassenärztlichen Vereinigung, so sind nur 50% der befragten zukünftigen Mediziner*innen bereit, in kleineren Gemeinden mit weniger als 2000 Menschen aktiv zu werden.⁹² Neben weichen Strukturfaktoren, wie fehlende kulturelle Angebote und Freizeitmöglichkeiten, ist es aber vor allem ein

92 Vgl. Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) (Hg.) (2015)

Kulturwandel bei den Studierenden selbst. Zunehmend steht die Kooperation mit anderen Ärzt*innen im Vordergrund, um den hohen Arbeitsaufwand zu reduzieren und damit auch für sich selbst die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Die demografische Entwicklung birgt auch zunehmende Risiken, was die langfristige Finanzierung von Praxen im ländlichen Raum betrifft. Die schrumpfende Zielgruppe kann negative wirtschaftliche Folgen in der Zukunft haben.

Ein Weg zu Besserung wären Gemeinschaftspraxen oder Ärztehäuser. Diese könnten von der Gemeinde getragen werden und die Möglichkeit bieten, dass mehrere Ärzt*innen sich die entsprechende Infrastruktur teilen. Neben Allgemeinmediziner*innen könnten für Spezialist*innen Räume vorgehalten werden, damit diese zumindest an einigen Terminen im Monat ihre Leistungen vor Ort anbieten können.

Mobiler Gesundheitsdienst / Prozessketten Gesundheit: Da Mobilität gerade in der zweiten Lebenshälfte oft eingeschränkt ist, kann neben der Mobilitätsweiterung und -ermöglichung auch die Mobilitätsvermeidung eine Rolle spielen.⁹³ Im Bereich der Gesundheitsversorgung stellt die Medikamentenversorgung dabei eine Prozesskette dar, die eigentlich höchst standardisiert ist. Dennoch kann das Einlösen von Medikamenten, sei es für eine neue Medikation oder die Verlängerung bestehender Rezepte, aufgrund der räumlichen Verteilung der Praxen und Apotheken oder nicht korrespondierender Öffnungszeiten, Patient*innen vor besondere Herausforderungen stellen – unabhängig von ihrem Alter.

Bereits heute gibt es für nicht-verschreibungspflichtige Medikamente Alternativen im Online-Versandhandel, die auch rege genutzt werden. Zum Wohle der Erhaltung von regionalen Wertschöpfungsketten und der Versorgungssicherheit ist es aber durchaus ratsam, lokale Apotheken in der Entwicklung ihres Geschäftsmodells zu unterstützen. Abgestimmte Lieferketten zwischen ärztlichen Praxen, Apotheken und den Patient*innen können dabei helfen, den Komfort und die Geschwindigkeit zu erhöhen. Es wäre bspw. denkbar, dass Patient*innen bei Ärzt*innen eine Stammapotheke hinterlegen – schon heute bieten einige Apotheken Bonusprogramme für Stammkund*innen an, und aufgrund der geringen Anzahl von vorhandenen Apotheken vor Ort ist der Wettbewerb sowieso nur eingeschränkt möglich. Beim Ausstellen des Medikaments kann die Möglichkeit gewählt werden, dass das Rezept automatisch an die Apotheke weitergeleitet wird, welche wiederum einen lokalen Transportdienst engagiert, die bestellten Rezepte lokal zu verteilen. Eine Abstimmung mit anderen Werkzeugen für reibungslose Logistik, wie bspw. Packstationen oder Wunschzeitlieferungen, können den Komfort hier noch weiter erhöhen.

93 Vgl. Hoppe, R. (2015)

Sollte eine Unterweisung durch die Apotheke zur Einnahme der Medikation über die ärztlichen Hinweise hinaus notwendig sein, kann die Auslösung des Liefervorgangs durch ein notwendiges Telefonat verzögert werden, darin können Patient*innen bestätigen, dass sie die Einweisung durch die Apotheke verstanden haben. Vergleichbare Modelle des Datenschutzes mit Einwilligung der Datenweitergabe zwischen Praxen und Apotheken sowie die telefonische Verifizierung durch Sicherheitsfragen gibt es bereits in anderen Geschäftsfeldern, die hierauf übertragen werden können.

Telemedizinische Angebote: Aufgrund der allgemeinen demografischen Situation in Deutschland und der Hohen Börde insbesondere wurden die Heilversprechen der Digitalisierung sehr schnell auf den telemedizinischen Bereich übertragen.

Gerade bei eingeschränkter Mobilität ist das Aufsuchen von lokalen Ärzt*innen immer schwierig. Zunehmend sind in Kommunen auch nicht mehr alle Fachrichtungen durch ärztliche Praxen vertreten, weshalb der zusätzliche Aufwand, in die nächst größere Gemeinde zu fahren, zu Behandlungsverzögerungen führen kann. Nicht immer können Hausbesuche gewährleistet werden. Oft schließt sich daran das Risiko einer Fehlinformation durch unseriöse Online-Angebote an.

Die Vorstellung, zumindest im Bereich der Diagnostik auf einen Praxisbesuch zu verzichten, klingt daher reizvoll. Bei entsprechender Internetverbindung sind die Kommunikation über Foto oder Video heute schon kein Problem mehr. Über gesicherte Protokolle können diese Informationen ausgetauscht werden, um dann entweder im direkten Dialog oder durch späteren Rückruf weitere Fragen stellen zu können.

Solch ein Modell wäre natürlich denkbar mit behandelnden Haus- oder Fachärzt*innen. In Baden-Württemberg startete im Jahr 2018 das Modellprojekt *docdirekt*, bei dem nicht die behandelnden Ärzt*innen beteiligt sind, sondern eine Hotline von 9 bis 19 Uhr Anfragen von Patient*innen an niedergelassene Ärzt*innen vermittelt. Die größte Herausforderung auf dem Weg dahin war dabei nicht die technische Umsetzung, sondern die Aufhebung des Verbots von Ferndiagnostik durch die lokale Kassenärztliche Vereinigung.⁹⁴

Als weitere Möglichkeit wäre es denkbar, dass die Diagnostik und/oder Behandlung vor Ort nicht durch die Ärzt*innen selbst vorgenommen wird, sondern diese durch fachkundiges Personal unterstützt werden. Das Projekt *tele-arzt.com* bietet dafür bereits erste Versorgungsmodelle lokal an. Fachkundige Mitarbeitende übernehmen dabei Hausbesuche und führen mit Tablet und weiteren Instrumente erste Diagnostik und niedrigschwellige Behandlungen durch.⁹⁵

94 Stuttgarter Zeitung (2018)

95 Lobeck, M. (2017)

Neben der akuten Behandlung spielt in der Telemedizin aber auch die konstante Überwachung pflegebedürftiger Personen eine wichtige Rolle. Mit **Wearables**, also vernetzten, am Körper getragenen Geräten, die bspw. Puls- und Schlafrythmus messen, können konstant Daten über den Gesundheitszustand einer Person gesammelt und an behandelndes medizinisches Personal weitergeleitet werden. Führende Anbieter von Mobilfunktechnologie bieten bereits die entsprechende Hard- und Software-Infrastruktur, um diese Daten zu erheben. In den Vereinigten Staaten sind erste medizinische Einrichtungen dazu übergegangen, entsprechende Überwachungssysteme gemeinsam mit den Patient*innen zu nutzen, um bspw. einen Ernährungs- und Medikationsplan bei Diabetes zu überwachen. Für solche komplexen, individuellen Lösungen gibt es heute noch keine entsprechenden Regelungen im Datenschutz und der Kostenabrechnung in Deutschland.

Neben der Gesundheitsversorgung schafft die digitale Vernetzung auch in der Pflege neue Möglichkeiten für höhere Lebensqualität. Sprachgesteuerte Systeme sind heute bereits im Home-Entertainment-Bereich angekommen. Derzeit entwickelt sich der Bereich der Smart-Home-Anwendungen, durch die auch andere, teils bisher nicht elektronische und/oder vernetzte Strukturen mit einbezogen werden. Durch Installation zusätzlicher Komponenten lassen sich heute ohne weiteres Heizungsthermostate, dimmbare Glühlampen und Jalousien per Sprache oder Smartphone fernsteuern. Dies kann heute schon die Lebensqualität von gerade mobilitätseingeschränkten oder bettlägerigen Personen erhöhen. Auch wenn es derzeit noch einige offene Fragen gerade im Bereich des Datenschutzes gibt, so können bspw. Musterwohnungen für **Digitalität im Alter** die Akzeptanz neuer Technologien erhöhen.

Terminvereinbarung Arztsprechstunden: Neben der teilweise schwierigen Erreichbarkeit von Ärzt*innen aufgrund eingeschränkter Mobilität sind auch Terminvereinbarungen für viele Menschen eine Herausforderung. Vormittagstermine sind schlecht realisierbar, wenn man auf den Fahrdienst eines berufstätigen Familienmitglieds angewiesen ist. Ein Tool zur entsprechenden Terminvereinbarung über digitale Systeme wäre dafür hilfreich.

Unter der Voraussetzung der Erreichbarkeit ist eine telefonische Terminvereinbarung bereits heute ohne weiteres möglich, dies ist aber bspw. für Pendler*innen oder allgemein Berufstätige nicht immer möglich; darüber hinaus wird es kompliziert, wenn Dritte zur Terminplanung mit einbezogen werden müssen, bspw. für Hol- und Bringdienst.

Offene Terminmanagementsoftware kann diese Probleme lösen. So wie Sprechzeiten und Termine heute vom Personal analog in Kalender oder lokal in Software gepflegt wird, können auch Externe auf diese Systeme zugreifen. Die Praxis kann entscheiden, ob freie Termine von außen frei buchbar sind, die dann wiederum durch Vorgaben, welche Behandlungsdauer bei bestimmten Krankheitsbildern

etc., variieren können. Bei weiterführenden Behandlungen sind auch Nutzerkonten mit hinterlegten Krankenakten oder Serienterminen möglich. Anschließend kann die Terminanfrage durch das Personal bestätigt werden.

Wenn es keine konkreten, freien Termine gibt, können auch Strukturen vergleichbar mit der Online-Terminfindung *Doodle* dabei helfen, einen gemeinsamen Termin zu finden, auch wenn mehrere Parteien beteiligt sind. Ausgangslage wäre die Suche nach einem freien Termin in einem bestimmten Zeitraum. Person 1 würde eine Reihe von verfügbaren Zeiträumen auswählen. Person 2 kann anhand dieser Auswahl deckungsgleiche Verfügbarkeit prüfen. Diese dann für beide verfügbaren Terminmöglichkeiten kann das Praxispersonal mit den verfügbaren Terminen abgleichen und diesen Termin buchen. Dieses Modell ließe sich auch auf Hausbesuche erweitern.

Ein weiterer Vorteil wäre die notwendige Auflistung der lokal vorhandenen Ärzt*innen in einem digitalen System, inklusive Öffnungszeiten. Diese Informationen könnten ebenfalls auf der Homepage bzw. Kommunikationsplattform der Gemeinde angezeigt werden.

4.1.4 Handel

Digitaler Flohmarkt: Nicht nur die **Ziele für nachhaltigen Entwicklung** der Vereinten Nationen sehen nachhaltigen Konsum und Produktion als wichtigen Bestandteil für Ressourcenschonung.⁹⁶ Auch innerhalb einer engen kommunalen Gemeinschaft lassen sich durch Weiter- und Wiederverwendung, Reparatur und Upcycling Ressourcen sparen und Wirtschaftskreisläufe verschlanken.

Ein digitaler Flohmarkt, ähnlich dem bereits etablierten Format von eBay Kleinanzeigen, ermöglicht es Bewohner*innen, nicht mehr benötigte Gegenstände weiterzugeben. Ebenso können Gesuche aufgegeben werden; dabei kann das Inhaltsspektrum natürlich durch die Ergänzung von Dienstleistungen, Nachbarschaftshilfen, etc. erweitert werden.

Bereits heute lässt sich mit diversen etablierten Plattformen solch ein lokales Austauschsystem initialisieren bzw. bestärken. Angebote wie eBay Kleinanzeigen, Kalaydo oder der Facebook Marktplatz erlauben es, durch verschiedene Filterfunktionen eine zielsichere Suche durchzuführen. Durch Variablen wie der Umkreissuche ist es möglich, Handel in der lokalen Umgebung zu betreiben. Die meisten Angebote sind in ihren Basisfunktionen kostenlos.

Zur Bestärkung des lokalen Tauschhandels wäre es also denkbar, Seminare zur Nutzung dieser bereits etablierten Plattformen anzubieten. Sollte allerdings eine selbstorganisierte Lösung gewünscht sein, bedarf es eines durchdachten

Anwendungskonzeptes. Minimalistische Lösung auf Basis von Foren-Software sind zwar offen und können von beliebigen Nutzer*innen gefüllt werden, reichen in ihrer Handhabung allerdings nicht mehr an moderne und gewohnte Marktplätze heran. Sinnvoll erscheint hier eher eine kombinierte Marktplatzlösung, bei der neben bürgerlichem Tauschhandel auch regionaler Online-Handel ermöglicht wird. Für die Nutzer*innen lassen sich dann Vergleiche zwischen kommerziellen und privaten Angeboten ziehen, und kommerzielle Nutzer*innen können einen besseren Einblick in die lokalen Marktbedürfnisse erhalten und ggf. auch direkt auf Gesuche reagieren.

Regionales Online-Shopping: Die Stärkung der regionalen Wirtschaft ist ein wichtiger Aspekt der Digitalisierung. Während durch globale Lieferketten und digitale Handelsplattform Online-Shopping heute zum Alltag in fast jedem Haushalt gehört, stehen regionale Händler*innen immer mehr vor wirtschaftlichen Herausforderungen. Die reine Kernaussage, dass Online-Shopping den regionalen Einzelhandel vernichtet, greift an diesem Punkt allerdings zu kurz. Beide Arten des Einkaufens haben ihre Eigenarten, die gleichzeitig Vor- und Nachteil sind. Klar ist an diesem Punkt allerdings, dass sich die Art und Weise, wie heute Waren konsumiert werden, in den letzten zwei Jahrzehnten radikal geändert hat. Dank der schier unermesslichen Vielfalt an online verfügbaren Konsumartikeln wird das Rad auch nicht mehr zurückdrehen sein. Gleichzeitig sehnen sich Bürger*innen, gerade in ländlichen Gebieten, nach einem kompetenten und gut erreichbaren Einzelhandel, da auch die globalen Lieferketten außerhalb von städtischen Regionen nicht immer schnell und zuverlässig funktionieren.

Wie die Zukunft des Einzelhandels in einer globalisierten und digitalen Gegenwart aussehen kann, darüber gibt es vielerlei Diskurse und Meinungen. Eine Grundlinie kann allerdings in der Vergleichbarkeit gezogen werden: lokaler Einzelhandel sollte sich quantitativ nicht mit dem Online-Handel messen. Vielmehr sollten sich regionale Händler und Produzenten auf den essentiellen Wettbewerbsvorteil beziehen, den sie im Vergleich zu großen Online-Händlern haben: die Nähe zu ihren Kunden, gerade auch was deren Bedürfnisse angeht.

Neben dieser strategischen Ausrichtung des eigenen Angebotes bedarf die Struktur der Handels- und Lieferketten einer gesonderten Betrachtung. Gerade der stationäre Handel mit eingeschränkten Öffnungszeiten ist dann benachteiligt, wenn die Kund*innen ihre Produktrecherchen und -bestellungen abends auf dem heimischen Sofa machen. Dort muss der lokale Handel auch präsent sein, also eigene E-Commerce-Angebote schaffen.

Darüber hinaus kann der lokale Einzelhandel auch seine räumliche Nähe zu den Kund*innen ausspielen. Geregelte Öffnungszeiten in einem Ladenlokal, die aufgrund von Arbeitszeiten oder eingeschränkter Mobilität nur wenig genutzt werden, müssen evtl. nicht mehr vorgehalten werden. Durch neue Geschäftsmodelle kann die Nähe zu den Kund*innen und damit auch die Bindungsstärke

⁹⁶ Vereinte Nationen (2016)

erhöht werden, sei es bspw. durch Hausbesuche von mobilitätseingeschränkten Menschen, die neue Kleidung benötigen. Ausstellungsstücke können mitgebracht werden, der restliche vorhandene Katalog wird auf einem Tablet gezeigt.

Gerade im Bereich des Einzelhandels gibt es viele verschiedene Modelle und Versuche, online und offline, digital und analog miteinander zu verbinden. Welche Strukturen und Prozesse jeweils erfolgreich sind, ist abhängig von der lokalen Infrastruktur und den Bedürfnissen. Die Allianz der Innenstädte NRW hat diverse Modelle begutachtet, bei denen Multi-Channel-Maßnahmen entwickelt wurden. Dabei wurden teilweise vorhandene E-Commerce-Plattformen mit lokalem Einzelhandel kombiniert, neue E-Commerce-Lösungen geschaffen und teilweise auch der lokale Einzelhandel bei einer regionalen Umstrukturierung unterstützt, um eine zentrale Nahversorgung zu ermöglichen.⁹⁷

Neben digitalen und analogen Infrastrukturentwicklungen ist es dabei sicherlich auch hilfreich, den lokalen Händler*innen unterstützend zur Hand zu gehen. Coaching- und Beratungsangebote zur strategischen Entwicklung des eigenen Geschäftes können bei der Business-Transformation hilfreich sein. Ebenso können Anschubfinanzierung und Start-Up-Coaching dabei helfen, neue lokale Angebote zu schaffen, bei denen Bürger*innen neu an die Materie herangeführt werden, um ein Unternehmen zu gründen. Wichtig ist dabei natürlich immer die Orientierung an den Bedürfnissen der Menschen in der Region. Doch gerade in kleineren Kommunen kann die zum Vorteil für alle gestaltet werden.

4.1.5 Mobilität

Freies WLAN: Als Grundlage für das Schließen der lokalen Versorgungslücke bedarf es eines entsprechenden Breitbandausbaus. Da dies aufgrund der großen territorialen Abstände in der Gemeinde Hohe Börde mit einem entsprechenden Aufwand verbunden ist, können zumindest im öffentlichen Raum Hotspots für eine teilweise Entspannung der Situation sorgen.

Gerade an Orten mit zentraler Lage, hohem öffentlichen Verkehr oder insbesondere Orten der Mobilität kann die sichergestellte Versorgung mit Internet die Nutzung von bestimmten Diensten ermöglichen. In Dorfgemeinschaftshäusern können Pendler*innen mit dem Firmenlaptop arbeiten, wenn zuhause (noch) keine adäquate Internetgeschwindigkeit verfügbar ist. An Bushaltestellen können Fahrgäste prüfen, ob der Bus oder die Bahn pünktlich verkehrt oder sich alternative Routen suchen. In Bereichen mit Einzelhandel können Verweilgelegenheiten und Service-Points mit öffentlichen Druckern dafür Sorge tragen, dass bspw. auch kommunale Angelegenheiten erledigt werden können.

97 Osing, J. (2017)

Lieferdienst/Packstationen: Durch Online-Handel, aber auch E-Commerce-Angebote lokaler Händler*innen, wird es immer öfter möglich, sich Güter des täglichen Bedarfs nach Hause liefern zu lassen. Oft stehen Bürger*innen damit aber auch vor neuen Herausforderungen, da Pakete teilweise persönlich entgegengenommen werden müssen, eventuell auch keinerlei Nachbarschaft zu den Lieferzeiten anwesend ist oder diese Lieferzeiten generell deckungsgleich mit üblichen Arbeitszeiten sind. Das Paket wird also geliefert, kommt dann aber nicht an.

Eine bereits etablierte Zwischenlösung sind Händler*innen, die diese Sendungen dann annehmen. Dort können sie dann zu einem späteren Zeitpunkt abgeholt werden. Doch neben der Verzögerung der Lieferdauer, die ja eigentlich ein Vorteil des digitalen Handels darstellt, verbleibt oft das Problem der nicht bedarfsgerechten Öffnungszeiten. Es wird also eine automatisierte Lösung benötigt. In Ballungsgebieten gibt es seit einigen Jahren Paketstationen, zu denen Versandlieferungen direkt geliefert oder bei Nichtverfügbarkeit hinterlegt werden können. Diese werden in Deutschland von einem großen Anbieter entwickelt und betrieben und erlauben so auch keine Zugänglichkeit für andere Speditionsunternehmen oder lokale Lieferant*innen, da sich diese großen Unternehmen den Zugriff auf die sog. *Letzte Meile* sichern wollen. Die teilweise verfügbaren Paketstationen für den privaten Haushalt, die technisch einfacher funktionieren und letztendlich große Briefkästen sind, haben sich aufgrund der hohen Einzelkosten bisher nicht durchgesetzt.

Für kleine und mittlere Kommunen können Paketstationen allerdings einen wichtigen Baustein in der Nahversorgung darstellen. Selbstentwickelte Systeme, welche die Kommune als Infrastruktur betreibt, könnten für verschiedene Lieferservice offen stehen. Die Zustellungsinformation könnte entweder weiterhin analog per Postwurfbenachrichtigung erfolgen, auf der dann ein entsprechender Code zum Entladen aus der Paketstation abgedruckt ist, oder über ein geschütztes Verzeichnis innerhalb des Datensystems der Stationen. Der Lieferservice würden dann die Adressat*innen markieren, und das System könnte einseitig über eine hinterlegte Telefonnummer über die Lieferung informieren.

Gerade ländliche Kommunen verfügen über ausreichend Stellfläche, so dass einer Installation, die in Ballungsräumen oft aufgrund notwendiger Bauanträge scheitert, nichts im Wege steht. Die Funktionalität der Stationen könnte bspw. auch durch stärker gekühlte Fächer für Frischwaren-Lieferungen, Briefkästen oder sogar Geldautomaten erweitert werden, um die Nahversorgung noch besser zu unterstützen.

Bisher scheint es für diesen Bereich noch keine Nutzungskonzepte zu geben, daher sind mit einer Neuentwicklung sicherlich immense Kosten verbunden. Gleichzeitig bietet sich hier auch eine Geschäftsidee, die überregional von Interesse sein könnte. Zu beachten wäre die Systemoffenheit, damit auch regionale Händler*innen und Dienstleistungen wie bspw. Apotheken oder Bauernhöfe das System ohne viel Aufwand nutzen können.

ÖPNV nach Bedarf: Mobilität spielt im ländlichen und stadtnahen Raum eine entscheidende Rolle. Zum einen bedarf es verfügbarer Angebote, da nicht nur der Weg in die nächst größere Kommune notwendig ist, sondern auch schon die Wege zwischen kleineren kommunalen Strukturen einen entsprechenden Aufwand bedeutet. Hinzu kommt die demografische Mischung, durch die es zunehmend mobilitätseingeschränkte Menschen in den Kommunen gibt. Gleichzeitig ist die Aufrechterhaltung eines öffentlichen Personennahverkehrs, der ein vernünftiges Mobilitätsangebot vorweist und gleichzeitig wirtschaftlich arbeitet, kaum zu realisieren.

Oft beschränkt sich die Verfügungstellung von öffentlichen Nahverkehr im ländlichen Raum auf Schulbuslinien.⁹⁸ Mobilitätsbedürfnisse außerhalb dieser Strukturen, also bspw. in der Freizeit oder bei mobilitätseingeschränkten Menschen, die nicht mehr zu Schulen gehen, können meist nicht mehr öffentlich abgebildet werden, so dass es privater Mobilität bedarf. Dies führt gerade bei altersbedingt, finanziell oder körperlich mobilitätseingeschränkten Menschen zu einem Abhängigkeitsverhältnis, reduziert deren Lebensqualität und diskriminiert sie letztendlich in ihrer Alltagsgestaltung. Gleichzeitig ist die Spannweite von Mobilitätsanforderungen höchst individuell.

Um den angebotenen ÖPNV daher möglichst optimal zu ergänzen und auszulasten, kann es daher ratsam sein, neben den festen Schulbuslinien auch on-demand-services anzubieten. Über eine gemeinsame Plattform können Fahrtwünsche koordiniert werden. Abhängig vom Berechnungsmodell können dann bspw. Fahrtgruppen zur bestimmten Zeit, oder zeitunabhängig, aber mit bestimmter Größe zusammengestellt werden. Die Kommune oder ein lokales Unternehmen kann dann Fahrten in einem ökonomisch adäquaten Fahrzeug anbieten. In einem Forschungsprojekt in der baden-württembergischen Gemeinde Schorndorf wird solch ein bedarfsorientiertes Modell derzeit getestet.⁹⁹ Auch in anderen Kommunen gibt es selbstorganisierte Bürgerbusse, welche rein rechtlich allerdings nicht als öffentlicher Personennahverkehr anerkannt werden.

ÖPNV online/Multi-Ride-App: Neben der Organisation von Mitfahrsystemen und on-demand-ÖPNV können auch digitale Systeme und mobile Dienstleistungen dazu beitragen, Mobilität besser zu planen, dabei kann algorithmusgestützte Navigation helfen, optimale Strecken zu berechnen und verschiedene Mobilitätsmittel zu kombinieren. In urbanen Räumen greifen mobile Anwendungen wie Moovel oder MeMobility bereits auf die offenen Datenbanken der öffentlichen Verkehrssysteme in Kombination mit vorhandenem Ride-Sharing und on-demand-vehicles zurück, um Nutzer*innen dabei zu unterstützen, den optimalen Streckenverlauf zu wählen.

98 Vgl. Hoppe, R. (2015)

99 Vgl. Universität Stuttgart, Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (Zirius) (o.A.)

Gerade bei der Umstellung des ÖPNV-Systems können so weitere Möglichkeiten geschaffen werden, Bedürfnisse anzuzeigen. Wichtig ist hier eine Echtzeit-basierte Überwachung des vorhandenen ÖPNV. Über GPRS-Funksystem ist heute schon eine sehr genaue Positionsbestimmung der Fahrzeuge möglich. Intelligente Algorithmen, die bereits jetzt als Open-Source-Software zur Verfügung steht, können genutzt werden, um den Nutzer*innen über aktuelle Verspätungen etc. zu informieren. Die Installation einer mobilen Anwendung mit Live-Zugriff könnte Nutzer*innen darüber informieren, ob bspw. der Bus Verspätung hat oder sogar früher eintrifft, so dass man eher das Haus verlassen muss.

Ride-Sharing/Car-Pooling/modal-split: Neben der Verbesserung der Zugänglichkeit von Informationen bei der Planung von Mobilität und weiteren zentralisierten, aber flexibleren Angeboten, kann eine Kommune auch dafür Sorge tragen, dass die Bandbreite an zur Verfügung gestellten Mobilitätsmöglichkeiten erhöht wird.

In Ballungszentren sind Carsharing-Angebote heute nicht mehr wegzudenken. Ob locationsbasiert wie *teilAuto*, wo Autos an festen Stationen für bestimmte Zeiten gebucht werden können, oder komplett flexible Angebote wie *Car2Go*, wo meist Kleinwagen überall flexibel entliehen und abgestellt werden können. Auch im Fahrradbereich sind solche Leihmodelle seit vielen Jahren effizient etabliert.

Der ländliche Raum hat hingegen einige Standorteigenschaften, die das wirtschaftliche Betreiben solcher Modelle verhindert. Zum einen ist die Anzahl aktiver Nutzer*innen im Einzugsgebiet gering, so dass Verkehrsmittel nicht so oft ausgeliehen werden. Nach dem Ausleihen müssen hingegen oft aufgrund der dezentralen Lage längere Wege zurückgelegt werden, weshalb die Nutzung solcher Angebote meist wenig ökonomisch für Kund*innen sind.

Statt einer Lösung, die alle Bedürfnisse der Bevölkerung abbildet, bedarf es daher eines ganzheitlichen, vielfältigen, bedarfsorientierten Mobilitätskonzeptes. Dieses sollte verschiedene Mobilitätsformen integrieren, einen sog. **Modal Split/Share** (Verteilung des Transportaufkommens auf verschiedene Verkehrsmittel), es sollte individuell an die einzelnen Kommunen angepasst werden.

Mögliche Elemente eines zeitgemäßen Modal Split sind Leihautos, Leihfahrräder, Leih-E-Bikes, Leih-E-Dreiräder, Lastenräder, Busse und Bahnen. Neben einer digitalen Infrastruktur, die entsprechende Algorithmen für das Pooling von Fahrten ermöglicht und die Navigationsberechnung über verschiedene Verkehrsmittel erlaubt, bedarf es auch einer entsprechenden lokalen Infrastruktur. Neben entsprechend ausgebauter Straßen und Radwege sind hier Online-Displays an Haltestellen sinnvoll, genauso wie Ladeinfrastruktur für E-Bikes oder ein entsprechend etabliertes Akku-Tausch-Programm. Auch können Busse im ÖPNV mit Fahrradanhängern ausgestattet werden, um nach einer Teilfahrt die restliche Strecke mit dem eigenen Fahrrad weiter zurückzulegen. Alternativ können siche-

re Fahrradparkhäuser oder Bike-Sharing-Stationen an ÖPNV-Haltestellen die Flexibilität gerade von Menschen ohne eigenes Auto extrem erhöhen.

4.1.6 Verwaltung

Datenschutzbeauftragte*r: Bei allen technischen Innovationen schwingt auch immer noch die Angst vieler Nutzer*innen mit, etwas falsch zu machen, aber insbesondere sich in digitalen Strukturen unnötigen Gefahren auszusetzen. Auch bei der Entwicklung und Implementierung von digitalen Lösungen legen die Bürger*innen großen Wert darauf, dass diese fachlich korrekt begutachtet und bewertet werden. Da gerade neue Anwendungen oft ein noch nicht abschätzbares Risiko darstellen, wurde der Wunsch geäußert, dass es eine leicht erreichbare Stelle für Datenschutz gibt, bei der man sich lokal Informationen und Beratung einholen kann.

Displays Gemeinschaftshäuser: Die im Rahmen der Erneuerungsmaßnahmen errichteten bzw. renovierten Dorfgemeinschaftshäuser werden von vielen als wichtige soziale Infrastruktur wahrgenommen. Oft jedoch erscheint die Reservierung von Räumen, aber auch das Erhalten von aktuellen Informationen zu kommenden Veranstaltungen eine Herausforderung. An den Gemeinschaftshäusern angebrachte Displays, idealerweise auch mit Touch-Navigation, könnten den Informationsfluss transparenter machen und erleichtern.

Kommunikationsplattform: Für viele ist die Homepage der Gemeinde bereits heute ein wichtiger Anlaufpunkt. Dennoch wurde oft der Wunsch nach mehr Funktionalität geäußert. Das Spektrum war dabei immens, von einer Auskunftsfunktion für den lokalen Handel, bis hin zu Kleinanzeigen und einem geschlossenen Kommunikationsbereich. Für die zukünftige Entwicklung der Webpräsenz sollte ins Auge gefasst werden, dass nicht nur Informationen zur Verfügung gestellt werden, sondern Bürger*innen auch Möglichkeiten der Interaktion mit der Verwaltung, aber auch untereinander haben. Eine modulare, sich stets an den Bedürfnissen der Bevölkerung weiterentwickelnde Kommunikationsplattform erscheint dabei sinnvoller, als eine one-fits-it-all-Lösung aus dem Baukasten. Mit einer entsprechenden Grundstruktur sollte es dabei auch möglich sein, vorhandene Datensätze und Funktionen in einer mobilen Anwendung abzubilden. Hierbei sollten diverse Performance- und Nutzungsszenarien entwickelt werden, inwieweit komplexere Funktionen wie bspw. eine Multi-Plattform-Navigation oder soziale Netzwerke als separate Anwendung entwickelt werden oder als Bestandteile komplexerer Anwendungen integriert sein sollten.

Social Media Kommunikation: Auch wenn der Markt der sozialen Netzwerke einem steten Wandel unterliegt, entspricht dies zunehmend den Kommunikationswelten, in denen die Bürger*innen sich bewegen. Entsprechend oft wurde daher auch der Wunsch geäußert, mit der Gemeinde auf verschiedenen Wegen

darüber in Kontakt zu treten. Bei der Entwicklung von Social Media Strategien ist dabei darauf zu achten, dass jedes Netzwerk seinen eigenen Kommunikationsregeln unterliegt, und die Kommunikationsmechanismen entsprechend situationsabhängig gestaltet werden müssen. Der elementare Unterschied zu bekannter Verwaltungskommunikation ist der Wandel von der one-to-one- zur many-to-many-Kommunikation. Soziale Medien dienen also nicht hauptsächlich dem Zweck, Bekanntmachungen im bereits bekannten Stil über weitere Kanäle zu verbreiten, sondern verschiedene und andersartige Kommunikationsanlässe zu schaffen. Sei es Identitätsbildung und Heimatkunde über einen Instagram-Account oder der lokale Schadens- und Unfallmelder bei Twitter. Soziale Kommunikation ist dann erfolgreich, wenn sie zum Mitmachen einlädt. Daher sollten entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden, damit dialogische Formate entstehen können – und die Anliegen der Bürger*innen zu den richtigen Stellen gelenkt werden.

Weiterbildungs- und Beratungsstruktur: Der wohl größte Bedarf liegt in der Orientierung zu neuen digitalen Räumen. Abhängig von den befragten Zielgruppen und medialem Habitus wurden verschiedene Schnittstellen aufgezeigt, an denen sich die Bürger*innen, und in dem Fall auch Nutzer*innen, Unterstützung und Hilfe wünschen: von technischen Fragen bei der Handhabung privater Technik daheim, bis hin zu komplexeren Qualifikationsmaßnahmen und Bildungsketten. Entsprechend unterschiedlich waren auch die Vorschläge für eine erfolgreiche Umsetzung. Remote-Support mit TeamViewer-Lizenzen, Video-Tutorials, die in Sprache und Struktur für ältere Einsteiger*innen geeignet sind, oder aber Hotline-Angebote und ganze Schulungsangebote vor Ort. Hierbei wurde auch darauf hingewiesen, dass es nachhaltig sinnvoll ist, dass die Bürgerschaft Hilfe zur Selbsthilfe in den Vordergrund stellt. Vorhandene Expertise sollte dazu genutzt werden, um damit Angebote innerhalb der Gemeinde zu schaffen. Seien es nun jugendliche Digital Natives, die den älteren Generationen über die Schulter schauen, oder Gleichaltrige, aber technisch versierte, die auf Augenhöhe den Einstieg in eine neue Technik erläutern – es wurde großen Wert darauf gelegt, dass möglichst nahbar und authentisch gestaltet wird. Eine entsprechende Infrastruktur mit Schulungsräumen und Softwarelizenzen können hier unterstützend wirken. Auch erscheint es ratsam, eine zentrale Anlaufstelle für die Vermittlung von (Weiterbildungs-)bedürfnissen zu schaffen – jemanden, der qualifiziertes Personal kennt und vermitteln kann, aber auch ggf. professionelle Weiterbildungsangebote organisiert. Eine in einer zentralen Kommunikationsplattform integrierte Anzeigenbörse kann dabei helfen, Angebot und Nachfrage lokal direkt innerhalb der Bürgerschaft zusammen zu bringen.

4.2 Entwicklung eines Bewertungsschema

Die von den Befragten und Teilnehmenden genannten Projektvorschläge decken ein weites Spektrum an möglichen Maßnahmen ab. Um zum einen eine Vergleichbarkeit herzustellen, zum anderen die Häufigkeit der Nennung der Projektvorschläge abzubilden, bedarf es einer Quantifizierung.

Sowohl in den geführten Interviews als auch im World Café wurden viele Projektideen formuliert. Durch die Interviewten und Moderator*innen wurden die genannten Ideen festgehalten und anschließend in Kategorien zusammengefasst. Kleinere Abweichungen in der Formulierung und inhaltlich ähnliche Ideen wurden so geschärft, um eine überschaubare Menge an Daten bearbeiten zu können.

Die Transkripte der Interviews und die Aufzeichnungen der World Café-Tische wurden daraufhin erneut in Augenschein genommen, um die Häufigkeit der Nennung der Ideen zu messen. Die Häufigkeit wurde in den Faktor **Dringlichkeit** übersetzt.

Die **Dringlichkeit** verrechnet die Häufigkeit der Nennung eines Projektvorschlags mit ordinalen Werten. Die Häufigkeit der Nennung in einem Interview wird dabei mit *Faktor 0,6* höher gewertet als die Nennung im World Café (*Faktor 0,4*), da in den qualitativen Untersuchungen von einer gewissen Expertise der Interviewten ausgegangen wird. Die beiden Werte werden anschließend in der Dringlichkeitsvariable summiert. Dieser Wert trifft also eine Aussage darüber, wie häufig die Idee genannt wird, mit der kausalen Verbindung, dass dies ein entsprechend hoch ausgeprägtes Bedürfnis darstellt.

Neben der Nachfrage wurde, die Umsetzbarkeit der Vorschläge in die Bewertung einberechnet. Dafür wurden zwei nominale Variablen eingeführt, die zum einen den **Aufwand** und die **Kosten** widerspiegeln. Beides sind an dieser Stelle Schätzgrößen, um eine Orientierung zu ermöglichen.

Für die Berechnung des **Aufwands** wurde berücksichtigt, inwieweit bereits vorhandene Prozesse und Mechanismen für die Entwicklung und Umsetzung der Idee genutzt werden können. Bedarf ein Projektvorschlag einer hohen Entwicklungsarbeit, da kaum technische oder prozessuale Anknüpfungspunkte vorhanden sind, wurde der *Wert=1* festgelegt. Ist der notwendige Aufwand zur Realisierung hingegen überschaubar und das Projekt ohne Mehraufwand an bereits vorhandene Prozesse anschließbar, wurde der *Wert=6* festgelegt.

Der Faktor der **Kosten** basiert auf Schätz- und Erfahrungswerten. Da ein Großteil der genannten Projektvorschläge als Dienstleistungen realisiert werden

können, bezieht sich dieser Wert vor allem auf direkte Materialkosten und/oder neu zu schaffende Personalressourcen. Ist letzteres notwendig, wird ein erheblicher finanzieller Mehraufwand verursacht. Kann ein Projekt mit bereits vorhandenen Personalressourcen realisiert werden und bedarf keiner weiteren großen Investitionen, so wird der *Wert=6* festgelegt. Bedarf eine Projektumsetzung allerdings erheblicher Mehraufwendungen für Material und/oder Dienstleistungen, so wird der *Wert=1* gesetzt.

Aus den entwickelten Variablen ergibt sich der **Score**. Für diesen wird die Summe aus den Variablen Dringlichkeit, Aufwand und Kosten gebildet. Der Score ist dabei eine allein rechnerische Größe, welche zur Verarbeitung und Vergleichbarkeit der genannten Projektvorschläge dient. Der Faktor besitzt keinerlei absolute Aussagekraft über die Ideen selbst, sondern bietet eine Orientierung.

Anhand der vorgestellten Variablen werden folgend die genannten Projektvorschläge bewertet. Basierend auf den Score-Werten wird eine Shortlist der Vorschläge mit den höchsten Werten gebildet.

4.3 Bewertung und Priorisierung der Projektvorschläge

Die herausgearbeiteten Projektvorschläge bedürfen einer Gewichtung und Bewertung, um eine Priorisierung bezüglich ihrer Umsetzung zu erhalten. Durch die Variablen **Dringlichkeit**, **Aufwand** und **Kosten** ist es möglich, eine gewisse Rangfolge entsprechend den Bedürfnissen und der Machbarkeit herzustellen.

Der berechnete Bewertungsscore ermöglicht es, für die Weiterentwicklung von Projektvorschlägen Prioritäten zu setzen und eine Entscheidungsgrundlage für die Realisierung zu schaffen. Viele Ideen erhalten aufgrund der Berechnungslage keinen hohen Score, können aber, je nach Perspektive und Entscheidungsgrundlage, eine wichtige Hebelwirkung im Leben der Kommune besitzen. Zur endgültigen Bewertung empfiehlt es sich für die Gemeinde Hohe Börde, ihre Ressourcen beispielsweise mit einem Wissensmanagement zu überschauen. Einige Vorschläge erscheinen auf dieser Grundlage möglicherweise mit geringerem Aufwand und/oder Kosten realisierbar.

Zudem besteht die Möglichkeit, dass die Realisierung eines Projektes zu einem späteren Zeitpunkt ein weiteres Projekt kosten- oder aufwandsgünstiger realisierbar macht. Allgemein ist zu berücksichtigen, dass sich externe Rahmenbedingungen mit positiven und negativen Einflüssen jederzeit ändern können.

Cluster	Projekt	Nennung World Café	Nennung Interviews	Dringlichkeit	Aufwand	Kosten	Score
Arbeit	Interaktive Karte Netzabdeckung und Netzausbau	1		0,4	4	4	8
Arbeit	Tablet-Unterricht	1		0,4	5	4	9
Gemeinwesen	Digitales Alarmsystem	1		0,4	3	3	6
Gemeinwesen	Digitales Archiv	1		0,4	3	4	7
Gemeinwesen	Engagement-App	1		0,4	4	4	8
Gemeinwesen	Gaststätte/Internet-Café	1		0,4	5	5	10
Gemeinwesen	Kinderbetreuung („Leih-Oma“)		2	1,2	4	5	10
Gemeinwesen	Veranstaltungskalender	1		0,4	4	5	9
Gesundheit	Digitale Checklisten Gesundheit	2		0,8	6	6	13
Gesundheit	Gemeinschaftspraxen / Ärztehaus	2		0,8	3	2	6
Gesundheit	Mobiler Gesundheitsdienst/ Prozessketten Gesundheit	1	6	4	4	4	12
Gesundheit	Telemedizinische Angebote	2	6	4,4	3	4	11
Gesundheit	Terminvereinbarung Arztprechstunden	4	1	2,2	5	5	12
Handel	Digitaler Flohmarkt	1	1	1	5	6	12
Handel	Regionales Online-Shopping	1	2	1,6	5	6	13
Mobilität	Freies WLAN	3	3	3	5	4	12
Mobilität	Lieferdienst/Packstationen	2	7	5	5	3	13
Mobilität	ÖPNV nach Bedarf	2	2	2	2	3	7
Mobilität	ÖPNV online/Multi-Ride-App	3	2	2,4	5	5	12
Mobilität	Ridesharing/Carpooling/ modal-split	3	4	3,6	4	3	11
Verwaltung	Datenschutzbeauftragte*r	1	2	1,4	3	3	7
Verwaltung	Displays Gemeinschaftshäuser	1		0,4	5	4	9
Verwaltung	Kommunikationsplattform	5	3	3,8	4	4	12
Verwaltung	Social Media Kommunikation	1	1	1	6	5	12
Verwaltung	Weiterbildungs- und Beratungsstruktur	1	12	7,6	4	4	16

Tabelle 4: Bewertungsscore nach Dringlichkeit, Aufwand und Kosten

Für die Weiterentwicklung der Projektvorschläge wurden die Projekte, mit den drei höchsten Scoringwerten ausgewählt. Dies betrifft Projekte mit mindestens 12 Scoring-Punkten.



5 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN UND KONZEPTIONEN FÜR PROJEKTUMSETZUNGEN

Für die Weiterentwicklung der gesammelten Projektvorschläge und um die nachhaltige Wirkung der Machbarkeitsstudie zu erhöhen, werden die Projektvorschläge mit den höchsten Bewertungen als **5.1 Kurzkonzepte für ermittelte Projektumsetzungen** im folgenden detaillierter beschrieben. Ziel ist es, Textbausteine für eine nachfolgende, separate Projektentwicklung zu formulieren.

Nachfolgend steht nicht die Entwicklung von rein digitalen, sprich technologiebasierten, Lösungen im Fokus. Das Ausgangsziel ist die Verbesserung der Lebenssituationen der Menschen in der Gemeinde Hohe Börde, daher sind Lösungen gesucht, die das Leben in einem veränderten digitalen Alltag unterstützen und verbessern können.

Im weiteren Verlauf werden unter **5.2 Weiterführende Projektvorschläge** beigesteuert, die in dieser Form nicht von Teilnehmenden der Gespräche entwickelt wurden, oder die hilfreiche Zusatzinformationen über aktuelle Entwicklungen beinhalten. Die Autor*innen sprechen diesen Konzepten einen zusätzlichen Nutzen im Kontext der formulierten Bedürfnisse der Bevölkerung zu.

5.1 Kurzkonzepte für ermittelte Projektumsetzungen

Um die nachgeordnete Nutzung der Projektvorschläge zu gewährleisten, wurden folgende Leitfragen entwickelt und für die jeweiligen Projektumsetzungen beantwortet:

1. **Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?**
2. **Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?**
3. **Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?**
4. **Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?**

5. **Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?**

6. **Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?**

Für eine hohe Flexibilität sind die Projektumsetzungen, angelehnt an die gesammelten Vorschläge, kleinteilig formuliert. In der späteren Projektentwicklung ist es möglich, verschiedene Projekte miteinander zu kombinieren.

5.1.1 Digitale Checklisten Gesundheit

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Die medizinische Versorgung gehört zu einem der entscheidenden Faktoren für die Attraktivität eines Standorts. Der ländliche Raum steht durch seine geringe Siedlungsdichte bzw. dem Verhältnis von Bevölkerungszahl der Region und der Siedlungs- und Verkehrsfläche vor besonderen Herausforderungen bei der Gewährleistung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung. Zusätzlich bilden die Verfügbarkeit von Mobilitätsangeboten bzw. -strukturen sowie individuelle Terminalschwierigkeiten weitere einwirkende Faktoren. Eine medizinische Versorgung ist somit – gerade im Alter – mit zeitlichen und räumlichen Einschränkungen verbunden und meist nicht unmittelbar verfügbar.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Die digitalen medizinischen Hilfs-, Beratungs- und Begleitangebote – wie zum Beispiel präventive Informationen zu bestimmten Krankheiten oder Anleitungen zum Verhalten im Fall allergischer Reaktionen – schließen auf direktem Weg Informationslücken. Sie entlasten vorhandene medizinische Strukturen (Mobilitätsvermeidung durch dezentral abrufbares On-Demand-Fachwissen) und verbessern zugleich den Grad der medizinischen Versorgung.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Digitale Angebote im Gesundheitsbereich – wie zum Beispiel Apps – können entsprechend der Definition der EU-Richtlinie 93/42/EWG für Medizinprodukte (MDD) und des deutschen Medizinproduktegesetzes (MPG) Medizinprodukte sein. Als erster Schritt muss grundlegend geprüft werden, ob das Projektvorhaben „Digitale Checklisten Gesundheit“ bzw. die erstellten Produkte (z.B. Informationsmaterial zu bestimmten Krankheiten) unter die gesetzliche Definition für Medizinprodukte fallen. Zur fachlichen Beratung und Bewertung des Vorhabens sollten Expert*innen hinzugezogen werden. Das Innovationsbüro des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte, die Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) oder die Arbeitsgruppe Medizinprodukte des Bundesverbands Gesundheits-IT

– bvitg e. V. wären geeignete Ansprechpartner. In dieser Phase wird ermittelt, welche Produkte möglich sind, unter welchen Bedingungen (Sicherheitsanforderungen und Qualitätsstandards) und in welcher Form sie zur Verfügung gestellt werden können.

Die Konstitution eines Expert*innenpools bildet die zweite Phase. Der Experten*innenpool besteht aus medizinischem Fachpersonal der Gemeinde. Innerhalb des Arbeitskreises werden Produktideen entwickelt, Arbeitsergebnisse geprüft und Erfahrungen ausgetauscht. Die Vernetzung verbessert insgesamt die Wahrnehmung über medizinische Bedarfe in der Gemeinde. Auf diesem Weg können die Produkte zielgerichtet erstellt werden.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Für die Umsetzung und Verstetigung des Projekts muss eine zentrale Anlaufstelle innerhalb der Verwaltungsstruktur der Gemeinde Hohe Börde geschaffen werden. Die Stelle übernimmt die Projektleitung. Zu den Aufgaben gehören Einladung zu Arbeitsgruppentreffen, Kontaktaufbau und Kontaktpflege, Verwaltung der erstellten Materialien, Qualitätssicherung, Evaluation und Berichterstattung über die Arbeitsergebnisse.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Fachlich sollte die Projektidee durch Expert*innen des Innovationsbüros des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte, der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG) oder der Arbeitsgruppe Medizinprodukte des Bundesverbands Gesundheits-IT – bvitg e.V. geprüft und begleitet werden.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Projektleitung: 1 Vollbeschäftigteneinheit (VBE), Sachkosten (Büromaterial), Fahrtkosten Personal

Insofern die erstellten Materialien ohne Zugangsbeschränkungen über die Webseite der Gemeinde bereitgestellt werden können, fallen keine Kosten für eine technische Weiterentwicklung an.

Für das Bereitstellen sensibler Informationen beziehungsweise von Informationen für einen eingeschränkten Nutzer*innenkreis kann geprüft werden, ob die vorhandene Extranet-Funktionalität des vorhandenen CMS CONTENIDO geeignet ist. Für die zusätzliche Pflege des Extranet, der Nutzer*innenprofile und Nutzer*innengruppen wird eine Aufwandsteigerung von 0,5 VBE angenommen.

Die Kosten für die Entwicklung einer zusätzlichen App sind abhängig von den Funktionen und Anforderungen. Für den dauerhaften Betrieb einer App müssen laufende Kosten für Hosting, Wartung, Updates und Lizenzen eingeplant werden.

5.1.2 Mobiler Gesundheitsdienst/Prozessketten Gesundheit

Welcher Bedarf bzw. welche Probleme sollen mit der Projektidee gelöst werden?

Im Bezug auf die medizinische Versorgung stellt der ländliche Raum durch seine geringe Siedlungsdichte nicht nur im Bereich der ambulanten Behandlungen eine Herausforderung dar. Apotheken im ländlichen Raum haben im Vergleich zu Apotheken in Städten in der Regel eine höhere Frequenz an angebotenen Notdiensten pro Monat zu leisten und verbuchen dabei meist geringere Umsätze¹⁰⁰. Menschen, die auf Not- bzw. Nachtdienste zurückgreifen müssen, sind gemeinhin durch größere räumliche Distanzen auf Verkehrsmittel beziehungsweise Mobilitätsangebote angewiesen. Die räumliche Verteilung von Arztpraxen und Apotheken erzeugt in der Prozesskette der medizinischen Versorgung – zum Teil auch durch abweichende Öffnungs- bzw. Behandlungszeiten – zusätzliche Brüche und Verzögerungen.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Digital unterstützte Lieferketten, Prozess- und Kommunikationswege zwischen Praxen, Apotheken und Patient*innen verbessern die medizinische Versorgungssicherheit und steigern Komfort und Geschwindigkeit von Abläufen. So kann zum Beispiel die Arzneimittelbestellung automatisiert von den Praxen an die gewünschte Apotheke übermittelt werden oder die Verlängerung von Rezepten durch digitale Verifikationsprozesse direkter erfolgen. Videosprechstunden führen zusätzlich zur Mobilitätsvermeidung.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Die Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (gematik) soll bis Ende 2018 die Telematikinfrastuktur fertigstellen. Ziel des Gesetzgebers ist die "Etablierung einer interoperablen und sektorübergreifenden Informations-, Kommunikations- und Sicherheitsinfrastruktur (Telematikinfrastuktur) als die Basis für eine digitale und sichere Vernetzung im Gesundheitswesen"¹⁰¹. Die Telematikinfrastuktur bildet die Plattform, die medizinischen Einrichtungen wie Praxen, Krankenhäusern und Apotheken eine sichere Verbindung ermöglicht. Elektronische Patientenakten sollen zukünftig unter anderem ärztliche Mitteilungen, Notfalldaten oder auch Medikationspläne enthalten können.

¹⁰⁰ IFH Köln - ECC Köln (2017)

¹⁰¹ gematik. Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (o.A.)

An dieser Stelle muss geprüft werden, welche Voraussetzungen – nach Fertigstellung der Telematikinfrastruktur – geschaffen werden müssen, um die Nutzung elektronischer Patientenakten flächendeckend einzuführen. Hier können unterschiedliche im Gesundheitswesen genutzte IT-Systeme eine Interoperabilität aktuell noch behindern. Weiterhin werden Geräte in den jeweiligen Einrichtungen benötigt, die die neue elektronische Gesundheitskarte (eGK) verarbeiten können. Die Erhebung diesbezüglich erfolgt durch die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde. In diesem Rahmen wird eine Übersicht der vorhandenen Einrichtungen und Akteure im Gesundheitswesen erstellt. Auf Grundlage der Übersicht erfolgt eine Abfrage zur Ausstattung im Bereich Technik und verwendeter Software. Auf Basis der Rückmeldungen werden die Bedarfe im Bereich der Ausstattung ermittelt.

Für die Beratung zu den Themen Telematikinfrastruktur und empfohlene Gesundheitssysteme (im Bereich IT-Systeme und Software) kann die Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbh hinzugezogen werden. Aktuell sind rund 200 unterschiedliche Gesundheitssysteme auf dem Markt verfügbar. Die fachliche Beratung stellt sicher, dass in Zukunft in der Gemeinde Hohe Börde interoperable und sektorübergreifende Lösungen etabliert werden.

Im Rahmen der Erhebung kann weiterhin abgefragt werden, ob Videosprechstunden angeboten werden können und welche zusätzlichen technischen Voraussetzungen (zum Beispiel Webcams und Tablets) in teilnehmenden Praxen geschaffen werden müssen. Aktuelle Gesundheitssysteme für Praxen bieten zum Teil schon softwareseitig alle Voraussetzungen für Videosprechstunden.

Zum Abschluss der Evaluation wird eine Übersicht über notwendige Anpassungen, Erweiterungen und Ergänzungen im Bereich Software und technischer Ausstattung erstellt und mit den lokalen Akteuren des Gesundheitswesens abgestimmt.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Ein regelmäßiger Austausch zwischen der Gemeinde Hohe Börde und der Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbh sichert, dass Ausstattung und Umsetzung den aktuellen Möglichkeiten entsprechen. Die Nutzung beziehungsweise Etablierung von zukunftsfähigen Softwarelösungen wird die Qualität der medizinischen Versorgung langfristig und nachhaltig steigern und medizinische Abläufe innerhalb der Gemeinde Hohe Börde enger verzahnen.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Für die Beratung und Evaluation möglicher IT-Systeme und Softwarelösungen wird eine Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Telematikanwendungen der

Gesundheitskarte mbh (gematik) empfohlen. Weiterhin sollten alle Akteur*innen des Gesundheitswesens der Gemeinde Hohe Börde in den Aufbau der notwendigen Infrastruktur eingebunden werden.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Die Kosten ergeben sich zum Teil aus der Evaluation der Bedarfe im Bereich der technischen Ausstattung und der im Einsatz befindlichen Softwarelösungen. Anhand der erstellten Übersicht zeigt sich, welche Akteure im Gesundheitswesen beispielsweise mit neuen Kartenlesegeräten, Serversystemen und Softwarelösungen ausgestattet werden müssen.

Für die Erhebung und Auswertung der Ergebnisse durch die Verwaltung wird ein Zeitraum von einem halben Jahr angenommen. Für den Projektzeitraum sind 0,25 – 0,5 VBE zu kalkulieren.

Zur flächendeckenden Etablierung der elektronische Gesundheitskarte (eGK) in der Bürger*innenschaft der Gemeinde werden zusätzlichen Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (Informationsflyer, Pressemitteilungen) und Beratung (Bürger*innensprechstunden, Informationsveranstaltungen) empfohlen.

5.1.3 Terminvereinbarung Arztsprechstunden

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Das Vereinbaren von Arztterminen bzw. das Finden eines geeigneten freien Termins in einer Praxis kann mit verschiedenen Problemen verbunden sein. Gerade eine kurzfristige Terminansetzung – wenn man zum Beispiel auf Grund einer Verletzung oder Erkrankung noch kurz vor dem Wochenende Ärzt*innen konsultieren muss – kann schnell mit langen Telefonaten verbunden sein. Entscheidende Faktoren sind, welche Ärzt*innen freie Termine zu vergeben haben und ob sie zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme erreichbar sind. Das direkte Aufsuchen einer Praxis zur Terminabstimmung ist im ländlichen Raum zusätzlich mit einem erhöhten Mobilitätsaufwand verbunden und bietet weiterhin keine Sicherheit, dass der angestrebte Termin zur Verfügung steht.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Online-Buchungstools können den Nutzer*innen eine Übersicht über verfügbare Termine in der jeweiligen Einrichtung geben. Die Buchung des gewünschten Termins kann ebenfalls über das Buchungssystem vorgenommen werden. Im Zusammenspiel von Buchungssoftware und Praxiskalender haben die Mitarbeiter*innen und Ärzt*innen jederzeit einen automatisch aktualisierten Überblick über die vergebenen, beziehungsweise gebuchten Termine. Insgesamt wird

der organisatorische Aufwand für Patient*innen und Praxen reduziert. Wenn einheitliche Software-Schnittstellen vorhanden sind, beziehungsweise ein für alle beteiligten Praxen einheitliches System etabliert wird, kann eine zentrale Übersicht realisiert und beispielsweise eine Terminsuche über mehrere Praxen hinweg ermöglicht werden. Durch das Angebot wird der Rechercheaufwand weiter reduziert (ein Durchsuchen einzelner Praxis-Webseiten ist nicht notwendig). Die Übersicht vorhandener Ressourcen kann den Praxen weiterhin helfen, die Auslastungssituation der einzelnen Einrichtungen zu optimieren. So können Überlastungen vermieden und Frustrationsmomente reduziert werden.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Durch die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde wird der Kontakt zu allen vorhandenen Praxen aufgebaut. Die Praxen werden über das Projektvorhaben und die Zielsetzung informiert und zur Beteiligung eingeladen. Unter den teilnehmenden Praxen wird erhoben, welche Systeme aktuell für die Terminplanung genutzt werden und welche Möglichkeiten sie bieten. Weiterhin werden die speziellen Bedarfe der einzelnen Akteure gesammelt (beispielsweise eine Zusammenstellung der Zeiträume, die zwischen Terminbuchungen und Terminen liegen müssen, um Ressourcen planen zu können). Die Bedarfe werden im Anschluss durch die Akteur*innen gewichtet. Durch die Bewertung können notwendige Funktionen und Features identifiziert, beziehungsweise die Notwendigkeit quantifiziert werden.

Im zweiten Schritt evaluiert die Verwaltung der Gemeinde anhand des so entwickelten Bedarfskatalogs, welche Lösungen in Frage kommen. Geprüft werden bereits vorhandene Produkte – kommerziell als auch Open Source – sowie der Aufwand für eine mögliche Eigenentwicklung. In dieser Phase werden externe Expert*innen aus dem Gesundheitswesen und dem IT-Sektor hinzugezogen. Ergebnis der Evaluation ist eine Übersicht der in Frage kommenden Lösungen. Die Übersicht zeigt, welche Funktionen erfüllt werden und mit welchem Aufwand – Zeit und Kosten – die Einführung des jeweiligen System verbunden ist.

Im Anschluss treffen Verwaltung und teilnehmende Praxen eine Auswahl über das einzuführende System und definieren einen Zeitplan zur Einführung.

Insofern ein vorhandenes System genutzt werden soll, müssen die dafür nötigen Lizenzen erworben werden (hier existieren Miet- und Kaufmodelle). Die Einführung des Systems wird durch Schulungen der Anwender*innen begleitet. Eine initiale Einrichtung des Systems muss in jeder teilnehmenden Praxis erfolgen. Abschließend kann das Buchungssystem für Patient*innen in ausgewählte Webseiten eingebunden werden.

Insofern eine Eigenentwicklung erfolgen soll, müssen zusätzlich Zeit und Kosten für die Konzeption (Design und Technik), technische Umsetzung, Testphase,

Aufsetzen der technischen Rahmenbedingungen (Server, Sicherheitszertifikate) und einen laufenden Support eingeplant werden.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Für die Einführung eines praxisübergreifenden Buchungssystems müssen möglichst viele Akteur*innen gewonnen werden. Die Standardisierung, die durch die Festlegung auf ein System erfolgt, wird Patient*innen die Nutzung erleichtern. Die gelernten Bedienkonzepte können auf unterschiedliche medizinische Bedarfe angewendet werden.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Für die erfolgreiche Umsetzung des Projekts wird eine enge Kooperation mit den Praxen der Gemeinde Hohe Börde benötigt. Bei der Auswahl der Lösung sollten weiterhin externe Expert*innen aus dem Gesundheitswesen und dem IT-Sektor hinzugezogen werden.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Für die Erhebung und Auswertung der Ergebnisse durch die Verwaltung wird ein Zeitraum von einem halben Jahr angenommen. Für den Projektzeitraum sind 0,25 – 0,5 VBE zu kalkulieren.

Die Kosten für die Umsetzung sind abhängig von der gewählten Lösung. Vorhandene Systeme werden über Miet- als auch Kaufmodelle angeboten. Eine Eigenentwicklung kann im Zuge eines Vergabeprozesses durch einen Dienstleister erfolgen. Die Entwicklungskosten und laufenden Kosten sind unter anderem abhängig von den Funktionen der Software. Eine Aufwandsschätzung kann über den Bedarfskatalog bei externen IT-Expert*innen erfragt werden (zum Beispiel Agenturen mit den Schwerpunkten Softwareentwicklung, Webentwicklung, UX Design).

5.1.4 Digitaler Flohmarkt

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Durch die räumlichen Entfernungen zu anderen Gemeinden sowie dem begrenzten Angebot an Einkaufsmöglichkeiten in der Gemeinde Hohe Börde können nicht alle Konsumbedürfnisse der Bevölkerung bedient werden. Zwar kann durch Angebote des überregionalen Online-Handels auf eine fast unbegrenzte Produktpalette zurückgegriffen werden, gleichzeitig erhöht dies den Bedarf an logistischer Infrastruktur und entzieht den lokalen Warenflüssen wichtiges Kapital.

Darüber hinaus ändern sich individuelle Bedürfnisse und Nutzungsszenarien, weshalb angeschaffte Gegenstände ab einem gewissen Zeitpunkt nicht mehr

benötigt werden. Im Sinne einer globalen Ressourcenschonung ist es auch auf kommunaler Ebene wichtig, Nutzungskreisläufe zu erweitern. Daher ist es sinnvoll, die Lebensdauer einzelner Produkte zu erhöhen, indem Möglichkeiten für die Weiter- bzw. Wiederverwendung erschlossen werden.

Zusätzlich sind bestimmte kommerzielle Dienstleistungen innerhalb der Gemeinde nicht verfügbar, diese können teilweise durch Nachbarschaftshilfe erschlossen werden.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Ziel des Projektes ist es, lokale und private Wirtschaftskreisläufe innerhalb der Gemeinde zu entwickeln und zu stärken. Die Bürger*innen sollen dazu angeregt werden, nicht mehr benötigte Gegenstände untereinander zu tauschen oder privat zu verkaufen.

Das Projekt soll als Unterstützungsprojekt zunächst notwendige Kompetenzen im privaten Nachbarschaftshandel vermitteln, über vorhandene Lösungen informieren und Bedürfnisse prüfen.

In einer weiteren Entwicklungsstufe ist angedacht, bedarfsorientiert eine regionale E-Commerce-Plattform zu entwickeln, die für private und kommerzielle Anbieter*innen einen Austausch von Waren und Dienstleistungen ermöglicht.

Neben der Erhöhung der Nachhaltigkeit des Konsum und der damit verbundenen Ressourcenschonung wird der gegenseitige Austausch und das kommunale Miteinander gestärkt.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Zu Beginn bedarf es niedrigschwelliger Angebote, die von Bürger*innen einfach genutzt werden können. Bereits populäre Online-Plattformen bieten eine professionelle Infrastruktur dafür. Im ersten Schritt werden Angebote geschaffen, Interessierte mit diesen Plattformen vertraut zu machen, sie für rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu sensibilisieren und notwendige Kompetenzen in der Erstellung und Abwicklung lokalen Privathandels zu vermitteln.

Sollten vorhandene Plattformen nicht den Bedürfnissen der Nutzer*innen in der Hohen Börde entsprechen, wird im Rahmen der vorhandenen IT-Infrastruktur eruiert, inwieweit eine eigene Softwarelösung durch Lizenzkauf oder Eigenentwicklung die technischen Anforderungen erfüllt, daran angeschlossen wären ebenfalls regelmäßige Schulungen und Dokumentationen.

Abhängig von den Bedürfnissen der Bürger*innen und der lokalen Wirtschaft soll geprüft werden, ob eine lokale E-Commerce-Plattform für den regionalen Online-Handel unterstützend wirken kann. Dafür werden verschiedene Inte-

ressenvertreter*innen aus den betroffenen Bereichen und Gremien zur Entwicklung eines Konzeptes zusammengebracht. Die anschließende Konzeptentwicklung soll dabei helfen, vorhandene Bedürfnisse, angedachte Prozesse und realistische Zielvariablen für die Weiterentwicklung kommerzieller und privater Wirtschaftskreisläufe in einem Anforderungsprofil für eine Softwarelösung zusammenzufassen. Durch die anschließende Ausschreibung des Vorhabens und Implementation der Lösung sollen der kommerzielle und private Handel in der Kommune gestärkt werden. Regelmäßig stattfindende Schulungen, Online-Tutorials und verfügbare Informationsangebote sollen gewährleisten, dass das Projekt langfristig erfolgreich ist.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Abhängig von den identifizierten Bedürfnissen kann ein regelmäßiges Angebot an Workshops und Weiterbildungen zu einer regen Nutzung von Online-Privathandel führen. Darüber hinaus kann das Miteinander und der Warenhandel untereinander durch regelmäßig stattfindende Flohmärkte weiter gefördert werden.

Wenn bedarfsorientiert lokaler E-Commerce entwickelt wird, bedarf es einer konstanten Unterstützung des vorhandenen und zukünftigen Einzelhandels, um Geschäftsmodelle und -prozesse zu digitalisieren und zu entwickeln. Im Vordergrund steht dabei nicht die reine Digitalisierung von vorhandenen Geschäftsmodellen, sondern eine strategische Entwicklung entsprechend dynamischer Lebensentwürfe von Kund*innen. Händler*innen benötigen dafür Transformationsunterstützung.

Eine festgelegte Verantwortlichkeit innerhalb der Verwaltung zur Unterstützung der Einzelhandelsstrukturen führt zu einer Verstetigung, daran angesiedelt sorgt eine lokale Wirtschaftsförderung für entsprechend attraktive Rahmenbedingungen zur Existenzgründung und Businesstransformation.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Für die erste Implementierung von Nachbarschaftshandel müssen Bürger*innen aktiviert und beteiligt werden, dafür werden vorhandene Strukturen angesprochen, ebenso wie Special Interest Gruppen. Für entsprechende Weiterbildungs- und Schulungsangebote werden Spezialist*innen aus dem Bereich des Datenschutzes und E-Commerce hinzugezogen.

Für die Weiterentwicklung des Projektes hin zu einer Sensibilisierung und Unterstützung des Einzelhandels werden vorhandene Strukturen der Kommune wie der Wirtschaftsausschuss einbezogen. Durch die Einbeziehung der ansässigen Kammern werden Unternehmer*innen dabei unterstützt, ihre Angebote weiterzuentwickeln. Durch eine enge Kooperation mit der Investitionsbank Sachsen-Anhalt, die ein breites Spektrum an Unterstützungsinstrumenten für die

Entwicklung kleiner und mittelständiger Unternehmen vorhält, können neue Geschäftsmodelle entwickelt werden. Bedarfsorientiert werden weitere Fachorganisationen wie beispielsweise der Verband Kreativwirtschaft Sachsen-Anhalt e.V. beteiligt.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Für die Erstentwicklung von Weiterbildungs- und Schulungsangeboten rund um niedrigschwelligen Nachbarschaftshandel bedarf es einer aktiven Zuarbeit und Netzwerkarbeit innerhalb der Verwaltung oder beauftragter Strukturen. Interessenten müssen angesprochen und Bedarfe aufgedeckt werden; dafür sind 0,25 – 0,5 VBE zu kalkulieren, zusätzlich zu Kosten für anfallende Öffentlichkeitsarbeit.

Bei der Entwicklung einer eigenen Software-Lösung sind weitere Personalkosten für die technische Beratung erforderlich. Schlussendlich fallen entweder Lizenzkosten oder Entwicklungskosten per Vergabe für die Anschaffung einer entsprechenden Lösung an.

Für die Weiterentwicklung des Konzeptes hin zu einem Wirtschaftsförderprogramm im Bereich E-Commerce müssen weitere Personalkosten i. H. v. 1 VBE kalkuliert werden, wobei Überschneidungen mit bereits vorhandenen Fachaufgaben geprüft werden müssen. Für die nachhaltige Entwicklung einer Beratungsstruktur für kleinere und mittlere Unternehmen sind 0,5 VBE zu kalkulieren. Weiterführende Beratungsleistungen sollen über Förderprogramme beispielsweise der Investitionsbank Sachsen-Anhalt abgedeckt werden.

5.1.5 Regionales Online-Shopping

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Die Förderung des lokalen Einzelhandels ist ein Kernelement kommunaler Wirtschaftsförderung. Ansässiger Einzelhandel ist nicht nur relevant für die notwendige Nahversorgung. Er schafft ein Gefühl der regionalen Verbundenheit und der Gemeinschaft. Darüber hinaus können mit einem starken Einzelhandel regional Arbeitsplätze geschaffen werden, die lokale Wirtschaftsprozesse stärken.

Gleichzeitig befindet sich der Einzelhandel generell unter Transformationsdruck. Neben dem Online-Shopping und der damit einhergehenden Nivellierung von Spartenangeboten, kommt gerade im ländlichen Raum ein Fachkräftemangel hinzu, der es inhaber*innengeführten Unternehmen schwierig macht, eine langfristige wirtschaftliche Stabilität zu erlangen.

Während E-Commerce auf der einen Seite einen enormen Druck auf den regionalen und lokalen Einzelhandel ausübt, kann er auf der anderen Seite auch

Wege ermöglichen, das eigene Angebot attraktiver zu machen. Gespräche mit Bürger*innen der Hohen Börde haben gezeigt, dass es ein großes Bedürfnis nach lokalen Wirtschaftserzeugnissen gibt, gleichzeitig die Rahmenbedingungen für den Konsum einschränkend wirken. Insbesondere die schlechte Verfügbarkeit regionaler Waren zu pendelfreundlichen Tageszeiten wurde aufgezeigt.

Regionale Unternehmen sollen daher dabei unterstützt werden, ihre Angebote auch online verfügbar zu machen. Die in diesem Bereich entwickelten Pilotprojekte sind sehr heterogen, müssen neue Handelsketten doch bedarfsorientiert an den lokalen Wirtschaftsraum gestaltet werden. Daher bedarf es einer engen, nachhaltigen Unterstützung der lokalen Unternehmen bei der Entwicklung von neuen Geschäftsmodellen.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Mit einem Förderprogramm für den lokalen Handel können die Unternehmen ihre Reichweite und Marktpräsenz erhöhen. Die angebotenen Waren und Dienstleistungen sind dann besser für einen lokalen Umkreis erreichbar. Darüber hinaus wird ermöglicht, dass zumindest im verarbeitenden oder herstellenden Kleingewerbe und Handwerk auch neue Zielgruppen erreicht werden können.

Eine unterstützende Wirtschaftsförderung kann außerdem dabei helfen, neue Akteur*innen zu etablieren. Entsprechende Unterstützungsprozesse für Start-Ups und Geschäftsgründungen können das lokale Angebot an Waren und Dienstleistungen vielfältiger machen. Gleichzeitig werden mehr Möglichkeiten geschaffen, in lokalen Wirtschaftskreisläufen seinen Lebensunterhalt verdienen zu können.

Bei den Bürger*innen wird das vorhandene Interesse nach regionalem Konsum und gestärkter Gemeinschaft befriedigt. Wirtschaftskreisläufe können so lokaler gestaltet werden, was wiederum für die kommunalen Steuereinnahmen positive Effekte haben wird.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Im ersten Schritt bedarf es einer genauen Kartierung der vorhandenen Geschäftsstrukturen. Durch Einzelgespräche sollen die Bedürfnisse und Herausforderungen im Alltag der Geschäfte identifiziert werden. Basierend auf den Ergebnissen sollen prototypisch neue Geschäftsmodelle konzeptioniert werden, die anhand eines Matching mit potentiellen lokalen Verbraucher*innen getestet werden.

Anhand der Bedarfsabfrage können verschiedene Modelle weiterentwickelt werden. In Kooperation mit der IHK und der Investitionsbank sollen lokale Unternehmungen über die vorhandenen Wirtschaftsförderungsstrukturen stärker

in ihrer Entwicklung betreut werden. Neue Verkaufswege und -prozesse sollen erarbeitet werden. Ebenfalls kann hier eine Gründungsberatung angesetzt werden, damit sich neu entwickelnde Geschäftsideen direkt von den gewonnenen Befragungen profitieren können.

Neben geschäftsindividuellen Transformationsprozessen bedarf es entsprechender Infrastrukturmaßnahmen, die dem lokalen Einzelhandel als Ganzes notwendige Ressourcen zur Verfügung stellen. Eine lokale Handelsplattform wird hierfür bereitgestellt. Für die Realisierung der Plattform wird, in Abstimmung mit dem Einzelhandel, ein mehrstufiges Konzept zur Entwicklung erarbeitet. Referenzmodelle aus NRW zeigen, dass es nicht immer die teure Eigenentwicklung sein muss. Die Nutzung vorhandener E-Commerce-Lösungen (beispielsweise eBay) kann für den Anfang ebenso erfolgversprechend sein.¹⁰² Im weiteren Verlauf ist angedacht, eine lokale Handelsplattform zu entwickeln. Darüber sollen lokale Händler*innen und Bürger*innen Waren und Dienstleistungen anbieten können. Mittlerweile gibt es viele verschiedene Angebote von maßgeschneiderten E-Commerce-Lösungen am Markt, die hierfür genutzt werden können.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Insbesondere ein enger Kontakt mit lokalen Händler*innen kann helfen, dass das Angebot rege genutzt wird. Dafür müssen die Unternehmen dabei unterstützt werden, bedarfsgerechte Angebote zu machen. Hier kann es hilfreich sein, den Dialog mit den potentiellen Kund*innen zu intensivieren und auf vorhandene Angebote aufmerksam zu machen, beispielsweise durch offene Märkte oder durch eine Berichterstattung über vorhandene Kommunikationskanäle.

Eine regionale E-Commerce-Plattform hat gegenüber einzelnen, händlerspezifischen Insellösungen den Vorteil, dass den Konsument*innen weitere sinnvolle Angebote von Händler*innen anderer Branchen unterbreitet werden können. In E-Commerce-Plattformen lassen sich verschiedene Kommunikationsmechanismen integrieren, die das Verhältnis zwischen Anbieter*innen und Konsument*innen fördern und somit den Absatz steigern. Beispielsweise können dynamische verkaufsfördernde Maßnahmen wie Rabattaktionen kommuniziert werden oder den Konsument*innen die Nachfrage nach einem bestimmten Produkt ermöglicht werden.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Um ein nachhaltig funktionierendes System für den lokalen Handel zu etablieren, bedarf es einem steten Dialog zwischen Anbietenden und Nachfragenden. Daher ist es notwendig, mit lokalen Vertretungsorganisationen des Einzelhandels im Kontakt zu stehen, aber auch ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Bürger*innen zu haben.

¹⁰² Vgl. Osing, J. (2017)

Die Einbindung der Kammern und vorhandener Wirtschaftsförderungsstrukturen kann helfen, anwendbare Praxisbeispiele aus Modellprojekten zu entdecken und zu implementieren.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Für die konzeptionelle Erarbeitung in Abstimmung mit Händler*innen unter Einbeziehung der Bedürfnisse der Bürger*innen sind entweder 0,5 VBE oder eine externe Ausschreibung zu kalkulieren.

Eine entsprechende Wirtschaftsförderung soll lokalen Unternehmen dabei helfen, ihre Geschäftsmodelle weiterzuentwickeln und neue Vertriebskanäle zu erschließen. Dies kann über vorhandene Wirtschaftsförderungsprogramme realisiert werden. Notwendige Schulungen, beispielsweise im Bereich E-Commerce, können darüber finanziert werden.

Bei der Entwicklung eigener E-Commerce-Lösungen bedarf es zudem einer engen Betreuung der lokalen Händler*innen sowie eines nachhaltigen Konzepts. Nicht nur die Implementierung, auch die nachfolgende agile Entwicklung der Plattform anhand der Bedarfe von Handel und Markt muss mit einem steten Projektmanagement unterfüttert werden, damit die Plattform sich entsprechend positiv entwickelt. Dafür ist es ratsam, mindestens 0,5 VBE für eine konstante Betreuung vorzusehen.

5.1.6 Freies WLAN

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Der ländliche Raum bildet durch seine geringe Siedlungsdichte und den damit einhergehenden strukturellen Gegebenheiten eine besondere Herausforderung für eine flächendeckende und leistungsfähige Bereitstellung eines Internetzugangs. Das gilt für den Hausanschluss ebenso wie für den mobilen Zugang über Smartphones und Tablets. Vorhandene, frei verfügbare WLAN-Netzwerke können Brüche in der Versorgung reduzieren. Bedarfe entstehen in unterschiedlichen Nutzer*innensituationen. An Mobilitätspunkten, wie Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs, werden beispielsweise Informationen zu Fahrplänen und Anschlussverbindungen verfügbar. Internetbasierte Angebote (Kurse, Workshops, etc.) können einfacher realisiert werden. Auch die Aufenthaltsqualität öffentlicher Treffpunkte, wie der lokale Fußballplatz, kann durch freie WLAN-Strukturen verbessert werden.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Eine ausgebaute Struktur freier WLAN-Zugangspunkte sichert die Verfügbarkeit eines Zugangs zum Internet für alle Bürger*innen. Der Zugriff auf internetba-

sierte Angebote – von Messenger-Apps bis hin zum ÖPNV-Fahrplan – wird erleichtert. Generell ist die wahrgenommene Lebensqualität immer enger mit der Verfügbarkeit eines Zugangs zum Internet verbunden. Die Netzabdeckung wird dadurch zu einem wichtigen Faktor für die Bindung von Bürger*innen und für die Gewinnung von Neubürger*innen.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde evaluiert mögliche Orte für die Installation der notwendigen Hardware zum Betrieb der WLAN-Zugangspunkte. Wie bereits beschrieben, sollten Mobilitätspunkte, Begegnungsorte und viel frequentierte Orte einbezogen werden. Auf diesem Weg werden Übersichten für jede Ortschaft erstellt. Diese Übersichten werden im Anschluss durch die Verwaltung – zum Beispiel über eine Kosten-Nutzen-Analyse oder Nutzwertanalyse – gewichtet. Kosten fallen hier für die Beschaffung und Installation der benötigten Hardware sowie für die gegebenenfalls nötige Erschließung der jeweiligen Standorte an. Weiterhin müssen laufende Kosten für Betrieb und Wartung der Geräte in die Planung einbezogen werden.

Für den Aufbau der WLAN-Struktur werden Mesh-Geräte empfohlen. Die Mesh-Technologie generiert ein miteinander „vermaschtes“ Netzwerk, bei dem jedes Gerät einen eigenen Knoten darstellt. Die WLAN-Netzwerke der einzelnen Knoten werden über das Meshing miteinander verbunden und zu einem Netzwerk zusammengefasst. Das System bietet gerade für den ländlichen Raum entscheidende Vorteile: Nicht alle Knoten im Mesh-Netzwerk müssen über eine eigene Internetverbindung verfügen. Der Zugang wird über die Knoten im Mesh-Netzwerk verteilt. Dadurch können zum Teil Erschließungskosten eingespart werden. Die Mesh-Technologie verbessert weiterhin die Stabilität der gesamten Struktur. Fällt ein Geräte beziehungsweise ein Knoten innerhalb des Netzwerks aus, bleiben die Verbindungen zwischen allen anderen Geräten im „Gewebe“ erhalten.

Für die Beratung bei der Auswahl der Geräte und beim Aufbau der WLAN-Struktur können lokale Netzanbieter einbezogen werden. Alternativ wird empfohlen, den Förderverein Freie Netzwerke e.V. beratend hinzuzuziehen. Die Freifunk-Initiative besitzt bundesweit lokale Freifunk-Communities, die sich für den Aufbau von frei zugänglichen „Gemeinschaftsnetzen“ einsetzen. In Sachsen-Anhalt gibt es mit „Freifunk Magdeburg“ regionale Ansprechpartner*innen. Insofern die Freifunk-Software eingesetzt wird, könnte das Mesh-Netzwerk in jeder Ortschaft über Bürger*innen eigenständig erweitert werden. Private Haushalte oder auch Ladengeschäfte mit eigener Internetanbindung können dafür einen Teil ihrer Bandbreite für das Freifunk-Netz zur Verfügung stellen und so das gesamte Netzwerk stärken und weiter ausbauen.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Für einen kontinuierlichen Betrieb der WLAN-Struktur muss die Finanzierung der laufenden Kosten für Betrieb und Wartung der Geräte abgesichert werden. Für den weiteren Ausbau der Struktur sollte die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde die Bedarfe der Bürger*innen regelmäßig erfragen.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Für die technische Planung und Umsetzung sollten Expert*innen beratend einbezogen werden. Hier wird der Kontaktaufbau zu lokalen Netzanbietern oder/und dem Förderverein Freie Netzwerke e.V. beziehungsweise der Freifunk-Community „Freifunk Magdeburg“ empfohlen.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Für die Planung der Netzwerkstruktur durch die Verwaltung wird ein Zeitraum von einem halben Jahr angenommen. Für den Projektzeitraum sind 0,25 – 0,5 VBE zu kalkulieren.

Die Kosten für die Umsetzung sind abhängig von den ausgewählten Orten sowie der Art und Anzahl der benötigten Geräte. Für die Montage und Einrichtung der Geräte müssen weitere Kosten eingeplant werden.

5.1.7 Lieferdienst / Packstationen

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Durch die großen Abstände zwischen den einzelnen Dorfzentren kann es im ländlichen Raum eine Herausforderung sein, die Waren des täglichen Gebrauchs zu besorgen. Darüber hinausgehende Güter sind in strukturschwachen Regionen selten zu erwerben. Die Nähe der Gemeinde Hohe Börde zur Landeshauptstadt Magdeburg gewährleistet zwar ein Grundmaß an Konsummöglichkeiten, doch haben die Bürger*innen erkannt, dass Online-Shopping eine attraktive Alternative ist. Der mühelose Zugang und die Möglichkeiten, Preise vergleichen und sich über Produkte und Alternativen informieren zu können, sind deutliche Vorteile.

Allerdings stellt der zusätzliche Logistikaufwand die Bürger*innen vor neue Herausforderungen. Eine reguläre Belieferung ist selten möglich. Die bisher übliche Lösung, das Paket bei zertifizierten Zwischenhändler*innen abzugeben, ist nur dann praktikabel, wenn die Öffnungszeiten nicht deckungsgleich mit den Arbeitszeiten der pendelnden Bevölkerung sind.

In Ballungsräumen ist hingegen ein harter Wettbewerb um die sogenannte letzte Meile ausgebrochen, also das letzte Ende der Lieferkette bis zur Übergabe

der Lieferung an Kund*innen. Dafür werden in den letzten Jahren vermehrt Paketstationen aufgestellt. Hier können Lieferungen, die nicht zugestellt werden konnten, abgelegt werden. Die Packstationen können auch direkt als Bestelladresse verwendet werden. Dadurch ist eine dezentrale, beschleunigte Lieferung möglich.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Während das Modell in urbanen Ballungsräumen eine von mehreren Alternativen in den Lieferketten darstellt, könnten Packstationen in jedem dörflichen Zentrum eine sinnvolle Infrastrukturmaßnahme bilden. Online-Shopping würde für die Bürger*innen einfacher werden.

Während die Packstationen in städtischen Gebieten meist von einem einzelnen Anbieter betrieben werden, wäre es für solch kommunal geförderten Paketstationen ratsam, diese unabhängig vom Lieferdienst zu gestalten. Dadurch wird der aktuellen Marktsituation im Logistikbereich Rechnung getragen. Gleichzeitig werden damit für lokale und regionale Anbieter*innen neue Möglichkeiten des E-Commerce geboten, da Waren aus dem lokalen Einzelhandel ebenfalls ohne zusätzliche Logistikkosten verteilt werden können. Dadurch werden lokale Wirtschaftskreisläufe gestärkt.

Die Packstationen können durch weitere Ausstattungsmerkmale ergänzt werden. Durch den notwendigen Anschluss an eine entsprechende Datenleitung kann die Station auch als WLAN-Verteiler genutzt werden. Spezielle Kühlfächer könnten es erlauben, insbesondere regionale Frischlieferungen zu ermöglichen. Eine Ergänzung mit einem Briefkasten oder einem Geldautomaten kann die lokale Nahversorgung verbessern.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Derzeit scheint es keine Nutzungskonzepte für neutrale bzw. kommunal getragene Paketstationen zu geben, weshalb eine Projektplanung mit gewissen Unwägbarkeiten verbunden ist.

Im ersten Schritt müssten entsprechende Ausschreibungen für die Produktion solcher Paketstationen veröffentlicht werden. Gegebenenfalls sind Eigenproduktionen gemeinsam mit lokalen Produktionsgewerben anzustoßen. Auf Basis dessen kann eine entsprechende Kalkulation erstellt werden.

Für die Aufstellung der Stationen benötigt es eine Bedarfsabfrage in den Gemeinden, um mögliche Nutzungsszenarien von Bürger*innen und Einzelhandelsunternehmen zu ermitteln.

Eine besondere Herausforderung wird die Gestaltung der Bediensoftware und des damit verbundenen Kostenmodells. Externe, nicht-lokale Dienstleistungs-

unternehmen können mit einem Gebührenmodell an der Nutzung der Paketstationen beteiligt werden. Alternativ könnte eine Gegenfinanzierung über eine Nutzungsgebühr durch die Bürger*innen erfolgen, abhängig von der Frequenz der Nutzung.

Nach entsprechenden Verhandlungen und Kalkulationen können die Stationen aufgestellt werden. Kosten durch Wartungsarbeiten werden gelegentlich anfallen.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Neben der Erleichterung der Nutzung von Online-Shopping sollte für ein kommunal finanziertes Paketstationen-System vor allem die Einbeziehung lokaler und regionaler Anbieter*innen im Vordergrund stehen, um Handels- und Lieferwege zu verkürzen. Diese sollten frühzeitig einbezogen werden.

Damit einhergehend können lokale Unternehmen zusätzlich in der Weiterentwicklung ihrer Geschäftsmodelle beraten werden. Durch die Veränderung von Lieferketten und Konsumverhalten ist auch der lokale Einzelhandel darauf angewiesen, sich E-Commerce-Lösungen zu öffnen. Dies könnte die Konsument*innen dazu anregen, verstärkt lokal einzukaufen. Darüber hinaus könnten sich für lokal Produzierende auch neue Absatzwege eröffnen.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur für ein Paketstationen-Netz bedarf einer professionellen technischen Planung. Daher sollte eine Dienstleistung für Produktion und Service einbezogen werden.

Bei der Einbindung lokaler Akteur*innen sollten die entsprechenden Unternehmensvertretungen aus Handel und Gewerbe mit einbezogen werden. Bürger*innen können anhand von Prototypen-Testung dazu beitragen, ein solches System bedarfsgerecht zu entwerfen.

Für die Beteiligung des lokalen Handels an der Entwicklung einer solchen Infrastruktur kann auf entsprechende Expertise aus der landesweiten Förderstruktur zurückgegriffen werden.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Bisher scheint kein vergleichbares Modellprojekt zu existieren, auf dessen Basis eine adequate Kosten-Nutzen-Abschätzung gemacht werden kann. Entsprechenden Dienstleister*innen sind zu recherchieren und Angebote beziehungsweise Kostenkalkulationen sind zu erfragen.

Die Konzeptentwicklung für ein Stationsnetz an mehreren Standorten sollte von einem externen Dienstleistungsunternehmen in Zusammenarbeit mit vorhandenen Verwaltungsstrukturen erfolgen. Hier sind die üblichen Verfahren zur Flächenbebauung zu beachten.

Um das Projekt nachhaltig und bedarfsgerecht zu gestalten, sollte eine wissenschaftliche Beratung herbeigezogen werden. Potentielle Nutzer*innen aus verschiedenen Altersgruppen sind einzubeziehen, insbesondere, um die Anforderungen an die Stationen im jeweiligen Dorfzentrum zu klären und um eine Nutzer*innen-orientierte Bedieneinheit zu entwickeln. Für die Entwicklung und Auswertung einer entsprechenden Erhebung sind notwendige Ausschreibungskosten zu kalkulieren.

5.1.8 ÖPNV online / Multi-Ride-App

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Aufgrund der vorhandenen Abstände im ländlichen Raum ist die Verfügbarkeit von Mobilitätsangeboten für bestimmte Gruppen von Bewohner*innen essentiell, um ihren Alltag zu bewältigen oder eine entsprechende Teilhabe an gesellschaftlichen Angeboten zu gewährleisten. Insbesondere ältere Bürger*innen, die keine entsprechende Fahrtauglichkeit mehr besitzen und Minderjährige sowie Menschen, die aufgrund besonderer Eigenschaften oder finanziellen Gründen auf den öffentlichen Nahverkehr angewiesen sind, benötigen ein verlässliches und unterstützendes Angebot an Personennahverkehr.

Grundlegend ist eine Infrastruktur, die die Gemeinde gut abdeckt und sich an Bedarfen orientiert (beispielsweise an Schulschluss, Anschlussverbindungen, etc.) Die Bereitstellung von Informationen ist ebenso wichtig. Eine Navigationsberechnung durch eine Multi-Ride-App kann beispielsweise die verschiedenen Mobilitätsvarianten einbeziehen und geht damit über eine reine Streckenberechnung hinaus. In eine App können neue Mobilitätsformen jederzeit einbezogen werden.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Für die Gemeinde Hohe Börde soll ein Mobilitätskonzept entwickelt werden. Neben der Erhebung und Auswertung vorhandener Mobilitätsangebote müssen die Bürger*innen einbezogen werden, um deren Bedarfe bei der Planung zu berücksichtigen.

Laut Ralf Hoppe, Stadt- und Regionalplaner aus Berlin, können folgende Elemente dazu beitragen, die Mobilitätsqualität im ländlichen Raum zu erhöhen¹⁰³:

- Mobilitätsvermeidung
- mobile Dienstleistungen
- Verknüpfung von Fahrrad / ÖPNV

- Ausbau der E-Bike-Infrastruktur
- Fahrrad-Verleih-Systeme
- Bürger*innenbusse
- Shuttle-Busse
- Carsharing
- Mitfahrssysteme

Bei der Entwicklung von nachhaltigen Mobilitätskonzepten sollte die Kombination mehrerer Lösungen angestrebt werden. Individuelle Lebensplanungen und erhöhte lokale und überregionale Angebote im Bereich Arbeit, Freizeit und Konsum lassen keine One-fits-all-Lösungen im Bereich der Mobilität zu.

Gemeinsam mit den Bürger*innen sollen neue Konzepte des **modal split** entwickelt werden. Dabei wird eine breite Auswahl an Fortbewegungsmitteln bedarfsorientiert zur Verfügung gestellt, um die Erreichbarkeit zu erhöhen und gleichzeitig für eine erhöhte Auslastung und Kosteneffizienz sorgen soll.

Um eine entsprechende Akzeptanz herzustellen und alle notwendigen Informationen jederzeit verfügbar zu halten, bedarf es einer App, die eine algorithmusgestützte Navigation mit optimaler Streckenberechnung anbietet.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Zu Beginn müssen die vorhandenen und potentiellen Zielgruppen in die Konzeptentwicklung einbezogen werden. Ein **Mobilitätsbeirat** kann dabei helfen, bedarfsorientierte Angebote zu entwickeln.

Im nächsten Schritt sollen vorhandene Angebote systematisch erfasst werden und mit geäußerten Bedarfen gegengeprüft werden, um Handlungsfelder für notwendige zusätzliche Mobilitätsangebote zu identifizieren. Hier sollten bedarfsorientierte Rufsysteme genauso berücksichtigt werden wie Fahrplan-geleitete Angebote.

Um Bedarfe nach Mobilität zu kommunizieren, benötigen Bürger*innen eine entsprechende Kommunikationsmöglichkeit. Eine Nahverkehrsapp für die gesamte Gemeinde wäre empfehlenswert. Darüber können nicht nur Informationen über vorhandene Angebote zeitrealistisch eingeholt werden (beispielsweise bei Verspätung), sondern auch Mobilitätsbedarfe angemeldet werden. Dies ermöglicht zum einen auf Basis von Algorithmen bessere Angebote für feste Fahrangebote zu schaffen. Zum anderen können darüber auch individuelle Ride-Sharing-Angebote (Mitfahrgelegenheiten) unterstützt werden.

Stehen verschiedene Mobilitätsangebote zur Verfügung, kann eine entsprechen-

¹⁰³ Siehe Hoppe, R. (2015), S. 20

de Multi-Ride-Software den für Nutzer*innen adäquatesten Weg berechnen. Vorhandene Systeme wie Moovel oder MeMobility sind auf ihre Eignung zu prüfen.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Für die Diversifizierung des Mobilitätsangebotes und damit die Erhöhung der persönlichen Mobilitätsoptionen kann die Einführung weiterer geteilter Infrastruktur hilfreich sein. Entsprechend der modal split Modelle sollen Mobilitätsbedarfe dabei nicht mehr als uniforme, eingliedrige Systeme verstanden werden, sondern als komplexe Systeme mit verschiedenen Variablen.

Carsharing-Angebote können Gelegenheitsnutzer*innen ein Auto zur Verfügung stellen, auf welches die ganze Gemeinde Zugriff hat. Ausgebaute Fahrradwege schaffen Individualmobilität auf Verbindungsstrecken und kurzen Wegen. Entsprechende sichere Abstellplätze für Fahrräder und Fahrradanhänger an vorhandenen Bussen dienen dazu, verschiedene Mobilitätskonzepte zu verbinden. Auch im Bereich Elektromobilität können Modellprojekte mit Tauschstationen für Akkus dazu dienen, dass sich die Technik weiterentwickelt und akzeptiert wird.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Essentiell ist die Beteiligung der potentiellen Zielgruppe. Die Schaffung eines Mobilitätsbeirates für die Gemeinde ist daher ein sinnvoller Schritt. Dort sollten neben Bürger*innen Mobilitätsanbieter eingebunden werden. Lokale Unternehmen sollen mit einbezogen werden, um beispielsweise die bessere Erreichbarkeit von Ausbildungs- und Arbeitsstätten zu ermöglichen.

Andere Verkehrsverbände in Deutschland sammeln bereits Erfahrungen mit alternativen Mobilitätsmodellen. Da die Projekte sehr unterschiedlich sind und auch ein zukünftiges Konzept für die Gemeinde Hohe Börde bedarfsorientiert gestaltet werden muss, ist es hier sinnvoll, mit verschiedenen Erfahrungsträger*innen Kontakt aufzunehmen.

Vorhandene Expertiseorganisationen wie der Regionaler Verkehrsverbund Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt NASA oder die Regionalunternehmen der Deutschen Bahn sollten einbezogen werden. Für zusätzliche Mobilitätsangebote wie Car- oder Bike-Sharing gibt es in Ballungsräumen bereits vorhandene Erfahrungen. Ein Erfahrungsaustausch mit den entsprechenden Dienstleistungsunternehmen und den Stadtverwaltungen der entsprechenden Städten kann aufschlussreich sein.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Mobilitäts- und Verkehrsplanung ist für Zwischenstädte wie die Hohe Börde eine besondere Herausforderung.¹⁰⁴ Durch eine hohe Anzahl von Berufspend-

ler*innen und den zu überwindenden Distanzen entstehen hohe Zeitaufwendungen und damit hohe direkte und indirekte Mobilitätskosten. Diese zu reduzieren, kann sowohl für die Verwaltung aber auch die Bürger*innen positive Effekte haben. Daher müssen bei der Kalkulation neben entstehenden Kosten auch immer die Reduzierung von Aufwänden einbezogen werden.

Bei der Gestaltung von Mobilitätsangeboten wie ÖPNV, welche zu den kommunalen Aufgabengebieten gehört, sollen partizipative Modelle zur Beteiligung von Bürger*innen standardmäßig implementiert sein. Über quantitative Bedarfsabfragen hinaus können Workshops dabei helfen, neue Modelle der Mobilität bedarfsgerecht zu gestalten. Dafür kann es notwendig sein, die vorhandenen Verwaltungszuständigkeiten um 0,5 – 1 VBE zu erhöhen.

Zusätzliche Mobilitätsangebote können ebenfalls kommunal geregelt werden, so dass die Administration bspw. von Carsharing-Angeboten ebenfalls über die Verwaltung abgedeckt wird. Abhängig von der Nachfrage kann es notwendig sein, zusätzliche Angebote gegenzufinanzieren. Besonders im Bereich der Elektromobilität ergeben sich dafür derzeit attraktive Förderprogramme. Deren Akquise und Bearbeitung bedarf einem erhöhten Personaleinsatz. Entsprechende Investitionen in die lokale Infrastruktur sind nachgeordnet und können, je nach Projektcharakter, unterschiedlich ausfallen.

5.1.9 Kommunikationsplattform

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung beziehungsweise eines Ausbaus der Webseite der Gemeinde Hohe Börde wurde im Rahmen der Interviews und des World Cafés an verschiedenen Punkten festgemacht.

Barrierearmut: Die Struktur und Gestaltung der Seite wurde zum Teil als zu komplex, beziehungsweise wenig zugänglich eingeschätzt (Vgl. 3.2.6). Konkret wurde eine verbesserte Darstellung der Seite für mobile Endgeräten und ein "einfacherer" Aufbau für ältere Menschen genannt.

Funktionen: Die Webseite bietet viele Informationen und Materialien. Konkrete Aufgaben lassen sich aber nicht über die Seite erledigen. Soll beispielsweise ein Antrag zur Aufnahme und Betreuung eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung gestellt werden, steht zwar ein Antragsdokument zum Download bereit, das zur weiteren Bearbeitung allerdings heruntergeladen, ausgedruckt und dann wieder bei der Verwaltung eingereicht werden muss. Vergleichbare Bedarfe wurden bei der Buchung von Veranstaltungsorten wie den Dorfgemeinschaftshäusern beschrieben. Generell sind viele Abläufe für die Nutzer*innen oft mit einem zusätzlichem Aufwand verbunden.

¹⁰⁴ Vgl. Gemeinde Hohe Börde (2014)

Bürger*innen-Portal – Verwaltung kommt zu mir: Ergänzend zum Unterpunkt „Funktionen“ lässt sich feststellen, dass Bürger*innen aktuell nicht mit der Seite „arbeiten“ können. Zwar werden zahlreiche Informationen zur Verfügung gestellt, die Interaktionsmöglichkeiten beschränken sich aber in der Regel auf das Aufrufen der jeweiligen Information. Eine Kommunikation mit der Verwaltung oder von Bürger*innen untereinander sowie das bereits beschriebene Erledigen von Verwaltungsaufgaben wird aktuell nicht ermöglicht. Für Bürger*innen-Portale wurden in der Veröffentlichung „#Landleben – Unsere Zukunft im digitalen Dorf.“¹⁰⁵ folgende Voraussetzungen benannt:

- “Das Portal muss einfach und barrierefrei zugänglich sein.
- Kommunen und Land müssen möglichst alle Informationen transparent bereitstellen.
- Das Portal muss mobil und sicher nutzbar sein, denn Vertrauen ist die Basis für dieses Miteinander.
- Es muss auch möglich sein, alle Fragen dieser Welt rund um die Nutzung stellen zu dürfen.”¹⁰⁶

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Die Erweiterung und Überarbeitung der Webseite soll die Usability (Gebrauchstauglichkeit und Benutzerfreundlichkeit) verbessern. Die Erweiterung der Funktionen befähigt Bürger*innen zukünftig bestimmte Verwaltungsvorgänge direkt über die Seite zu erledigen. Der Weg zum Amt wird zum Teil nicht mehr nötig sein, wodurch eine Mobilitätsvermeidung gefördert wird. Durch die Einführung von Online-Konten für Bürger*innen stehen Verwaltung und Bürger*innen in direktem Kontakt.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Durch einen Usability-Test werden Erkenntnisse über Probleme der Nutzer*innen in der Interaktion mit der bisherigen Webseite gewonnen. Auf Basis einer weiterführenden Anforderungsanalyse und User Research wird ein Lastenheft erstellt. Im Lastenheft wird unter anderem definiert, welche Funktionen und Technologien für einen Relaunch beziehungsweise eine Erweiterung der Seite eingesetzt werden sollten. Für diesen Arbeitsschritt wird eine externe Dienstleistung aus dem Bereich Usability und UX-Design engagiert.

Falls ein Vergabeverfahren für die Realisierung des Relaunches der Webseite erfolgen muss, können die Anforderungen auf Basis des Lastenheftes formuliert werden. Nach Abschluss des Vergabeverfahrens oder der direkten Beauftra-

¹⁰⁵ Oldenstein, C. (2017)

¹⁰⁶ Siehe ebd., S. 21

gung eines geeigneten Dienstleistungsunternehmens wird ein Workshop zum Start der Projektumsetzung durchgeführt. Am Workshop beteiligen sich die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde und Projektmitarbeitende des Dienstleistungsunternehmens. Der Personenkreis kann optional durch weitere für das Projekt relevante Menschen erweitert werden. Im Rahmen des Workshops wird der Anforderungskatalog abgestimmt und ein Zeitplan für die Projektumsetzung festgelegt.

In der Konzeptionsphase erarbeitet das Dienstleistungsunternehmen (und ggf. Subunternehmer*innen) Konzepte für die technische Umsetzung und inhaltliche Strukturierung der Webseite. In dieser Phase wird weiterhin über einen nutzerzentrierten Produktentwicklungsprozess ein Designkonzept entwickelt. Dabei wird ein iteratives UX-Design-Verfahren angestrebt, bei dem Ergebnisse weiterer Usability-Tests (an Prototypen) direkt in die Designentwicklung einfließen. Die Konzepte werden nach Freigabe durch die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde entsprechend dem Zeitplan umgesetzt. Das neue Portal wird nach einer finalen Testphase in den Live-Betrieb überführt.

Für die Umsetzung des Projekts wird ein Zeitraum von circa fünf bis sieben Monaten angenommen.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Eine erfolgreiche Nutzer*innenbindung ist abhängig von der Zufriedenheit der Nutzer*innen mit dem Produkt. Regelmäßige Usability-Tests, die Auswertung der Webseitendaten oder direkte Feedback-Methoden wie Umfragen können helfen, die Zufriedenheit langfristig zu garantieren. Über Befragungen können auch neue Bedarfe identifiziert werden.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Für die Konzeption und Umsetzung werden Dienstleistungen aus dem Bereich Usability und UX-Design empfohlen. Das nutzer*innenzentrierte Vorgehen im UX-Design stellt sicher, dass sich die entwickelte Lösung an den Bedarfen der Bürger*innen orientiert. Weiterhin können in den Prozess weitere Expert*innen im Bereich SEO und Content Strategy hinzugezogen werden. Weitere Dienstleistungen könnten beispielsweise als Subunternehmen des Auftragnehmers einbezogen werden. Bei der Realisierung der Online-Konten für Bürger*innen müssen weiterhin Nutzungsbedingungen unter anwaltlicher Prüfung erstellt werden.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Die finalen Kosten sind abhängig von Anzahl, Art und Umfang der Funktionserweiterungen. Beispielsweise müssen für die Realisierung von Online-Konten für Bürger*innen die technischen Voraussetzungen für eine datenschutzkonforme Absicherung der Nutzer*innendaten geschaffen werden. Ein funktionaler Aus-

bau der Webseite bis hin zum Bürger*innenportal kann optional in mehrere Teilschritte untergliedert werden. Die Kosten für den kompletten Umbau der Webseite hin zum Bürger*innenportal (inkl. aller Features) werden nach aktuellem Kenntnisstand auf circa. 60.000 € geschätzt. Weiterhin müssen laufende Kosten für den kontinuierlichen Betrieb des Portals (Serverkosten, Lizenzkosten für Sicherheitszertifikate), das Einpflegen notwendiger Systemupdates und den technischen Support beachtet werden.

5.1.10 Social Media Kommunikation

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Die Social Media Kommunikation wurde in verschiedenen Bedarfsfällen als Lösungsansatz oder ergänzende Maßnahme genannt. Im Bereich Veranstaltungsankündigungen werden die aktuellen Medien (Druckerzeugnisse, Veranstaltungskalender der Webseite der Gemeinde Hohe Börde) zum Teil als defizitär beschrieben. So kann zum Beispiel in der Regel nicht kommuniziert werden, wenn es kurzfristige Änderungen bei Veranstaltungen gibt (Terminverschiebung, Ausfall der Veranstaltung). Bürger*innen erfahren dann meist erst vor Ort davon. Weiterhin wurde im Rahmen der Erhebung mehrfach der Wunsch nach direkten Kommunikationskanälen zur Verwaltung geäußert, die den eigenen Nutzungsgewohnheiten entsprechen. Einige Informationen erreichen Bürger*innen nicht oder zum Teil verspätet, weil viele Bürger*innen nicht regelmäßig die Webseite der Gemeinde besuchen oder entsprechende Schreiben postalisch übermittelt werden.

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Der Aufbau und die kontinuierliche Betreuung ausgewählter Social Media Kanäle verkürzt die Kommunikationswege zwischen Verwaltung und Bürger*innen sowie zwischen den Bürger*innen untereinander. Die Informationen erreichen Bürger*innen in den Netzwerken, in denen sie sich bewegen. Die Kommunikationswege sind direkt – Anfragen oder auch Schadensmeldungen können direkt beantwortet werden. Hier können zum Teil auch andere Bürger*innen Feedback geben und Fragen beantworten.

Die Social Media Kommunikation kann die Identifikation und Bindung der Bürger*innen mit der Region verbessern. Sie eignet sich auch als Marketing- bzw. Kommunikationsinstrument über die Grenzen der Gemeinde hinaus, um beispielsweise touristische Ziele vorzustellen oder die Hohe Börde als lebenswerten Standort zu zeigen, um den Zuzug zu fördern.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

Die Kommunikation über die Social Media Kanäle sollte an die Verwaltung angegliedert sein. Hier ist zu klären, welche Ressourcen für eine Betreuung zur Verfügung stehen oder gestellt werden können.

Für die Auswahl der Social Media Kanäle werden externe Dienstleistungen für den Bereich Social Media und Online-Kommunikation hinzugezogen. Auf Basis der verfügbaren Ressourcen kann gemeinsam festgelegt werden, welche Kanäle mit welcher Intensität betreut werden können. Ziel ist es nicht, überall präsent zu sein, sondern dort, wo man die Bürger*innen am besten erreicht und die Betreuung kontinuierlich gewährleisten kann.

Für die ausgewählten Netzwerke erarbeitet das Dienstleistungsunternehmen Betreuungskonzepte, die sich an den Themen der Verwaltung, den Interessen der Bürger*innen und den verfügbaren Ressourcen orientieren. Die Konzepte werden mit der Verwaltung abgestimmt und die betreuenden Mitarbeiter*innen anschließend für die Betreuung geschult (zum Beispiel für die Arbeit mit Redaktionsplänen, Pflege eines Stehsatzes, Besonderheiten des jeweiligen Netzwerks).

Das Aufsetzen der Präsenzen in den Sozialen Netzwerken (zum Beispiel Facebook-Fanpage, Twitter-Account) kann durch das Dienstleistungsunternehmen oder durch die Mitarbeiter*innen erfolgen. Neben den grundlegenden Informationen zur Gemeinde müssen die notwendigen Profilgrafiken erstellt und eingepflegt werden. Eine einheitliche Bildsprache garantiert einen konsistenten Auftritt der Gemeinde in den sozialen Netzwerken.

Sind die Accounts eingerichtet, kann die Social Media Kommunikation gestartet werden. Zum Beginn werden begleitende Maßnahmen ergriffen, um die Accounts in der Zielgruppe bekannt zu machen. Neben der Vorstellung über bereits vorhandene Medien (owned media) wie der Webseite der Gemeinde können zusätzliche Werbemaßnahmen (payed media) in den Netzwerken die Reichweite und Bekanntheit des jeweiligen Kanals steigern.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Für eine kontinuierliche Betreuung der Kanäle müssen die notwendigen personellen Ressourcen innerhalb der Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde eingeplant werden. Regelmäßige Schulungen beziehungsweise Weiterbildungen für die betreuenden Mitarbeiter*innen garantieren, dass die Betreuung auf einem hohen Niveau erfolgt.

Wer sollte bei der Projektumsetzung mit beteiligt werden?

Bei der Initiierung des Projekts wird empfohlen, externe Dienstleistungen für den Bereich Social Media und Online-Kommunikation hinzuzuziehen. Das Dienstleistungsunternehmen kann konkrete Aufgaben bei der Umsetzung des Projektvorhabens übernehmen oder als beratende Instanz eingesetzt werden.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Social Media Redaktion: 0,5 – 1 VBE, Sachkosten (Büromaterial), technische Ausstattung (Smartphone, PC / Laptop)

Weitere Kosten ergeben sich durch Umfang und Art der externen Dienstleistungen. Wenn externe Expert*innen zur Beratung hinzugezogen werden sollen, können für eine Kostenschätzung beispielsweise die Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) oder der Stundensatzkalkulator des Berufsverbands der Kommunikationsdesigner (BDG) als Grundlage dienen. Einige Förderprogramme haben eigene Vergütungsregelungen, die bei der Antragstellung dementsprechend beachtet werden müssen.

5.1.11 Weiterbildungs- und Beratungsstruktur

Welcher Bedarf bzw. welches Problem soll mit der Projektidee gelöst werden?

Bedarfe an weiterbildenden Maßnahmen, Beratungs- und Qualifizierungsangeboten im Bereich Digitalisierung wurden sowohl im Rahmen der Interviews als auch beim World Café mehrfach angemeldet. Dabei wurden mehrere Themengebiete angesprochen – von grundlegenden Fragen im persönlichen Umgang (Nutzungsrechte, Umgang mit neuen Medien allgemein) bis hin zu fachspezifischen Themen für bestimmte Arbeits- und Handlungsfelder (Vereinsarbeit, Datenschutz, Online-Kommunikation).

Welches konkrete Ergebnis wird mit dem Vorhaben angestrebt?

Im Rahmen der Projektumsetzung werden bedarfsorientierte und zielgruppenspezifische Beratungs- und Weiterbildungsangebote organisiert. Die konkreten Inhalte und Ziele der einzelnen Maßnahmen unterscheiden sich je nach Bedarf und Zielgruppe. Der Wissenstransfer betrifft unter anderem folgende Bereiche:

- Datenschutz – Schutz persönlicher Daten, Datenverarbeitung, Datensicherheit
- neue Medien / Social Media – Überblick, Einführung, vertiefende Inhalte, professionelle Nutzung in verschiedenen Handlungsfeldern (Unternehmen, Verwaltung, Vereine), Nutzungsrechte und gesetzliche Regelungen
- E-Government – Einführung, Schulung / Weiterbildung in Anwendungsfällen

Die Bedarfe bilden eine Momentaufnahme. Vor dem Hintergrund einer fortschreitenden Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt, neuer technischer

Entwicklungen und sich ändernder Gesetzeslagen sollten regelmäßig Erhebungen zu weiteren Weiterbildungs-, Beratungs- und Qualifizierungsangeboten durchgeführt werden.

Grundlegend zielen die Maßnahmen auf die individuelle Befähigung, Selbstverwirklichung und Qualifizierung, die berufliche Weiterbildung, die Qualifizierung und Bindung von Fach- und Führungskräften sowie die intergenerative Befähigung von Hilfe zur Selbsthilfe in Teilbereichen des digitalen Wandels.

Welche Vorgehensweise, Arbeitsschritte und Methoden sollten angewandt bzw. durchgeführt werden?

In einem ersten Schritt werden lokale Akteure und Expert*innen in Bezug auf die Themengebiete durch die Verwaltung der Gemeinde Hohe Börde identifiziert und der Kontakt zu ihnen aufgebaut. Auf dieser Basis wird ein Berater*innen-Netzwerk etabliert, auf das die Verwaltung in konkreten Bedarfsfällen zugreifen kann. Das Berater*innen-Netzwerk erfüllt dabei zwei Funktionen: Zum einen bietet es einen Referent*innen-Pool, zum anderen kann es beratend in Bezug auf externe Referent*innen (inkl. Vermittlung) und den Aufbau der jeweiligen Angebote einbezogen werden.

Anhand der bisher artikulierten Bedarfe entwerfen Verwaltung und Berater*innen-Netzwerk einen Angebotskatalog. Für die Durchführung von Veranstaltungen werden lokale Einrichtungen wie Dorfgemeinschaftshäuser, Räume der Verwaltung, Bibliotheken und Volkshochschulen genutzt.

Die Verwaltung sammelt weiterhin über eine Form von digitalem Schwarzen Brett konkrete Hilfs- und Unterstützungsangeboten von Bürger*innen für Bürger*innen. Hier steht vor allem die niedrigschwellige Hilfe im Fall von zum Beispiel technischen Fragen im Vordergrund – beispielsweise beim Einrichten von Soft- und Hardware.

Wie könnte man die Projektidee verstetigen? Was braucht es hierfür?

Der Aufbau eines Berater*innen-Netzwerk und eines digitalen Schwarzen Bretts verschafft der Gemeinde Hohe Börde eine feste Ressource, um auf Bedarfe und Fragen des digitalen Wandels reagieren zu können. Eine regelmäßige Evaluation vorhandener Bedarfe und eine Analyse verschiedener Best-Practice-Projekte und -Produkte (in Kooperation mit dem Berater*innen-Netzwerk) garantiert nachhaltig eine hohe Qualität der Angebote.

Wer sollte bei der Projektumsetzung beteiligt werden?

Für das Berater*innen-Netzwerk sollten Akteur*innen aus unterschiedlichen Bereichen akquiriert werden. Neben Dienstleistungsunternehmen (Unternehmen, Agenturen und Freiberufler*innen) aus dem IT-Sektor müssten die HWK und IHK, lokale Bildungsorganisationen, die Landeszentrale für politische Bil-

dung Sachsen-Anhalt und die Freiwilligenagenturen des Landes einbezogen werden. Weitere Berater*innen können über die Hochschulen des Landes akquiriert werden.

Mit welchen Kosten ist bei der Projektumsetzung zu rechnen?

Für eine Kostenschätzung können – wie unter 5.1.10 beschrieben – beispielsweise die Verordnung über die Honorare für Architekten- und Ingenieurleistungen (HOAI) oder der Stundensatzkalkulator des Berufsverbands der Kommunikationsdesigner (BDG) herangezogen werden. Wenn Förderprogramme eigene Vergütungsregelungen für Referent*innen und Dozent*innen aufweisen, bilden diese die Berechnungsgrundlage. Für die betriebliche Weiterbildung und individuelle Qualifizierung bieten Strukturen wie die Investitionsbank Sachsen-Anhalt unterschiedliche Programme an, die zur Finanzierung oder Teilfinanzierung genutzt werden können.

5.2 Weiterführende Projektvorschläge

Die entwickelten Kurzkonzepte für ermittelte Projektumsetzungen bilden Handlungsempfehlungen für die Gemeinde Hohe Börde basierend auf den Bedürfnissen und Ideen der Bürger*innen. Darüber hinaus ist es hilfreich, weitere Konzepte für die Entwicklung des digitalen Miteinanders in der Gemeinde zu überprüfen. Bereits stattfindende Prozesse und Diskurse sollten für eine erfolgreiche Projektplanung mit einbezogen werden. Dafür bietet das folgende Kapitel relevante Anhaltspunkte.

5.2.1 Co-Working und kommunale Lernorte

Besonders in Großstädten, aufgrund höherer Mietkosten und entsprechendem Platzmangel, entwickeln sich seit vielen Jahren neue Konzepte des Co-Working. Dabei werden Funktionsräume, wie beispielsweise Büroflächen, nicht mehr von einer Firma vollständig genutzt, sondern einzelne Arbeitsplätze temporär oder langfristig vermietet. Da der ländliche Raum mit vergleichsweise kostengünstiger Fläche für Wohnen und Arbeiten aufwarten kann, können Weiterentwicklungen im Bereich der **Shared Spaces** auch für kleinere, ländliche Strukturen ein spannendes Potential bieten.

Durch die Digitalisierung können heutzutage deutlich mehr Prozesse und Arbeitsschritte ferngesteuert werden. Auch lässt sich dank virtueller Räume die Zusammenarbeit effizient gestalten. Berater Lobeck ist aber überzeugt, dass darüber hinaus immer noch "neue oder neu verstandene physische Räume für die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure eine wichtige Rolle spielen".¹⁰⁷

Insbesondere im Zeitraum bis zum technologischen Lückenschluss bei der Bereitstellung von leistungsfähigen, privaten Internetanschlüssen kann ein entsprechend ausgestatteter Raum die Arbeitsbedingungen in der Gemeinde verbessern. Selbstständige können in einem Co-Working-Space zu moderaten finanziellen Bedingungen mit hoher Internetgeschwindigkeit arbeiten. Pendler*innen könnten einige Tage pro Woche von einem Arbeitsplatz aus arbeiten, der weniger Ablenkungen als der private Haushalt bietet und wo sie nicht allein sind. Darüber hinaus verringern sich die Pendelwege, und die aktive Lebenszeit in der Gemeinde steigt. So beziehen Gemeinde und Städten im Umkreis von Berlin bereits Berufspendler*innen in ihre Stadtplanung mit ein, die dank guter Verkehrsanbindung zwar innerhalb von 1 – 2 Stunden in der Bundeshauptstadt sein können, daneben aber meist im ländlichen Raum die hohe Lebensqualität und die geringeren Lebenshaltungskosten genießen.

Neben dem entsprechenden Internetanschluss braucht es selten mehr als Tisch und Stuhl. Einen tragbaren Computer müssen die Nutzer des Angebots mitbringen. In Berlin haben sich Co-Working-Konzepte im Gastrobereich entwickelt, so dass neben einem Café-Betrieb in abgetrennter Atmosphäre gemütlich gearbeitet werden kann.

Wie bei vielen Digitalisierungsstrategien reicht das einfache Zurverfügungstellen von Material und Ressourcen aber meist nicht aus, um solch eine Shared Space Infrastruktur zu entwickeln. Es bedarf zuallererst eines aktiven, lokalen Netzwerks – nicht nur von potentiellen Nutzer*innen. Weiteren Akteur*innen können solch einen geteilten Raum über das reine Arbeiten hinaus konzeptionell und inhaltlich ausgestalten.¹⁰⁸

Auch für den Einzelhandel könnte die Idee von Shared Spaces reizvoll sein. Wenn der Umsatz und die Personaldecke nicht ausreichend sind, ein Ladengeschäft zu kund*innenfreundlichen Zeiten offen zu halten, kann die Kooperation mit anderen Einzelhändler*innen dabei helfen, die eigenen Produkte dennoch verkaufen zu können. "Gerade in kleinen Zentren im ländlichen Raum wäre es jedoch in heute wenig genutzten Gebäuden oder auf dem Gelände von Unternehmen häufig möglich, neue Angebote zu schaffen, die auch schon mit einer relativ geringen Start-Nachfrage tragfähig wären."¹⁰⁹

Für das gesellschaftliche Miteinander können solche Shared Spaces auch als Lückenfüller dienen. In **Smart Labs** können Werkzeug und Gerätschaften geteilt genutzt werden, um beispielsweise einen Anlaufpunkt für die Reparatur von Haushaltsgeräten zu bieten oder Schüler*innen Orientierungshilfe im technischen Bereich zu geben. Generell kann die Anbindung von Co-Working-Konzepten im räumlichen Umfeld von Schulen oder Kindertagesstätten dazu beitragen, die

107 Siehe Lobeck, M. (2017), S. 16

108 Vgl. ebd.

109 Siehe Lobeck, M. (2017), S. 12

Work-Life-Balance der Bevölkerung zu erhöhen. Diese Shared Spaces können gleichzeitig auch zu Orten des gemeinsamen Lernens genutzt werden.

Die Evolution von Shared Spaces im Kontext von Institutionen der Erwachsenenbildung nimmt ebenfalls zu. "Überall auf der Welt würden Bibliotheken in Coworking-Spaces umgewandelt, betont Tobias Schwarz, Coworking Manager im Coworking-Space St. Oberholz in Berlin. Die Ausleihe von Medien trete in den Hintergrund, die Verfügbarkeit eines Ortes zur kollaborativen Arbeit mit Informationen in den Vordergrund."¹¹⁰ Schwarz, der u.a. auch die Stadt Stendal bei der Entwicklung eines Co-Working-Konzeptes an der Bahnpendelstrecke nach Berlin beraten hat, sieht die traditionellen Bibliotheken und Volkshochschulen, die viele Gemeinden vorhalten, als idealen Ort für **neue Lern- und Arbeitsmodelle**. Gerade Bibliotheken waren schon immer Orte der **Medienbildung**, so dass ein Wachstum in digitalen Bereichen mehr als sinnvoll erscheint. Volkshochschulen können bei Lern- und Aneignungsprozessen dabei unterstützen, entsprechende Bildungsangebote zu entwickeln und diese gegebenenfalls mit weiteren analogen oder digitalen Bildungsinhalten ergänzen.

Shared Spaces können also dazu beitragen, Leben und Arbeiten im ländlichen Raum besser in Einklang zu bringen. Gleichzeitig ermöglichen sie, flexible Lernstrukturen zu schaffen, die von der Bevölkerung bedarfsgerecht entwickelt werden können. Hier können Ressourcen gebündelt werden. Kommunen können solche Räume selbst entwickeln oder zumindest in der Anfangszeit finanziell unterstützen. Indem sie Räume zur Verfügung stellen und Zugang zu regionalen und lokalen Netzwerken schaffen, können sie ebenfalls einen Beitrag leisten.

5.2.2 Rahmenbedingungen für eGovernment

Bereits 2013 hat der Bundestag das E-Government-Gesetz verabschiedet, durch welches Standards bei der Entwicklung von E-Government-Konzepten in Deutschland entwickelt werden sollen. Ein Kernpunkt ist dabei die elektronische Aktenführung und die Optimierung von Verwaltungsabläufen.¹¹¹ Die Gemeinde Hohe Börde hat bereits enorme Schritte auf dem Weg hin zu einer elektronischen Verwaltung getätigt.

Derzeit finden im Bereich der E-Government-Gesetzgebung vielerlei Projekte statt, die maßgeblichen Einfluss auf die kommunale Verwaltungsarbeit haben – gerade im Hinblick auf bedarfsorientierte Angebote für Bürger*innen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und der per IT-Staatsvertrag gegründete IT-Planungsrat entwickeln gemeinsam mit den Bundesländern verschiedene Steuerungs- und Koordinierungsprojekte, um Verwaltungspro-

zesse zu vereinheitlichen.¹¹² Exemplarisch sind hier das DVDV 2.0-Vorhaben zu nennen, mit welchem eine technologische Weiterentwicklung vorhandener Software- und Schnittstellenlösungen konzipiert werden, sowie die flächendeckende Verbreitung von Servicekonten.

Auch das Land Sachsen-Anhalt hat in der vorgelegten Digitalen Agenda die öffentliche Verwaltung in den Blick genommen. Zentraler Bestandteil ist die Weiterentwicklung der IKT-Strategie Sachsen-Anhalt digital 2020. Deren Entwicklung orientiert sich maßgeblich an Absprachen und Entwicklungen auf Bundesebene, weshalb hier mit weiteren Synergien zu rechnen ist. Auf Landesebene koordiniert bereits der Landesbeauftragte für Informations- und Kommunikationstechnologie die Digitalisierung der Landesverwaltung. Um auch einen entsprechenden Wissenstransfer zu den Kommunen sicherzustellen, soll auf Landesebene ebenfalls ein IT-Kooperationsrat eingerichtet werden. Entsprechende Pilotverfahren zur Digitalisierung der Verwaltung sind in Planung.¹¹³

Im Hinblick auf mögliche Entwicklungen von IT-Lösungen in der Gemeinde Hohe Börde ist es empfehlenswert, Ausschreibungen und dazugehörige Leistungsverzeichnisse an die vorhandenen Diskurse auszurichten. Zwar gibt es derzeit noch diverse Regulierungslücken zwischen Bund, Land und Kommunen, doch der Trend zur Entwicklung modularer, interoperabler Systeme wird ersichtlich. Insbesondere Portal-Lösungen sollten daher mit offenen, dem aktuellen Standard entsprechenden Schnittstellen ausgestattet sein. Auch ist es ratsam, lokale Verwaltungseinheiten mit den nötigen Ressourcen auszustatten, um zukünftige Entwicklungen und Diskurse entsprechend zu beobachten.

5.2.3 Open Data

Im Rahmen einer nachhaltigen E-Government-Strategie spielt auch das Thema Open Data eine zentrale Rolle. Die von Verwaltungsbehörden auf verschiedenen Ebenen erzeugten Daten werden dabei in einem offenen Format und in offenen Systemen zur Verfügung gestellt. Neben Statistiken und Umweltdaten kann dies auf fast alle Datenquellen angewendet werden.

Das Land Sachsen-Anhalt hat sich vorgenommen: "Das Land unterstützt die Bestrebungen von Kommunen zur Öffnung hin zu einer Open-Data-Community."¹¹⁴ Auf Bundesebene wurde das Portal GovData entwickelt, welches nicht nur vorhandenes Datenmaterial bündelt, sondern ebenfalls Konzeptionen für entsprechende Schnittstellen und Datenstrukturen entwickelt.

¹¹⁰ Siehe Lobeck, M. (2017), S. 17

¹¹¹ Wikipedia (Hg.) (2018): E-Government-Gesetz (Deutschland)

¹¹² Vgl. IT-Planungsrat (2017): Aktionsplan des IT-Planungsrats für das Jahr 2018

¹¹³ Vgl. Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2017)

¹¹⁴ Siehe Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2017), S. 46

Die Potentiale von Open Data sind schier unerschöpflich. Prämisse sollte daher die absolute Transparenz sein, mit der Bürger*innen aber auch Unternehmen auf diese Daten zugreifen können. Gerade in bedarfsorientierten Partizipationskonzepten können Externe anhand von vorhandenem Datenmaterial zusätzliche Modelle oder Dienstleistungen generieren, für die die einzelnen Verwaltungsbehörden nicht die Kapazitäten oder Anwendungsfälle haben. Insbesondere bei der Entwicklung einer neuen Software- und Portallösung sollten die Funktionalitäten von Open Data im Vordergrund stehen, um eine nachhaltige Nutzung von vorhandenen Daten zu ermöglichen – und damit das Innovationspotential für die Gemeinde zu verbessern.

Weltweit entwickeln Mitglieder der Open-Data-Community verschiedene Modelle und Software, die teilweise große, teilweise kleine Herausforderungen im Alltag von Verwaltung und Bürger*innen bewältigen können. In Deutschland ist die non-kommerzielle Community Code for Germany¹¹⁵ ein wichtiger Anlaufpunkt für Interessierte. Aber auch kleine kommerzielle Projekte wie *stadt.land.netz*¹¹⁶ bieten zunehmend verwendbare Softwarelösungen an. Als Anlaufstelle für Kommunen hat die Stadt Bonn im Rahmen des Open Government Pakts NRW eine Zusammenstellung mit wichtigen Informationen und nützlichen Links zusammengestellt, die bei der Orientierung helfen kann.¹¹⁷

Unter der Prämisse, dass Digitalisierung nicht als einmaliger Prozess, sondern als dynamische und flexible Entwicklung verstanden werden muss, ist Kooperation und Kollaboration ein wichtiger Bestandteil zukünftigen kommunalen Handelns. Die unter **5.2.1. Co-Working und kommunale Lernorte** angedeuteten Konzepte können dabei helfen, in der Gemeinde vor Ort ein digitale Teilhabe und ein aktives Miteinander zu kreieren, aus dem heraus sich eine gewisse Experimentierfreudigkeit und Neugier bei den Bürger*innen einstellen kann.

Die Entwicklung eines digitalen Miteinanders hängt von der Partizipation der Bürger*innen ab. Genauso wichtig ist es, dass die Kommune auf dem aktuellen Stand ist und sich in entsprechende Fachdiskurse auf Ebene der Länder und des Bundes einbringt. Die exemplarisch geführte Analyse der Rahmenbedingungen für eGovernment zeigt, dass derzeit wichtige Weichen für die Zukunft eines digitalen Miteinanders in Deutschland gestellt werden. Der aufgeführte Aspekt der offenen Datennutzung ist dabei nur ein Teilaspekt, zeigt aber exemplarisch, welches Entwicklungspotential sich für Kommunen entwickeln kann, wenn bei entscheidenden Konzeptionen und Projektentwicklungen schon heute an morgen gedacht wird.



115 Vgl: Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. (2018)

116 Siehe <https://www.stadtlandnetz.de/>

117 Siehe <https://opendata.bonn.de/blog/hilfestellungen-fuer-kommunen>

6 FAZIT

Ziel der Studie war es, das Meinungsbild der in der Gemeinde Hohe Börde lebenden Bevölkerung zum Thema Digitalisierung zu erfassen. Bedarfe zu digitalen Angeboten sollten erhoben werden, damit die Gemeinde zukünftig bürgernahe Entscheidungen im Themenfeld "Digitalisierung des ländlichen Raumes" treffen kann. Der Leitgedanke für das methodische Vorgehen war, dass die dort lebenden Menschen Expert*innen ihres Lebensraumes sind. Daher können sie am besten beschreiben, welche Maßnahmen für eine Implementierung von digitalen Prozessen notwendig sind und auf welche Ressourcen und Ausgangslagen dabei zurückgegriffen werden kann.

Um einen inhaltlichen Rahmen für die nachfolgenden Erhebungen abzustecken zu können, wurden zunächst mittels Dokumentenanalyse die Bedingungen vor Ort erfasst. Hier wurden die Herausforderungen des ländlichen Raumes zusammengetragen. Im Fokus steht dabei das Thema Mobilität, von dem ältere und jüngere Menschen besonders betroffen sind: Die einen sind nicht mehr, die anderen noch nicht vollständig mobil.

Unter besonderer Berücksichtigung dieser beiden Bedürfniswelten müssen Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft die notwendigen Grundlagen für eine Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft schaffen. Die Gemeinde der Hohen Börde arbeitet konstant daran, aktuelle Transformationen proaktiv zu gestalten. Entsprechende Entwicklungsstrategien wurden entworfen. Auch das Land Sachsen-Anhalt hat im Bereich der Digitalisierung Handlungsnotwendigkeit erkannt und entsprechende Handlungsziele formuliert.

Mit den Möglichkeiten der Digitalisierung wird die Lebensqualität im ländlichen Raum gesteigert. Allgemeine Bedürfnisse der Umsetzung lassen sich unabhängig von der Region definieren. Sie bilden aber weder die jeweilige Dringlichkeit noch individuelle Anforderungen der Implementierung der Maßnahme ab. Jede Region muss daher mit ihren eigenen Bedarfen betrachtet werden. Die Analyse, Bewertung und Priorisierung jener Maßnahmen, die die Lebensqualität der Region verbessern soll, kann nicht ohne die dort lebenden und arbeitenden Menschen erfolgen. Die hierfür wichtigsten lebensweltlichen Dimensionen hat die vorliegende Studie mittels Expert*inneninterviews erhoben. Als Kategorien, die jeweils einer lebensweltlichen Dimension entsprechen, wurden ermittelt: **Arbeit, Gemeinwesen, Gesundheit, Handel, Mobilität** sowie **Verwaltung**.

Deutlich wurde, dass mit der Einführung von digitalen Prozessen – bisherige analoge Vorgänge zu technisieren und zu „computerisieren“ – dieses Themenfeld nicht abgearbeitet werden kann. Ziel muss es daher sein, bestehende Konzepte einer guten Lebenswelt im ländlichen Raum mit digitalen Möglichkeiten in eine Welt von morgen zu transferieren.

Die Studie setzt an den Bedürfnissen der Bevölkerung an und zeigt die digitalen Aktionsfelder der Zukunft auf. Der Bezugspunkt der qualitativen Methodenwahl war der Sozialraum mit den erlebbaren sozialen Bezügen der in der Hohen Börde lebenden Menschen. Die Probanden brachten unterschiedliche sozio-demografische Hintergründe in die untersuchten lebensweltlichen Dimensionen ein. Berücksichtigt, analysiert und in Beziehung gesetzt wurden verschiedene Sicht- und Handlungsweisen im Themenfeld „Digitalisierung in der Hohen Börde“.

Anschließend wurde die Probandenanzahl erweitert, indem mit der Methode **World Café** als Beteiligungsprozess erneut Meinungsbilder zum Thema Digitalisierung erfasst wurden. Die aus den Expert*inneninterviews gewonnenen Kategorien dienten dabei der Strukturierung und der inhaltlichen Vorbereitung des World Café, um detaillierte Daten erheben zu können. Jede Kategorie wurde in ein Thementisch überführt, an dem wechselnde Teilnehmer*innen jeweils drei Fragen zum Thema diskutieren sollten. 1. Gefragt wurde nach dem Ist-Stand: Welche Herausforderungen, Probleme und hilfreiche Lösungsansätze gibt es? 2. Gefragt wurde nach einer Vision: Wie sollte der Bereich im Jahr 2050 funktionieren? 3. Gefragt wurde nach einer realistischen Bewertung: Welche Lösungsansätze versprechen die größte Wirkung? Was sollte langfristig angegangen werden und von wem?

Die Studie legt Projektkonzeptionen vor, die sich aus allen geäußerten Bedarfen, Visionen und Ideen speisen. Jede Projektkonzeption ist mit einer Bewertung verbunden, die einerseits die Dringlichkeit des Bedarfs, andererseits den Aufwand der Umsetzung der Idee beinhaltet. Diese Bewertung kann von der Gemeinde Hohe Börde beispielsweise als Prioritätenliste für die Umsetzung der Projektkonzeptionen genutzt werden.

Jede Projektkonzeption beinhaltet folgende Aspekte: Bedarf, gewünschtes Ergebnis, Vorgehensweise bei der Realisierung, Verstetigung, Beteiligte sowie Hinweise auf die notwendigen Kosten. Wo Vergleichsprojekte vorhanden waren, wurden diese als Orientierungsmöglichkeit für die Umsetzung hinzugezogen. Die Detailtiefe der Ausführungen soll dabei helfen, Projekte zu realisieren.

Die vorliegenden Ergebnisse und daraus abgeleiteten möglichen Projektkonzeptionen sind nicht als abschließend zu verstehen. Sie geben Antworten, wie mit Hilfe digitaler Unterstützungsangebote ein (Zusammen-)Leben und Arbeiten in einer digitalisierten Gesellschaft verbessert werden könnten.

Sie zeigen Interessenschwerpunkte der Bewohner*innen zum digitalen Leben auf dem Land auf.

Sie weisen in eine Richtung, die als Entscheidungshilfe bei der weiteren Digitalisierung unterstützend herangezogen werden könnte.

Die Studie kann als Leitfaden und damit als digitale Agenda für einen bevorstehenden Transformationsprozess von der analogen in die digitale Lebenswelt auf dem Land genutzt werden.



7 LITERATURVERZEICHNIS

- ARD/ZDF Onlinestudie (2018). *Nutzung von WhatsApp und Onlinecommunitys 2016 und 2017*. Abgerufen unter: <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/whatsapponlinecommunities/>, Zugriff: 14.04.2018
- Aring, J. (2013). *Inverse Frontiers – Selbstverantwortungsräume. Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge*. Leipzig: edition bauhaus, 35, 42-56.
- Baur, N.; Blasius, J. (Hrsg.) (2014). *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Beckert, B. (2017). *Ausbaustrategien für Breitbandnetze in Europa. Was kann Deutschland vom Ausland lernen?* 1. Aufl. Unter Mitarbeit von Wolfgang Schulz und Martin Lose. Hg. v. Bertelsmann Stiftung. Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung (ISI). Gütersloh.
- Beierle, S.; Tillmann, F.; Reißig, B. (2016). *Jugend im Blick – regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Abschlussbericht : Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen*. Deutsches Jugendinstitut e. V. München.
- Bendel, O. (2018). *Digitalisierung. Definition*. In: Gabler Wirtschaftslexikon. Das Wissen der Experten. Version vom 19.02.2018. Abgerufen unter: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/digitalisierung-54195/version-277247>, Zugriff: 14.03.2018
- Brand, M.; Statista GmbH (2017a). *Marktanteile von Social Media Seiten nach Seitenabrufen weltweit im März 2018*. Abgerufen unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/241601/umfrage/marktanteile-fuehrender-social-media-seiten-weltweit/>, Zugriff: 14.04.2018
- Brand, M.; Statista GmbH (2017b). *Facebook stagniert in Deutschland*. Abgerufen unter: <https://de.statista.com/infografik/4100/nutzung-von-social-media-plattformen-in-deutschland/> Zugriff: 14.04.2018
- Brown, J. (2000). *Die Geburt von "World Café"*. Abgerufen unter: www.all-in-one-spirit.de, Zugriff: 14.04.2018
- Brown, J.; Isaacs, D. (2005). *World Café. Shaping our Futures through*

Conservations that Matter, San Francisco: Berrett-Koehler.

- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2018). *Der Breitbandatlas*. Abgerufen unter: <https://www.bmvi.de/DE/Themen/Digitales/Breitbandausbau/Breitbandatlas-Karte/start.html>, Zugriff: 29.04.2018
- Europäische Kommission (Hg.) (2016). *Broadband Coverage in Europe 2016. Mapping progress towards the coverage objectives of the Digital Agenda*. Final Report of the study prepared for the European Commission DG. IHS and VVA Consulting. London/Brüssel. Online verfügbar unter <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/study-broadband-coverage-europe-2016>.
- gematik. Gesellschaft für Telematikanwendungen der Gesundheitskarte mbH (o.A.). *Gesetzliche Grundlagen*. Abgerufen unter: <https://www.gematik.de/ueber-uns/gesetzliche-grundlagen/>, Zugriff: 20.04.2018
- Glaser, B., & Strauss, A. (1967). *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research*. Chicago.
- Gloger, S. (2004). *Neue Großgruppenmethode: Arbeiten beim Kaffeetrinken*. In: managerSeminare, Heft Nr. 75, S. 50–56.
- Heisting, A. (2006), *Qualitative Interviews – Ein Leitfaden zur Vorbereitung und Durchführung inklusiver einiger theoretischer Anmerkungen*, Abgerufen unter: https://www.uibk.ac.at/iezw/mitarbeiterinnen/senior-lecturer/bernd_lederer/downloads/durchfuehrung_von_qualitativen_interviews_uniwien.pdf
- Heyme, R.; Menge, A. M. (2017): *Digitalisierung in Sachsen-Anhalt erfolgreich gestalten*. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Friedrich-Ebert-Stiftung. Magdeburg.
- Hoppe, R. (2015): *Neue Mobilitätskonzepte für junge Menschen in ländlichen Regionen*. In: Beiträge zur Jugendsozialarbeit (5), S. 16–27.
- IFH Köln – ECC Köln (2017). *Apotheken im ländlichen Raum: Unverzichtbar für die flächendeckende Arzneimittelversorgung*. Abgerufen unter: <https://www.ifhkoeln.de/pressemitteilungen/details/apotheken-im-laendlichen-raum-unverzichtbar-fuer-die-flaechendeckende-arzneimittelversorgung/>, Zugriff: 20.04.2018
- IT-Planungsrat (2017). *Aktionsplan des IT-Planungsrats für das Jahr 2018*, 29.09.2017.
- Jörissen, B.; Marotzki, W. (2009). *Medienbildung – Eine Einführung*. Auflage: 1., Aufl. Bad Heilbrunn: UTB, Stuttgart.
- Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) (Hg.) (2015). *Berufsmonitoring Medizinstudenten 2014*. Unter Mitarbeit von Universität Trier. Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV). Online verfügbar unter <http://www.kbv.de/html/5724.php>, zuletzt aktualisiert am 04.05.2015, zuletzt geprüft am 19.04.2018.
- Kiessling, M. (2011). *Methoden der Qualitativen Sozialforschung. Eine grundlegende Einführung*. Abgerufen unter: <http://www.graduateschools.uni-wuerzburg.de/fileadmin/43030300/Seminarbeschreibungen/Kiessling-Vortrag.pptx>, Zugriff 06.04.2018
- Koordinierungsstelle für Telemedizin in Baden-Württemberg (2018). *Smart zum Arzt. KVBW startet Telemedizin-Projekt docdirekt*. Abgerufen unter: <https://www.telemedbw.de/de/fachartikel/smart-zum-arzt-kvbw-startet-telemedizin-projekt-docdirekt/>, Zugriff: 16.04.2018
- Kromrey, H. (2009). *Empirische Sozialforschung: Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung* (12. Auflage Ausg.). Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Land Sachsen-Anhalt (o.A.). *Breitband-Fördermöglichkeiten in Sachsen-Anhalt*. Abgerufen unter: <https://breitband.sachsen-anhalt.de/foerderung/>, Zugriff: 29.04.2018 sowie: <https://breitband.sachsen-anhalt.de/>, Zugriff: 29.04.2018
- Lobeck, M. (2017). *Digitale Zukunft auf dem Land – Wie ländliche Regionen durch die Digitalisierung profitieren können*. Bertelsmann Stiftung. Online verfügbar unter <https://goo.gl/dEpvm>, zuletzt geprüft am 12.01.2018.
- Mahne, K.; Wolff, J.K.; Simonson, J.; Tesch-Römer, C. (Hrsg.) (2017). *Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Wiesbaden: Springer VS.
- MDR Sachsen-Anhalt (2017). *Im Notfall: So warnen die Landkreise ihre Bürger* | MDR.DE. Unter Mitarbeit von Jana Münkel. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/katastrophen-warn-apps-100.html>, zuletzt aktualisiert am 20.04.2017, zuletzt geprüft am 19.04.2018.
- Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt (Hg.) (2017). *Digitale Agenda für das Land Sachsen-Anhalt*. Magdeburg.
- Nanz, P.; Fritsche, M. (2012). *Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen*. Schriftenreihe Band 1200. Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen unter: www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/Handbuch_Buergerbeteiligung.pdf, Zugriff 21.04.2018

- Oldenstein, C. (2017). *#Landleben – Unsere Zukunft im digitalen Dorf*. Unter Mitarbeit von Markus Bauer, Rena Bektas, Sonja Fischer, Sascha Kolhey, Esther Krämer und Henriette Schreurs. Hg. v. Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE. Mainz.
- Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.(2018). *Code für Germany*. Abgerufen unter: <https://codefor.de/>, Zugriff: 27.04.2018
- Osing, J. (2017). *Einzelhandel Gemeindebund Nordrhein-Westfalen. Bergkamen, 2017. Online im digitalen Zeitalter. Kommunale Praxisbeispiele aus NRW*. Allianz der Innenstädte NRW. verfügbar unter <http://www.handelsverband-nrw.de/wp-content/uploads/sites/3/2017/04/Vortrag-Osing-Download.pdf>.
- Polit, D. F.; Beck, C. T. (o. A.). *Gesundheitsberichterstattung des Bundes*. RKI: Berlin.
- Polit, D.F; Beck, C.T.; Hungler, B. (2004). *Lehrbuch Pflegeforschung – Methodik, Beurteilung und Anwendung*. Bern u.a.: Verlag Hans Huber.
- Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2016). *Gesundheit in Deutschland – die Altersgruppen im Jahr 2017*. Abgerufen unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28542/umfrage/nutzer-von-e-commerce-je-altersgruppe-im-jahr-2007/> Zugriff: 15.04.2018
- Statista GmbH (2018). *Anteil der Internetnutzer, die in den letzten drei Monaten Einkäufe und Bestellungen über das Internet getätigt haben, nach Altersgruppen im Jahr 2017*. Abgerufen unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/28542/umfrage/nutzer-von-e-commerce-je-altersgruppe-im-jahr-2007/>, Zugriff: 14.04.2018
- Statistisches Bundesamt (2017). *Wirtschaftsrechnungen. Private Haushalte in der Informationsgesellschaft – Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien*. Fachserie 15 Reihe 4. Abgerufen unter: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/PrivateHaushalte/PrivateHaushalteIKT2150400177004.pdf?__blob=publicationFile, Zugriff: 15.04.2018
- Strauss, A. & Corbien, J. (1996). *Grounded Theory. Grundlagen Qualitativer Sozialforschung*. Weinheim: Beltz-Verlag.
- Stuttgarter Zeitung (2018). *Telemedizin in Stuttgart und Tuttlingen: Modellprojekt Docdirekt am Montag gestartet*. Stuttgart. Online verfügbar unter <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.telemedizin-in-stuttgart-und-tuttlingen-modellprojekt-docdirekt-am-montag-gestartet.4556550c-11c1-4bcc-9721-ffaf13aec597.html>, zuletzt aktualisiert am 16.04.2018, zuletzt geprüft am 20.04.2018.
- Universität Stuttgart, Zentrum für Interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung (Zirius) (o. A.). *Projektelevaluation nach 2019*. Abgerufen unter: <http://www.reallabor-schorndorf.de/>, Zugriff: 14.04.2018
- Vereinte Nationen (2016). *Ziele für nachhaltige Entwicklung Bericht 2016*. Vereinte Nationen. Online verfügbar unter <http://www.un.org/depts/german/millennium/SDG%20Bericht%202016.pdf>.
- Wikipedia (Hg.) (2018): E-Government-Gesetz (Deutschland). Online verfügbar unter <https://de.wikipedia.org/w/index.php?oldid=175418555>, zuletzt aktualisiert am 24.04.2018, zuletzt geprüft am 27.04.2018.
- Wilkens, A. (2018). *Informatik-Professor: Senioren bleiben von der Digitalisierung abgehängt*. Heise Online. Abgerufen unter: <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Informatik-Professor-Senioren-bleiben-von-der-Digitalisierung-abgehaengt-3939813.html>, Zugriff: 15.04.2018

8 TABELLEN- UND ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Tabellenverzeichnis

- Tabelle 1: Altersstruktur, S. 31
- Tabelle 2: Gesellschaftliche Wirk- und Arbeitsbereiche, S. 31
- Tabelle 3: Gesamtbevölkerung in Prozent, Nutzung von WhatsApp und Onlinecommunities 2017, mindestens wöchentlich, S. 33
- Tabelle 4: Bewertungsscore, S. 84

Abbildungsverzeichnis

- Abbildung 1: Prozesskette der Erkenntnisgenerierung, S. 10
- Abbildung 2: Marktanteile von Social Media Seiten, S. 33
- Abbildung 3: Anteil der Internetnutzer*innen von Online-Einkäufen und Dienstleistungen nach Altersgruppen, S. 35
- Abbildung 4: Hauptkategorien des persönlichen Bedarfs und Nutzens, S. 36
- Abbildung 5: Untersuchungsdesign, S. 49

9 ÜBER DAS PROJEKTTEAM

Dr. Thomas Kauer, Jahrgang 1972, studierte Soziale Arbeit an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er arbeitete nach seinem Studium einige Jahre als wiss. Mitarbeiter in Projekten und in der Lehre des dortigen Fachbereichs „Sozial- und Gesundheitswesen“, bevor er an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an der Philosophischen Fakultät III: Erziehungswissenschaften im Themenfeld „Sozialraumorientierter Beteiligungsverfahren“ promovierte. Innovative gesellschaftliche und technische Entwicklungen, die Veränderungs- und Erneuerungsprozesse beim Einzelnen, bei größeren Gruppen bis hin zu Organisationen auslösen, sind sein Hauptthemenfeld, in dem er aktuell tätig ist. Des Weiteren ist er seit vielen Jahren als Dozent in den Methoden der Sozialen Arbeit an unterschiedlichen wissenschaftlichen Lehrinrichtungen tätig.

Liane Nörenberg, Jahrgang 1975, studierte Soziologie, Psychologie und Pädagogik (M.A.) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Sie arbeitete nach ihrem Studium einige Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin in Projekten und in der Lehre an der dortigen Medizinischen Fakultät. Während dieser Zeit studierte sie berufsbegleitend Gesundheitswissenschaften (M.P.H.) an der Technischen Universität Berlin. Anschließend war sie im arbeitsrechtlichen Bereich (Schwerpunktthema: Arbeitsmarkt) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und im Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal tätig. Aktuell sind die Entwicklung von Konzeptionen, der Aufbau des Projektmanagements und die Akquise diverser Fördermittel für unterschiedliche Auftraggeber die wichtigsten Aktionsfelder, in denen sie tätig ist.

Martin Hoffmann, Jahrgang 1986, studierte Cultural Engineering: Kulturwissenschaft, Wissensmanagement und Logistik (B.A.) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Sabancı-Universität Istanbul. Anschließend war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter für eine Organisationsberatung im Bereich Ausbildungsmarketing und Projektmanagement tätig. Nach einem weiteren Auslandsaufenthalt in Estland studiert er zur Zeit Medienbildung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und ist freiberuflich als Projektmanager, Trainer und Moderator in der Kommunikationsberatung tätig.

Steffen Jany, Jahrgang 1981, studierte Soziologie und Pädagogik (Magister) an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Während und nach dem Studium arbeitete er als freiberuflicher Referent im Bereich Demokratiebildung und Civic Education. Seit 2010 arbeitet er für die Agentur Korrektur NachOben. Als Projektleiter gehört zu seinen Arbeitsfeldern Konzeption und Strategieentwicklung mit Fokus auf neue Medien. Weiterhin arbeitete er als Frontend-Entwickler und Webdesigner für die marmalade GmbH. Ehrenamtlich übernimmt er aktuell den Juryvorsitz der Kinder- und Jugend-Kultur-Preis Sachsen-Anhalt.

Jessica Bülau, Jahrgang 1985, studierte Sozialwissenschaften (M.A.) an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg. Seit 2011 arbeitet sie für Korrektur NachOben, eine Agentur, die Online-Marketing, Content-Erstellung und Kommunikationskonzepte anbietet. Dort ist sie als Projektmanagerin und Konzeptionistin tätig.

Bildnachweise

- Business corporate lifestyle of businesspeople at the office ©Julien Eichinger - stock.adobe.com
- informatique © alisa_rut - stock.adobe.com
- Flat isometric buildings phone Smart city app vector 3d Mobile © Sentavio - stock.adobe.com
- People Chatting Isometric Icons Set © macrovector - stock.adobe.com
- Isometric farm scene © Neyro - stock.adobe.com
- Abstract geometric background © Musicman80 - stock.adobe.com

